

## 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Juli 2003

### Inhalt

|  |    |   |    |
|--|----|---|----|
| Eintritt der Abgeordneten Sandra Ahrens (CDU), Michael Bartels (CDU), Wolfgang Pfahl (CDU) und Christine Wischer (SPD) in die Bürgerschaft ..... | 41 | <b>Aktuelle Stunde</b> .....  | 82 |
| Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .....   | 41 | <b>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses</b> ....   | 82 |
| <b>Regierungserklärung des Senats</b>  |    | <b>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen</b> .....   | 82 |
| Bürgermeister Dr. Scherf.....  | 42 | <b>Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau</b> .....   | 82 |
| Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) .....  | 50 | <b>Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit</b> ..... | 83 |
| Abg. Kastendiek (CDU) .....  | 53 | <b>Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten</b> .....                     | 83 |
| Abg. Böhrnsen (SPD) .....  | 59 | <b>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Sport</b> .....   | 83 |
| Abg. Wedler (FDP) .....  | 65 | <b>Stationäre Altenhilfe verbessern</b>   |    |
| Abg. Tittmann (DVU) .....  | 68 | Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 20. Juni 2003 (Drucksache 16/3)  |    |
| Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) .....   | 70 | Abg. Tittmann (DVU) .....   | 83 |
| Abg. Teiser (CDU) .....  | 72 |   |    |
| Abg. Breuer (SPD) .....  | 74 |   |    |
| Abg. Wedler (FDP) .....  | 77 |   |    |
| Abg. Tittmann (DVU) .....  | 79 |   |    |
| <b>Wahl und Vereidigung eines weiteren Mitglieds des Senats nach Artikel 107 der Landesverfassung</b>  |    |   |    |
| Mitteilung des Senats vom 4. Juli 2003 (Drucksache 16/14) .....  | 80 |   |    |
| <b>Fragestunde</b>   |    |   |    |
| <b>Kommunalaufsichtsbeschwerde wegen der Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats</b>  |    |   |    |
| Anfrage des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 3. Juli 2003 .....   | 81 |   |    |

|                           |    |  |    |
|---------------------------|----|--|----|
| Abg. Brumma (SPD) .....   | 84 | Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) ..... | 93 |
| Abg. Tittmann (DVU) ..... | 86 | Bürgermeister Perschau .....             | 94 |
| Abstimmung .....          | 86 | Abstimmung .....                         | 95 |

#### **Moratorium beim Ausbau der Stadthalle**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 1. Juli 2003  
(Drucksache 16/4)

|  |    |
|--|----|
| Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) ..... | 87 |
| Abg. Liess (SPD) .....                   | 89 |
| Abg. Frau Winther (CDU) .....            | 91 |
| Bürgermeister Perschau .....             | 92 |

#### **Sonderbericht gemäß § 99 der Landeshaus- haltsordnung über die wirtschaftliche und fi- nanzielle Situation Radio Bremens**

Bericht des Rechnungshofs  
vom 3. April 2003

|                            |    |
|----------------------------|----|
| (Drucksache 15/1451) ..... | 95 |
|----------------------------|----|

#### **Wahl eines Mitglieds des Petitionsausschus- ses .....**

|       |    |
|-------|----|
| ..... | 95 |
|-------|----|

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Jägers, Frau Krusche, Frau Ziegert.

**Präsident Weber**

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel**

**Schriftführerin Arnold-Cramer**

**Schriftführerin Hannken**

**Schriftführerin Marken**

-----

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten  
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

-----

Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur)

Staatsrätin **Dr. Kießler** (Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund  
und für Europa)

-----

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A)

(C)

(B)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die dritte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Klasse des Berufsbildungswerks Bremen. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zu Beginn der heutigen Sitzung Veränderungen in der Zusammensetzung der Bürgerschaft mitteilen: Frau Senatorin a. D. Christine Wischer hat von ihrem Recht aus Artikel 108 Absatz 2 der Landesverfassung beziehungsweise Paragraph 36 Absatz 3 des Wahlgesetzes Gebrauch gemacht, wieder in die Bürgerschaft einzutreten.

Die Feststellung darüber habe ich getroffen.

Die Abgeordnete Elisabeth Motschmann ist durch Verzicht, die Abgeordneten Jens Eckhoff und Thomas Röwekamp sind durch die Wahl in den Senat aus der Bürgerschaft ausgeschieden. Als Listennachfolger mit Wirkung vom 7. Juli 2003 sind Frau Sandra Ahrens, Herr Michael Bartels und Herr Wolfgang Pfahl in die Bürgerschaft eingetreten.

(B) Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, außerdem möchte ich Sie von einem Schreiben in Kenntnis setzen, das mir der Präsident des Senats mit Datum vom 4. Juli 2003 übersandt hat. Er schreibt:

„Sehr geehrter Herr Präsident, der am heutigen Tage vereidigte Senat hat sich in seiner ersten Sitzung konstituiert und gemäß Artikel 114 der Landesverfassung Herrn Senator Perschau zum Bürgermeister gewählt.

Weiter hat der Senat Frau Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler zur Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa bestellt.

Als Anlage füge ich die vom Senat beschlossenen Ressortaufteilungen bei. Bremen, den 4. Juli 2003.“

Ich verlese die Ressortaufteilung:

„Bürgermeister Dr. Henning Scherf, Der Präsident des Senats, Der Senator für kirchliche Angelegenheiten, Der Senator für Justiz und Verfassung, Der Senatskommissar für den Datenschutz; Bürgermeister Hartmut Perschau, Der Senator für Wirtschaft und Häfen, Der Senator für Kultur; Senator Thomas Röwekamp, Der Senator für Inneres und Sport; Senator Willi Lemke, Der Senator für Bildung und Wissenschaft; Senatorin Karin Röpke, Der Senator für

(C) Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Die Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau; Senator Jens Eckhoff, Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr; Senator Dr. Ulrich Nußbaum, Der Senator für Finanzen.“

Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### **Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

1. Für den Erhalt des Landespflegegeldes  
Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 7. Juli 2003  
(Drucksache 16/13)
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2003  
(Drucksache 16/15)
3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung und anderer Gesetze  
Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2003  
(Drucksache 16/16)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

(D) Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar beginnen wir mit der Regierungserklärung des Senats und anschließender Aussprache. Für die Aussprache über die Regierungserklärung ist für den ersten Redner je Fraktion eine Redezeit von bis zu 30 Minuten vereinbart, für die fraktionslosen Abgeordneten jeweils bis zu 15 Minuten. Im Übrigen wird nach Geschäftsordnung verfahren. In dieser Aussprache erhält als erster Redner nach dem Präsidenten des Senats der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort, danach der Vertreter der CDU-Fraktion und dann der Vertreter der SPD-Fraktion. Im Übrigen wird nach der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erteilt.

Nach der Grundsatzdebatte ist eine zweite Runde mit dem Themenschwerpunkt Bremerhaven vorgesehen, in der ebenfalls zunächst der Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, danach der Vertreter der CDU und der der SPD das Wort erhalten.

Nach der Regierungserklärung werden der Tagesordnungspunkt vier, Wahl und Vereidigung eines weiteren Mitglieds des Senats nach Artikel 107 der Landesverfassung, und im Anschluss daran die Fragestunde und die Aktuelle Stunde aufgerufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Jan Köhler ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

(A) Ich wünsche Ihnen für Ihr neues Lebensjahr alles Gute!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Regierungserklärung des Senats

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Bürgermeister Dr. Scherf.

**Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wählerinnen und Wähler haben uns am 25. Mai den Auftrag gegeben, die erfolgreiche Arbeit für die Sanierung Bremens fortzusetzen und den begonnenen Strukturwandel weiter voranzubringen. Alle Beobachter und Analysen stimmen überein, welche Kernbotschaft uns die Wähler für die kommenden vier Jahre mit auf den Weg gegeben haben. Sie lautet: Die große Mehrheit der Bremerinnen und Bremer, der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener hat die Fortsetzung der großen Koalition gewollt und gemeint. Sie hat die bisherige Bilanz der großen Koalition gewürdigt, für gut befunden und den Partnern darum ein weiteres überzeugendes Mandat erteilt. Die Wählerinnen und Wähler haben sich für Stabilität, Kontinuität und für breit getragene Konsense entschieden. Sie wollen, dass wir weiterhin parteiübergreifende, vertrauensstiftende und sachorientierte Problemlösungen suchen.

Ich lege das Ergebnis vom 25. Mai als nachdrückliche Aufforderung an die Bürgerschaft wie an den Senat aus: Verständigt euch, zerstreitet euch nicht, bleibt handlungs- und entscheidungsfähig, denn wir wissen genauso wie ihr, die Zeiten sind schwierig, die Kassen überall knapp, Bremen ist auf einem schwierigen, aber auf einem richtigen Weg!

Überall müssen wir uns heute einstellen auf tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Umbau- und Reformprozesse. Überall werden neue Balancen ausgelotet zwischen staatlichen Garantien und öffentlicher Vorsorge einerseits und privater Verantwortung und eigener Initiative andererseits. Überall die gleichen Fragen: Was können wir aus öffentlichen Kassen noch bezahlen? Wie und wo ist das knapper werdende Geld am wirksamsten, am nachhaltigsten und am gerechtesten angelegt? Wie lindern wir akute Notlagen, und wie bewältigen wir gleichzeitig den nötigen Strukturwandel, um, wie es der Name sagt, nicht nur für den Augenblick, sondern strukturell, dauerhaft neue Wege und belastbare Perspektiven zu finden?

In Bremen und Bremerhaven stehen wir mit diesen Fragen nicht allein da. Wir sind in guter und

(C) schwieriger Gesellschaft. Es werden nicht weniger, sondern mehr, die die richtigen Antworten suchen.

Die Bundesregierung versucht mit der Agenda 2010, dem Hartz-Konzept und der Steuerreform, ihren Beitrag zu leisten. Alle Bundesländer kämpfen mit wachsender Verschuldung bei gleichzeitig steigenden Ausgaben für Sozialleistungen und dringendem Investitionsbedarf. Am Anfang waren es das Saarland und Bremen, heute sieht sich die große Mehrheit aller 16 Länder außerstande, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Das Gleiche gilt in bedrängendem Maße für die Kommunen.

Die große Koalition hat ihre Antwort auf diese strategische Herausforderung auf eine prägnante, treffende und nachweislich erfolgreiche Formel gebracht. Sie heißt Sparen und Investieren.

Die Erfolge von acht Jahren Arbeit unter dieser zentralen Überschrift sind unbestreitbar. Damit meine ich nicht nur, dass wir während des gesamten Sanierungszeitraums alle Verabredungen gegenüber dem Finanzplanungsrat erfüllt oder übererfüllt haben. Das ist in guter Ordnung. Da können Politiker in Bremen sehr vorzeigbare Sanierungsberichte bei den Kollegen in Bund und Ländern abliefern und sich umgekehrt ordentliche Zeugnisse abholen. Viel entscheidender ist aber, was im wirklichen Leben, was in den Strukturen der bremischen Wirtschaft, was auf dem Bremer Arbeitsmarkt, was bei den Menschen angekommen ist.

(D) Nur einige wenige, aber wichtige Indikatoren, dass wir auf dem richtigen Weg sind: Lange Jahre sind wir mit unseren Wirtschaftswachstumsraten abgeschlagen im unteren Drittel aller Länder gelandet. Seit fünf Jahren stehen wir endlich wieder in der Spitzengruppe. Jahrelang sind, wie übrigens in vielen anderen Großstädten auch, die Menschen aus Bremen weggezogen. Jetzt kommen sie zurück. Bremen wächst wieder. Auch in Bremerhaven wächst die Chance, die Abwanderung zu stoppen. Die große Koalition wird es sich auch in den nächsten vier Jahren zur Hauptaufgabe machen, neue Einwohner für unsere beiden Städte zu gewinnen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Bis über den Vulkan-Konkurs 1996 hinaus haben wir immer wieder Jahr für Jahr mehr Arbeitsplätze verloren, als neue geschaffen. Auch wenn unsere Arbeitslosenzahlen immer noch bedrückend hoch sind, der Trend hat sich umgekehrt. In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Erwerbstätigen um über 8700 gestiegen. Zugleich haben wir jeden Euro für die öffentliche Verwaltung dreimal umgedreht und sind bundesweit mit deutlichem Abstand absoluter Tabellenführer beim Sparen. Trotzdem ist das Dienstleistungsangebot für die Menschen in vielen Bereichen bürgerfreundlicher geworden.

„Sparen und Investieren“ ist kein Selbstzweck und keine politische Mode. Sparen und Investieren ist unsere Kurzform für eine umfassende Modernisie-

- (A) rungsstrategie mit klaren Zielen. Wir wollen Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft stärken. Wir wollen auf Innovation, neue Unternehmen und Branchen setzen. Wir wollen bestehende Arbeitsplätze sichern und gute Rahmenbedingungen für neue schaffen und, dies ist am Ende das Entscheidende, den Menschen ein verlässliches Fundament, überzeugende Perspektiven und begründete Hoffnung geben. So und nur so sorgen wir gleichzeitig auch für Steuereinnahmen und erarbeiten uns Schritt für Schritt wieder höhere Unabhängigkeit von den Finanzhilfen von Bund und Ländern, auf die uns das Verfassungsgericht Anspruch auf Zeit zuerkannt hat.
- Wir haben diesen Anspruch, aber wir sind damit auch Verpflichtungen eingegangen. Bund und Länder helfen uns nach der gleichen Devise, die wir in Bremen auch zum fairen Maßstab für Hilfe gegenüber Schwächeren gemacht haben: Fördern und Fordern. Wir haben eine Verabredung, und danach lautet die begründete Forderung von Bund und Ländern: Liebe Bremer, setzt das zusätzliche Geld bitte so intelligent ein, dass ihr am Ende eurer Sanierung wieder auf eigenen Beinen laufen könnt und ohne unsere Hilfe auskommt! Versucht bitte alles, um eure Strukturprobleme zu bewältigen und eure laufenden Ausgaben wieder mit euren laufenden Einnahmen zu bestreiten! Arbeitet mit aller Kraft auf einen verfassungskonformen Haushalt hin! Kurz: Tut mit aller Energie das, was das Grundgesetz, was eure eigene Landesverfassung und eure Landeshaushaltsordnung euch ohnehin aus gutem Grund abverlangen!
- (B) Verfassungskonformer Haushalt, vielleicht muss man doch noch einmal mit einem fatalen Missverständnis aufräumen! Verfassungskonformer Haushalt ist eben kein abstrakter Wert für Verfassungsjuristen, für Volkswirte oder für Finanzpolitiker, kein verquaster Politikjargon und kein listig erfundener Vorwand nach der Devise, jetzt reden sie wieder vom verfassungskonformen Haushalt und meinen Kürzungen der Beamtenbezüge und Schließungen von Schwimmbädern. Nein, die schlichte Wahrheit, die das Grundgesetz meint und fordert, kennt jedes Unternehmen, jeder Handwerksmeister, jede Familie ganz genau, und sie leuchtet jedem direkt und unmittelbar ein. Man kann nicht Monat für Monat, Jahr für Jahr mehr ausgeben, als man einnimmt.
- Natürlich kann man auch einmal Schulden machen, wenn man sicher weiß, sie in absehbarer Zeit zurückzahlen zu können. Man kann auch höhere Schulden machen, wenn man das geliehene Geld nicht kurzerhand verfrühstückt, sondern es investiert und zum Beispiel sein Haus damit finanziert. Schließlich steht den Schulden dann ein Gegenwert gegenüber, sogar einer, der langfristig sparen hilft, nämlich die Miete. Eines aber geht nicht: ständig und ohne jede Perspektive, die Schraube je wieder zurückzudrehen, über seine Verhältnisse zu leben. Dann ist man irgendwann am Ende, dann entscheidet man irgendwann nicht mehr selbst über sein Leben, sondern die Gläubiger, der Gerichtsvollzieher oder der Insolvenzverwalter entscheidet.
- (C) Das ist der schlichte Kern der Lebensweisheit, den das Grundgesetz uns Politikern auf den Weg gibt und von uns verlangt: Auch wer die Staatskasse verwaltet, muss laufende Ausgaben und laufende Einnahmen in Einklang bringen. Der Senat ist sich einig, auf die kluge Forderung des Grundgesetzes nach einem ausgeglichenen Verwaltungshaushalt ist Sparen und Investieren die einzige, richtige und alternativlose Antwort. Es ist gleichzeitig die einzig richtige Antwort auf den geforderten Strukturwandel und den weltweiten Wettbewerb der Standorte.
- Es gibt heute überhaupt keinen Grund, die verbliebenen Aufgaben klein oder die Lage schönzureden, im Gegenteil. Die große Koalition hat in acht Jahren eine Menge geschafft, aber wir sind noch weit entfernt davon, es geschafft zu haben. Ich will die heutige Regierungserklärung nutzen, Ihnen, den Abgeordneten der neu gewählten Bremischen Bürgerschaft, aber vor allem den Bremerinnen und Bremerinnen, den Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern zu sagen, wo wir heute stehen, wo wir hin wollen, was wir dafür tun wollen und müssen. Ich tue das übrigens mit dem guten Gewissen, heute nichts anderes zu sagen als vor der Wahl.
- (D) Wir werden weiter sparen müssen. Wir sind noch ein gewaltiges Stück davon entfernt, laufende Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen. Uns trennen in den nächsten Jahren noch rund 650 Millionen Euro von einem verfassungskonformen Haushalt, und der ist schließlich nur ein Etappenziel, wenn auch ein entscheidendes. Die Schere ist in der jüngsten Vergangenheit sogar wieder aufgegangen.
- Es stimmt, manche Hochrechnungen aus den Anfangszeiten unseres Sanierungsprojektes sind inzwischen überholt. Manche Hoffnung, manche nach allen Regeln der Volkswirtschaft aufgestellte Prognose über die Entwicklung der Steuereinnahmen ist nach acht Jahren so nicht eingetroffen. Dafür gibt es Gründe, dafür gibt es plausible Erklärungen, die meisten haben mit Bremen, mit der Politik der großen Koalition hier am wenigsten, am allerwenigsten zu tun: weltweite Konjunkturflaute, Folgen des 11. September 2001, schwache Binnennachfrage, allgemeine Verunsicherung der Verbraucher, überall zögerliche Investitionsentscheidungen bei Unternehmen, Auswirkungen der Steuerreform und so weiter.
- Und, wen tröstet das? Wem nützt es, wenn wir mit Bremer Fingern jetzt achselzuckend auf die internationale Wirtschaftslage zeigen: Pech gehabt, wir haben hier in Bremen unsere Arbeit gemacht, leider hat die Weltlage nicht mitgespielt, ab sofort müssen wir Politik leider durch das Prinzip Hoffnung auf bessere Konjunkturzeiten ersetzen? Darüber sind wir uns sicher einig, dafür hat uns am 25. Mai 2003 niemand, wirklich niemand gewählt.

- (A) Wir können uns die Herausforderungen nicht aus-suchen. Wir müssen sie annehmen. Wir können die Probleme nicht aus der Welt reden. Wir müssen uns auf praktische Lösungswege einlassen und verständigen, und wir müssen darüber gründlich und geduldig mit den Leuten reden, über die Lage, über die Ziele und über den Weg dorthin. Ich bin überzeugt, je offener und fairer wir das tun, desto eher können wir uns ihr Vertrauen erhalten.
- Darum noch einmal Klartext! Vor uns liegen schwierige Jahre. An der Fortsetzung des Sparkurses führt kein Weg vorbei, und mit diesem Sparkurs werden schmerzliche und unpopuläre Entscheidungen verbunden sein. Natürlich ist es angenehmer, Freibäder zu eröffnen, als Freibäder zu schließen. Es ist leichter, Zuschüsse zu erhöhen und Zuwendungsbescheide auszustellen, als zu kürzen und einzusparen. Niemand in der großen Koalition sagt, die Aids-Hilfe oder das Frauengesundheitszentrum sind eigentlich überflüssig. Im Gegenteil, uns allen ist klar, das sind Einschnitte, die weh tun, aber so schwer es fällt, wir können schlicht nicht mehr alles bezahlen, was wir selbst für hilfreich und wichtig halten.
- Wir brauchen finanzielle Spielräume, wir brauchen Gestaltungsmöglichkeiten, wir brauchen Investitionen. Wir brauchen sie gerade im Interesse derer, die zurzeit keine Arbeit finden. Wir brauchen sie gerade für die, die in schwierigen Wohnvierteln leben. Wir brauchen sie gerade für die jungen Leute, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Wir brauchen Geld für Investitionen in Krankenhäusern und für Altenbetreuung. Wir müssen – auch in unseren Köpfen – den fatalen und falschen Gegensatz überwinden: Gewerbeflächen, das ist etwas für reiche Wirtschaftsunternehmen, Freibäder, das ist etwas für kinderreiche Familien.
- Wir haben uns allerdings eines ganz entschieden vorgenommen: Wir wollen über dem unvermeidlichen Sparen nicht die soziale Balance in unseren beiden Städten gefährden. Wir wollen Lasten gerecht und auf viele Schultern verteilen. Wir werden nicht darum herumkommen, von allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Beitrag zu erwarten, aber wir wollen die Belastung erträglich und sozial gestaffelt gestalten. Wir sagen aber auch den Unternehmen, auf deren Wachstum wir so dringend setzen: Auch ihr müsst in dieser Lage etwas beitragen und mit einer vertretbar höheren Gewerbesteuer euren Sanierungsbeitrag leisten.
- Wir wollen bei den Zukunftsinvestitionen künftig noch genauer hinschauen und uns noch gründlicher beraten lassen: Welches Projekt leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der bremischen Wirtschaftskraft? Halten die Prognosen für neue Arbeitsplätze auch beim zweiten und dritten gründlichen Hinsehen stand, und erreichen wir das gleiche Ziel nicht mit weniger Steuergeld, wenn wir neue Kooperationsformen wählen? So steht zum Beispiel der
- Neubau der Justizvollzugsanstalt auf dem Prüfstand, weil wir begründete Hoffnung haben, ihn mit privaten Partnern nochmals deutlich preiswerter verwirklichen zu können.
- In parlamentarischen Demokratien müssen große Koalitionen zu Recht besonders gut begründet sein. Die vor uns liegende schwierige und oft auch undankbare Arbeit ist zweifellos ein guter Grund für ein großes und stabiles politisches Bündnis. Wir werden Mut brauchen und Überzeugungskraft, aber fast wichtiger als durchsetzungsfähige Mehrheiten hier in der Bremischen Bürgerschaft ist: Wir brauchen auch weiter eine große Koalition der Menschen. Wir brauchen in bester hanseatischer Tradition ein großes Bündnis für Bremen, für seine Selbständigkeit und seine beiden Stadtgemeinden weit über das Parlament hinaus. Wir brauchen mutige Unternehmen und Investoren. Wir brauchen engagierte Gewerkschaften und Arbeitnehmer, die helfen, jede sich bietende Chance für neue Arbeitsplätze zu nutzen. Wir brauchen die Kammern. Wir brauchen Initiativen und Kirchen, Schulen und Eltern, Wissenschaftler und Auszubildende. Wir brauchen die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung. Wir brauchen das ehrenamtliche Engagement in Vereinen und Projekten.
- Die große Koalition will Einladung zur Beteiligung und Mitgestaltung sein. Im Vertrag der beiden Koalitionspartner, der unsere gemeinsame Arbeitsgrundlage für die nächsten vier Jahre darstellt, ist diese Einladung an vielen Punkten konkretisiert. Nur einige wenige will ich exemplarisch nennen:
- Der runde Tisch Bildung wird die nötigen Reformen in unserem Bildungssystem begleiten. Wir wollen unsere ehrgeizige Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 in einer intelligenten Balance zwischen einem professionellen Führungsteam und einer breiten Diskussion mit der vitalen Bremer Kulturszene entwickeln. Wir sind überzeugt, unsere Bewerbung ist ein Motor des gesamten Modernisierungsprozesses. Sie wird neue Kräfte und Kreativität in beiden Städten freisetzen, und wir sind stolz, dass sie von so vielen Menschen getragen wird, dass unsere Partnerstädte und niedersächsischen Nachbarn mitmachen wollen und sich inzwischen so viele hervorragende Partner, insbesondere auch die Handelskammer, hinter dieser Idee versammelt haben.
- Die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 geschieht auf dem Fundament einer lebendigen Kulturlandschaft, deren Stärken wir nicht zuletzt durch die Modernisierung von Strukturen wirkungsvoll einsetzen werden. Die bremischen Leuchttürme der Kultur werden hierbei eine besondere Rolle spielen, indem sie weit in die Region und auch darüber hinaus ausstrahlen und die Attraktivität Bremens unter Beweis stellen. Zur Lebensqualität Bremens, vor allem in den Stadtteilen, tragen selbstverständlich auch die vielen kleinen Kultureinrichtungen bei. Sie verdienen darum unsere besondere Aufmerksamkeit.
- (C)
- (D)

- (A) Die Zuschüsse für das Engagement der Übungsleiter in den Sportvereinen wollen wir weiter absichern. Wir wollen nachdrücklich darauf achten, die Gleichberechtigung von Frauen zu fördern und nach dem Prinzip von Gender Mainstreaming versuchen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu verhindern. Mit den Kammern, den Arbeitsämtern, Betrieben und den Weiterbildungseinrichtungen wollen wir einen weiteren Anlauf nehmen und eine Initiative für zusätzliche betriebliche und betriebsnahe Ausbildungsplätze starten, um gerade benachteiligten Jugendlichen eine Chance zu eröffnen.
- Mit der Stärkung der Präventionsräte und mit einem neuen Landespräventionsrat wollen wir Kriminalität noch effektiver bekämpfen und die innere Sicherheit noch weiter erhöhen. Wir wollen ein Informationsfreiheitsgesetz einführen, aber auch Transparenz und parlamentarische Kontrolle unserer öffentlichen Gesellschaften weiter verbessern. Wir haben uns bewusst verständigt, wir wollen die weitgehende Mitbestimmung, die Beteiligungsrechte der Personalräte und das Bremische Personalvertretungsgesetz nicht ändern. Die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen auch keine Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz durch betriebsbedingte Kündigungen zu verlieren. Gerade um dieses Ziel zu erreichen, werden aber auch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, wie übrigens in anderen Ländern auch, bei ihren Gehältern und Bezügen einen Beitrag leisten müssen.
- (B) In seiner langen Geschichte ist es unserem Land immer gut bekommen, wenn wir in schwierigen Zeiten zusammengedrückt sind und einander geholfen haben, wenn wir auf Fairness, Vertrauen und Dialog gesetzt haben. Ich bin mir sicher, auch der neu gewählte Senat wird alles daran setzen, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir haben uns für vier Jahre ein großes gemeinsames Pensum vorgenommen und sind entschlossen, es als Team zu bewältigen. Wir haben uns durch Ressortzuschnitte und Geschäftsverteilung die Arbeit geteilt, aber die Verantwortung für Erfolge wie für schmerzliche Entscheidungen tragen wir gemeinsam.
- Es gibt in Bremen genügend Beispiele, dass man sich erfolgreich stellen kann, wenn es eng und ernst wird, dass man gerade dann zusammenrücken muss, wenn es um das Überleben geht, dass man aus der Krise etwas machen muss und machen kann. Bei Radio Bremen kann man das gerade jetzt miterleben. Vor vier Jahren die dramatische Neuregelung des ARD-Finanzausgleichs, das war ein Schock! Da gab es oft Stimmen der Resignation, und dann ging ein Ruck durch den Sender, und die Devise hieß: Es wird hart, es wird schwer, aber wir wollen das packen! Heute gibt es ganz neue Bündnisse, neue Formen der Zusammenarbeit für und mit Radio Bremen innerhalb der ARD und ganz verlockende Perspektiven. Radio Bremen zieht mitten in die Stadt, rückt ganz nah an die Weser und dicht an die Zuhörer und Zuschauer und will in drei Jahren ein modernes Medienzentrum auf dem neuesten Stand der Technik beziehen. Das ist eine Chance für Radio Bremen und für die ganze Stadt als Medienstandort, besonders auch für das Stephaniviertel.
- (C) Oder das Beispiel der Bremer Stahlwerke! In zehn Jahren haben unsere Stahlwerker zweimal erlebt, was es heißt, sich im internationalen Wettbewerb behaupten und durchsetzen zu müssen, jedesmal auch mit dem Risiko, wenn es schief geht, dann kann es das gewesen sein mit unserer Hütte und unseren Arbeitsplätzen.
- Bei der ersten Krise gab es riesige Demonstrationen der Kollegen, die ganze Stadt hat mitgefiebert, alle waren an der Seite der Klöckneraner, wie sie damals noch hießen, aber entscheidend war, dass sich die Betriebsräte und Vertrauensleute, die ganze Belegschaft mit hineingedacht haben in die unternehmerischen Perspektiven ihrer Hütte, die verbliebenen Chancen auf dem Markt, die möglichen Allianzen mit den richtigen strategischen Partnern, mit dem Unternehmensvorstand, mit der Politik in Bremen. Das Ergebnis war, es gab eine reelle Chance, die Hütte zu retten, aber sie setzte auch ganz schmerzliche Entscheidungen voraus und bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen. Den Weg sind sie gemeinsam gegangen.
- Nun rund zehn Jahre später wieder weltweit Überkapazitäten auf dem Stahlmarkt, wieder Absatzkrise, wieder Preisverfall, wieder steht im schlimmsten Fall die Existenz auf dem Spiel und wieder die alte Frage der Kollegen: Was machen wir? Sagen wir, uns langt es endgültig? Wir haben die Nase voll vom Weltmarkt und Wettbewerb? Wir machen jetzt Demonstrationen, wir liefern unsere Wut und Enttäuschungen bei Politikern und Unternehmensvorständen ab, und wenn denen nichts einfällt, dann war es das eben?
- (D) Nein, genau das Gegenteil ist passiert! Sie haben sich wieder hineingedacht in ihre Chancen innerhalb des größten Stahlkonzerns der Welt. Sie haben wieder ihre Lösung gesucht. Sie haben das FIT-Programm mitgestaltet, und auch dieses Mal haben sie gesagt: Es geht, aber es geht nicht ohne Abbau von Arbeitsplätzen! Auch diesmal suchen wir möglichst sozial verträgliche Wege dafür.
- Glaubt irgendjemand, das ist den Kollegen leicht gefallen im Jahr 1993 oder im Jahr 2003? Glaubt irgendjemand, sie hätten fahrlässig dem Abbau von Arbeitsplätzen zugestimmt im Jahr 1993 oder im Jahr 2003? Nein! Sie sind beide Male zu dem Ergebnis gekommen, das ist unsere Chance, und es ist die einzige.
- Um es klar zu sagen, wir reden auch hier in der Bremischen Bürgerschaft nicht allein über Schwimmbäder, die wir sanieren wollen, und solche, die wir schließen müssen. Wir reden hier auch über das Überleben, über das Überleben der Freien Hanse-

(A) stadt Bremen. Wir reden über die große Geschichte Bremer Selbständigkeit. Wir reden heute darüber, was diese, was unsere Generation tun kann und tun muss, damit wir über weitere zukünftige Jahrhunderte Bremer Selbständigkeit überhaupt reden können.

Ich habe es gesagt, wir stehen mit den Herausforderungen und Problemen nicht allein da, wir sind aber auch bei ihrer Bewältigung nicht allein. Wir haben einen belastbaren Anspruch auf Hilfe. Wir haben dazu das Wort des Bundeskanzlers, darauf verlassen wir uns, und darauf können wir uns verlassen. Im Juli 2000 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder uns schriftlich versichert und diese Zusage inzwischen mehrfach bekräftigt: Die Bundesregierung wird nicht zulassen, dass Bremen durch die Auswirkungen der Steuerreform erneut in eine extreme Haushaltsnotlage gerät. Der Kanzler hat uns zugesagt, dass Einnahmeausfälle in Folge der Steuerreform durch den Bund kompensiert werden. Diese Zusage ist ein absolut unverzichtbarer Eckpfeiler für die weitere Konsolidierung unseres Haushalts. Wir werden mit dem Bund so schnell wie möglich ganz konkrete Gespräche führen, in welcher Form diese Zusage ab dem Jahr 2005 eingelöst und umgesetzt werden soll.

(B) Wir wollen weitere Gespräche mit dem Bund und den Ländern führen, zum Beispiel über die dringend nötige Reform der Gemeindefinanzierung und über eine gerechtere Verteilung der Hafenlasten. Die bremischen Häfen sind ein Rückgrat unserer Wirtschaft, sie sind aber auch ein entscheidender Beitrag für die Volkswirtschaft der gesamten Exportnation Bundesrepublik Deutschland. Der Bundeskanzler war erst vor wenigen Wochen in Bremen und Bremerhaven und hat sich von der Leistungsfähigkeit unserer Häfen überzeugt. Ich lade auch von dieser Stelle meine Kollegen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, auch im Süden, in Bayern und Baden-Württemberg nach Bremerhaven ein, damit sie sich ein Bild machen können, welchen Beitrag Bremen mit Milliarden-Investitionen zum Beispiel zu den Exporterfolgen von BMW oder Daimler-Chrysler leistet.

Der Kanzlerbrief ist eine belastbare Säule unseres Sanierungskurses. Das ist allerdings kein bequemes Ruhekitzen, auf dem wir uns komfortabel zurücklehnen können. Die Kassen des Bundes sind ebenso strapaziert wie unsere. Die Bundesregierung wird uns in den bevorstehenden Gesprächen fragen: Was habt ihr in Bremen getan, welche Beiträge könnt ihr vorweisen, um die Ausfälle so gering wie möglich zu halten und euren Haushalt durch eigene Sparanstrengungen in Ordnung zu bringen? Haltet ihr aus, wenn wir eure Anstrengungen mit denen des Saarlands oder denen eurer Nachbarn in Niedersachsen vergleichen?

Ich finde, sie hat das Recht, solche Fragen zu stellen, und ich will überzeugende Bremer Antworten präsentieren können. Auch das ist ein Grund, wa-

rum wir an unserem strikten Sparkurs festhalten müssen und alles daran setzen wollen, 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen zu können und endgültig alle entscheidenden Weichen für eine gelungene Sanierung gestellt zu haben. Das ist das große Ziel dieses Senats und übrigens auch eines meiner ganz persönlichen Lebensplanung.

Sanierungspolitik ist aber nicht nur Sparpolitik. Sanierung heißt vor allem auch Modernisierung und Innovation, Sanierung heißt Zukunftschancen eröffnen, Sanierung heißt gestalten. Auch das wollen wir in den kommenden vier Jahren couragiert tun. Wir können dabei an unübersehbare Erfolge der letzten Jahre anknüpfen.

Unsere Häfen spielen in der internationalen Spitzenliga. Wir wollen, dass das so bleibt. Wir haben mit CT III und CT IV die Wachstumsperspektiven langfristig und verlässlich abgesichert, und wir haben zusammen mit den Niedersachsen ein Jahrhundertprojekt auf den Weg gebracht, das weit über unsere Generation hinaus den nordwestdeutschen Häfen eine Schlüsselrolle sichert, den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven.

Wir wollen die Konkurrenzfähigkeit unserer Häfen, aber auch anderer Industrie- und Wirtschaftszweige nachhaltig stärken, indem wir unsere Infrastruktur und Verkehrsverbindungen verbessern. Die Autobahnen rund um Bremen, die A 281 und der Ausbau der A 27 sind dafür Schlüsselprojekte. Auch den Bau der Y-Trasse, die Vertiefung der Außenweser und den Ausbau der Mittelweser wollen wir voranbringen. In der Raumfahrt, im Flugzeugbau, im Automobilbau sind wir im internationalen Spitzenfeld. Diese Stärken werden wir pflegen und ausbauen.

Auf die IUB sieht inzwischen die ganze Republik, und manch einer reibt sich die Augen, dass ausge-rechnet das Sanierungsland Bremen sich so ein ambitioniertes Projekt zutraut und mit Erfolg gestaltet. Der Erfolg der Universität, der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven und der IUB macht uns Mut, weiter auf Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung zu setzen und Bremen zur City of Science zu machen. Wir haben den Ehrgeiz und den Optimismus, Bremen bis zum Jahr 2010 in die Top Ten der deutschen Technologiestandorte zu bringen und unsere Stärken etwa in der Gesundheitswirtschaft, in der Umwelt- und Windenergietechnik, der Logistik, der Bio- und Lebensmitteltechnologie und bei den neuen Medien zu entfalten.

Wir wollen ein spannender, ein reizvoller und ein einladender Platz für junge, mutige Unternehmer sein. Wir wollen überzeugen durch erstklassige Infrastruktur, exzellente Wissenschaft und qualifizierte Arbeitsplätze. Wir brauchen dafür ein differenziertes und ausreichendes Angebot an attraktiven Flächen. Das können und das werden wir sicherstellen. Wir haben eine Fülle von Optionen: Wir wollen die Überseestadt weiterentwickeln und über das

(C)

(D)

- (A) Stephaniviertel mit der Innenstadt zusammenwachsen lassen. Wir haben große Reserven in der Mahndorfer und der Arberger Marsch. Wir wollen den Science-Park in der Nachbarschaft der IUB voranbringen und die Erfolgsgeschichte der Airport-City fortschreiben.
- Beim Hollerland haben wir einen fairen Kompromiss gefunden. Wir sind uns einig, der Technologiepark an der Universität soll und wird weiter wachsen. Innerhalb des schon heute genutzten Areals können wir nachverdichten und zusätzliches Gebiet durch die Westerweiterung erschließen. Der Naturschutz für das gesamte Hollerland bleibt bestehen, und den überwiegenden Teil des Hollerlandes werden wir zusätzlich als FFH-Gebiet anmelden. Nicht gemeldet werden zwei Teilflächen, das so genannte Ohr und ein Streifen parallel zur A 27.
- Um es klar zu sagen, auch da wird in den kommenden Jahren nicht gebaut, aber Nachdenken, Überlegen für die Zukunft ist ausdrücklich erlaubt. Ich finde, keine Denkverbote zu verhängen ist eigentlich ein selbstverständliches und gutes Zeichen der großen Koalition, und ich bin sicher, dieser Kompromiss wird für die gesamte Legislaturperiode tragen und uns kraftraubende und in der Sache wenig weiterführende Debatten ersparen.
- Trotz Sparkurs und Investitionen in Wirtschaftskraft werden wir die Stadtteile und Nebenzentren nicht vergessen: lebendige Nachbarschaft, gute Einkaufsmöglichkeiten, gepflegte Grünanlagen, ein sauberes Straßenbild. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen sich in ihrem Stadtteil wohl und wie zu Hause fühlen. Wir haben uns vorgenommen, vitale Stadtteile zu gestalten, und wollen nachhaltig in Lebens- und Wohnqualität der Stadtteile investieren, von Huchting bis Horn, von Osterholz bis Blumenthal! Dazu zählt auch, dass wir noch mehr Wohnungen als bislang alten- und behindertengerecht ausgestalten.
- (B) Die Sanierung von Osterholz-Tenever ist ein riesiges und ehrgeiziges Projekt für mehr Lebensqualität. In Bremen-Nord vernarben ganz allmählich die tiefen Wunden des Vulkan-Zusammenbruchs, mit IUB, Haven Hööv't und der Wiederbelebung des Vulkan-Geländes gibt es heute neue Anknüpfungspunkte für die Region. Wir wollen in Vegesack, Grohn, Grambke, Blumenthal weitere Akzente für Lebensqualität und neue Arbeitsplätze setzen. Wir wollen auch, dass Bremen-Nord und Bremen-Stadt noch näher zusammenrücken, und werden darum die Straßen- wie die Schienenverbindung verbessern.
- Die ursprünglich aus der Krise geborene Verwaltungsreform in Bremen und auch unser Dienstleistungsangebot im Internet gelten heute als vorbildlich. Die Leute reisen aus der ganzen Republik an und wollen in Bremen sehen, wie so etwas geht, kurze Wege, schnelle Entscheidungen, unbürokratisches Verfahren, bürgerfreundliche Verwaltung, kompetente Wirtschaftsförderung. Wir wollen weiter Vorreiter eines schlanken Staates sein und uns als Innovationszone und Modellregion profilieren. Wir werden das Dickicht von Vorschriften lichten, bürokratische Verfahren entrümpeln und überholte Hemmnisse entschieden abbauen.
- (C) Wenn wir uns gemeinsam mit den Niedersachsen ein so gigantisches Projekt wie den Tiefwasserhafen zutrauen, dann sollte es uns nicht schwer fallen, auch auf anderen Feldern die Zusammenarbeit mit den Niedersachsen sowie mit allen norddeutschen Ländern zu intensivieren. Warum sollten wir uns nicht auf einen Flächennutzungsplan für die gesamte Region einigen können und letzte Reste von Kirchturmpolitik überwinden zugunsten einer gemeinsam getragenen Entwicklungsperspektive für die gesamte Region?
- In Bremen wie bei unseren niedersächsischen Nachbargemeinden hat sich die Erkenntnis endgültig durchgesetzt, wir leben miteinander, und wir leben voneinander. Nur wenn es Bremen gut geht, geht es dem Umland gut und umgekehrt. Wenn wir zusammenarbeiten, wenn wir über die Landesgrenzen hinaus unsere gemeinsamen Chancen identifizieren, hat die gesamte Region eine gute Zukunftsperspektive. Warum sollten unsere statistischen Landesämter oder der Verfassungsschutz in Bremen und Niedersachsen nicht intelligente Formen der Arbeitsteilung und Kooperation finden nach dem Motto, zusammen mit weniger Aufwand finden wir bessere Ergebnisse?
- (D) Was für die Zusammenarbeit mit niedersächsischen Behörden gilt, gilt innerhalb Bremens allemal. Trotz knapper Kassen wollen wir ein gutes und leistungsfähiges Dienstleistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger vorhalten. Wo moderne Technik helfen kann, etwa in der Justiz und bei der Polizei, wir wollen sie einsetzen. Wenn bessere Arbeitsorganisation zu mehr Bürgernähe führt, organisieren wir sie! Wenn moderne Formen der Wissensvermittlung und Weiterbildung wie zum Beispiel E-Learning weiterhelfen, nutzen wir sie! Wenn wir Chancen sehen, dass sich Beamte mehr Zeit für die Bürger nehmen können, ergreifen wir sie! Wenn wir Verfahren, zum Beispiel bei unseren Gerichten, beschleunigen können, sorgen wir doch dafür, dass es schneller geht!
- Das gilt übrigens auch für diejenigen, die sich nicht an unsere Gesetze und Spielregeln halten. Gerade Jugendliche müssen so schnell wie möglich spüren, dass eine Straftat ernsthafte Konsequenzen hat. Prävention ist eine Seite der Kriminalitätsbekämpfung. Internationaler Terrorismus, bundesweit steigende Zahlen in der Kriminalitätsstatistik mit zum Teil neuen und veränderten Formen der Kriminalität wie zum Beispiel Menschenhandel, Zwangsprostitution und Kinderkriminalität stellen uns vor neue Herausforderungen, denen der Staat mit entschiedenen und wo notwendig auch mit polizeilich repressiven Mitteln entgegenzutreten muss.

(A) Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille. Verstärkt sichtbare Präsenz der Polizei auf der Straße ist daher nicht nur ein wichtiger Teil unserer Präventionsarbeit, sondern auch ein Zeichen an die Menschen, sie möglichst überall und wirkungsvoll vor allen Formen auch der so genannten Alltags- und Straßensriminalität schützen zu wollen. Es wird darum keine Schließung von Polizeirevieren geben.

Wir werden aber auch niemandem Hilfe verweigern, der auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, im Gegenteil. Die Mitarbeiter in den Sozialzentren geben sich alle Mühe, jedem Einzelschicksal gerecht zu werden, ganz individuell zu helfen und den richtigen, den eigenen Ausweg zu finden: Nach dem Prinzip Fördern und Fordern verbinden wir jede staatliche Leistung aber mit einer sehr nachdrücklichen Bitte: Wer in Not ist, hat Anspruch auf unsere Unterstützung. Wir stellen aber umgekehrt auch einen Anspruch an ihn. Er muss auch selbst etwas tun. Er muss selbst mithelfen, aus seiner schwierigen Lage herauszufinden. Beides gehört zusammen.

Meine Damen und Herren, uns allen ist bewusst, ohne Bremerhaven kann die Sanierung des Landes nicht gelingen. Wie für Bremen gestalten wir auch für Bremerhaven ein schlüssiges, ein stimmiges Gesamtkonzept für den dringend benötigten Strukturwandel und Modernisierungsprozess. Über die nötigen Zutaten und entwicklungsfähigen Stärken Bremerhavens sind wir uns einig: maritime Wissenschaft, Hafenvirtschaft, Fischwirtschaft, Lebensmitteltechnologie, Windenergie und Gesundheitswirtschaft, Verkehrsinfrastruktur, Tourismus und Dienstleistungsangebote. Mit den Bremerhavenern, mit dem Magistrat, mit den Stadtverordneten und vielen anderen Kräften wollen wir daraus ein langfristiges Entwicklungskonzept für die Seestadt erarbeiten und umsetzen. Auch und gerade für Bremerhaven lauten die wichtigsten Ziele Einwohner gewinnen, Arbeitsplätze schaffen.

In den letzten Jahren ist schon eine Menge passiert oder auf den Weg gebracht worden: auf der Bürger, im Alten und Neuen Hafen, im Schaufenster Fischereihafen, am Kreuzfahrtterminal. In diese Richtung muss es weitergehen. Darum wird auch in Zukunft jeder vierte Euro, den wir für das Land investieren, in Bremerhaven eingesetzt, und es ist sicher ein vertrauensstiftendes Signal, dass im Senat ab sofort zwei Bremerhavener sitzen und Verantwortung für das Land übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns einen weiteren, einen ganz entscheidenden Schwerpunkt für die Arbeit der nächsten Jahre vorgenommen. Bildung hat für uns oberste Priorität. Wir wollen mit den Schulen und Kindertagesstätten, mit den Erzieherinnen, den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern den Schock der Pisa-Ergebnisse verarbeiten und alles tun, damit wir die

rote Laterne so schnell wie möglich wieder los werden.

(C)

Es ist wahr, über den richtigen Weg dorthin hat es leidenschaftliche Debatten gegeben, auch zwischen den Partnern der Koalition. Wir haben diese Debatten nicht durch Rechthaberei entschieden, nicht durch eine Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Mentalität. Wir haben uns auf Dialog und einen fairen Konsens verständigt. Es gibt einen einfachen Grund dafür. Das Thema ist viel zu wichtig, zu kostbar und zu komplex. Es geht dabei nicht nur um Überzeugung und Konzepte von Bildungspolitikern. Hinter den unterschiedlichen Ansätzen stecken die unterschiedlichen Erfahrungen, Hoffnungen, Überzeugungen von unzähligen Wissenschaftlern, Pädagogen und Eltern, und jeder hat für seinen Ansatz gute Argumente und kann auf gelungene Beispiele verweisen.

Darum haben wir ganz bewusst gesagt: Lasst uns das nicht durch ein paar wie in Stein gehauene Sätze am grünen Tisch der Koalitionsberatungen entscheiden! Lassen wir Entwicklungen zu, geben wir den Schulen Freiräume, gestatten wir uns unterschiedliche Wege und Wettbewerb, respektieren wir den Willen der Eltern, und lernen wir mit den Schulen aus den Erfahrungen!

Ich bin überzeugt, in der Verständigung über unsere künftige Bildungspolitik beweist sich eine der großen Stärken der großen Koalition, die die Wähler am 25. Mai honoriert haben. Die ständige Lust, in parteipolitische Sieger und Verlierer zu sortieren, ist vielleicht für manche Journalisten vergnüglich. Die Menschen haben wenig von einer Politik nach der Dramaturgie des Boxringes, wo gezählt und gepunktet wird, wer wem am häufigsten auf die Nase haut und wer über wen das schrillste Bonmot formuliert. Das produziert vielleicht ein paar Lacher und vordergründigen Unterhaltungswert in Parlamentsdebatten, es hilft uns aber wenig, um uns in der Sache zu verständigen, kluge Lösungen zu finden und durchzusetzen.

(D)

Wir brauchen die Bereitschaft zuzuhören, Respekt vor Argumenten und Überlegungen des anderen, Aufgeschlossenheit für Anregungen, auf die man nicht selbst gekommen ist. Dies gilt übrigens auch für die Opposition hier in diesem Hause, und dies meine ich als herzliche Einladung. Wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge, und wir sind bereit, sie ernsthaft und fair zu prüfen.

Ich glaube, in der Schulpolitik ist uns genau das gelungen. Wir haben uns geeinigt. Die Orientierungsstufe wird es nicht mehr geben. Sie hat sich nicht bewährt. Wir öffnen in Zukunft verschiedene Wege, um einen qualifizierten Schulabschluss zu erreichen. Bereits nach dem vierten Jahrgang kann man sich künftig auch in Bremen für ein Gymnasium entscheiden, das nach zwölf Jahren zum Abitur führt. Weil wir insgesamt mehr Kindern den Weg zum Abitur öffnen wollen, gestalten wir Übergänge

- (A) auf dem Weg zum Abitur insgesamt durchlässiger und richten zusätzliche berufliche Gymnasien ein.
- In Zukunft wird es aber auch mehr integrative Angebote geben, nicht nur, weil wir weitere integrierte Stadtteilschulen und zusätzliche sechsjährige Grundschulen einrichten wollen. Wir wollen darüber hinaus ganzen Schulgruppen anbieten, gemeinsam von der Grundschule in die Sekundarstufe I zu wechseln. Haupt- und Realschule werden in den Klassen fünf und sechs gemeinsam unterrichtet, in den Klassen sieben und acht mit äußerer Differenzierung. Die Hauptschule, in der Vergangenheit oft als Restschule beargwöhnt, wird es so nicht mehr geben. Wir wollen die verlässliche Grundschule von acht bis 13 Uhr verbindlich machen. Wir machen also eine Vielzahl von Angeboten, um in Bremen länger gemeinsam lernen zu können.
- Es stimmt, Bremens Schulsystem wird künftig anspruchsvoller und vielfältiger. Wir schaffen nicht Ordnung wie Charlie Chaplin, der seine Klamotten in den Koffer wirft, den Deckel zuklappt und alles abschneidet, was noch herauschaut. Wir wollen eine Schule machen, in der Eltern mit den Lehrern gemeinsam überlegen: Durch welches Angebot wird mein Kind am besten gefördert und gefordert? Wir setzen auf die Verantwortungsbereitschaft der Eltern, und wir wollen ihre Entscheidung stärker einbeziehen. Aber Elternwillen stärken und gleichzeitig Wahlmöglichkeiten zugunsten von sparsamen, übersichtlichen Reißbrettentwürfen einschränken, das passt nicht zusammen.
- (B) Es gibt eine zweite große Chance durch den erzielten Konsens. Wir können endlich Frieden in den Systemfragen unseres Schulangebots schließen. Wir können unsere Energie endlich auf die viel wichtigere Frage konzentrieren: Wie verbessern wir die Qualität jeder einzelnen Schulstunde? Ich überspitze bewusst. Was in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler an Wissen, an Kompetenz, an Kreativität, an Teamfähigkeit, an Leistungs- und Hilfsbereitschaft ankommt, hängt nicht so sehr davon ab, welcher Name über dem Schultor hängt. Das entscheidet sich jeden Tag, Schulstunde für Schulstunde durch das Engagement der Lehrer, durch kluge Didaktik und sorgfältige Methodik des Unterrichts. Reden wir in Zukunft weniger darüber, welches System das beste ist, reden wir mehr über gelungenen Unterricht! Das muss zuallererst in den Schulen selbst passieren durch Erfahrungsaustausch, durch Teamarbeit, durch Weiterbildungsangebote.
- Wir wollen die Schulen dabei unterstützen und sagen ihnen: Lasst uns über Standards reden! Wir müssen klar definieren, was in bestimmten Etappen und am Ende einer Schulbildung herauskommen muss, damit die jungen Leute gut auf ihr Leben vorbereitet sind und gute Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben.
- Wir müssen uns auch in gewissen Abständen vergewissern, dass wir auf dem richtigen Weg sind und
- durch gemeinsame zentrale Vergleichstests und Parallelarbeiten herausfinden, wo wir gut sind und wo wir besser werden müssen. Innerhalb solcher unverzichtbarer Eckpfeiler wollen wir den Schulen neue Gestaltungsspielräume geben und sie ermutigen: Nutzt sie, entwickelt eigene Ideen und eigene Konzepte! Verständigt euch auf Schulprogramme, entwickelt ein eigenes, ein unverwechselbares Profil für eure Schule, um sie attraktiv und reizvoll für Schüler und Eltern zu gestalten! Beratet miteinander, holt euch Rat von außen! Wir unterstützen euch dabei, wir bieten euch entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten und Beratungen, und wir erkennen an und respektieren besonderes Engagement und herausragende Leistungen.
- Es gibt einen weiteren unübersehbaren Hinweis, dass Bildungspolitik für die große Koalition absolut höchste Priorität genießt. Trotz der extrem schwierigen Haushaltslage und dramatischer Sparzwänge, am Lehrpersonal wird nicht gespart, im Gegenteil. Wir wollen auch neue intelligente Finanzierungsmöglichkeiten suchen und jede frei werdende Lehrerstelle wieder besetzen. Schließlich wollen wir auch engagiert weiter daran arbeiten, unsere Schulgebäude in Ordnung zu bringen.
- Wir haben noch eine weitere ernüchternde Lektion aus Pisa lernen müssen, und auch daraus wollen wir Konsequenzen ziehen. Wenn wir die Erstklässler in die Schule bekommen, ist häufig schon manches versäumt und erschwert einen erfolgreichen Schulstart. Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen können, sind schon zu Beginn ihrer Schulbildung benachteiligt. Sie geraten so dauerhaft ins Hintertreffen und werden um ihre Integrationschancen gebracht. Wir müssen darum schon vor der Schule die richtigen Weichen stellen. Mit gezielten Sprachtests wollen wir schon in den Kindergärten Sprachdefizite herausfinden und durch wirksame Fördermaßnahmen rechtzeitig vor dem Schulbeginn für ausreichende Deutschkenntnisse bei allen Erstklässlern sorgen. Wir wollen das gerade auch bei Kindern aus Migrantenfamilien zusammen mit den Eltern machen und auch ihnen Deutschkurse anbieten.
- Wir wollen die Kindertagesstätten insgesamt zu Bildungseinrichtungen weiterqualifizieren, die eng mit den Schulen zusammenarbeiten. Wir wollen den Erzieherinnen und Erziehern entsprechende Weiterbildungs- und Fortbildungsangebote machen. Wir wollen mit ihnen und den Schulen Bildungspläne entwickeln, die allen Kindern einen möglichst reibungslosen und erfolgreichen Übergang in die Schule öffnen. Darum wollen wir trotz aller Sparzwänge auch alles daran setzen, um die Kita-Gruppen Schritt für Schritt von zwei Kräften betreuen zu lassen.
- In die gleiche Richtung weist unser Ehrgeiz, mit der finanziellen Unterstützung des Bundes zusätzliche Betreuungsplätze für die ganz Kleinen unter drei Jahren zu schaffen. Das hilft auch ihren Müttern, die wieder ins Berufsleben einsteigen und ihre Kinder
- (C)
- (D)

(A) trotzdem gut betreut wissen wollen. Aus dem gleichen Grund wollen wir schließlich auch die Betreuungszeiten flexibler gestalten und stärker an den Bedürfnissen und der Nachfrage der Eltern ausrichten.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir den sechshundertsten Geburtstag des Rolands feiern. Seit Hunderten von Jahren haben wir Bremer uns unsere Selbständigkeit immer wieder erarbeitet, verdient und wenn nötig zurückerobert. Es war eine wechselvolle Geschichte mit vielen Blütezeiten, aber auch voller Widrigkeiten und Bedrohungen. Hunderte von Jahren lang haben wir alle bestanden, jede Generation hat sich im Sinne des großen Arnold Duckwitz den Respekt und die Anerkennung ihrer Zeitgenossen erworben und aufs Neue bewiesen, dass unsere Selbständigkeit ein Glück für das Ganze ist, mit hanseatischem Kaufmannsgeist, mit politischer Klugheit, mit diplomatischem Geschick, mit zivilem Bürgersinn und, sprechen wir es ruhig aus, manchmal auch mit Geld, und jede Generation hat gewusst, dass und warum ihr Bremens Selbständigkeit kostbar war. Jetzt sind wir an der Reihe.

Es stimmt, wir haben heute keine 100 000 Gulden übrig, und ein kaiserliches Privileg wie das Linzer Diplom ist in Zeiten parlamentarischer Demokratie kein Garant von Unabhängigkeit und Selbständigkeit, aber wir haben Arnold Duckwitz, Johann Smidt und Wilhelm Kaisen in guter Erinnerung und eine Idee unserer Selbständigkeit für die Zukunft vor Augen.

(B) Wir wissen, Selbständigkeit bedeutet mehr als die hohe Wahrscheinlichkeit, den Präsidenten des Senats auf dem Marktplatz treffen zu können. Sie bedeutet Gestaltungsmöglichkeiten für unser Land und seine beiden Städte, sie bedeutet Mitwirkungsmöglichkeiten bei allen großen Gesetzgebungsvorhaben. Sie bedeutet die Chance, den Kommunen im Bund eine Stimme geben zu können, so wie es die Väter und Mütter des Grundgesetzes gewollt haben.

Für nüchterne Pragmatiker sei gesagt, unsere Selbständigkeit bedeutet auch mehr Geld für Bremen, Bremerhaven und die ganze Region, und für leidenschaftliche Europäer, sie bedeutet die Chance, in einem Europa der Regionen, das wir uns alle wünschen, einen identitätsstiftenden Kern zu bewahren, Wissen, wo man hingehört, das ist von jeher das notwendige Gegenstück hanseatischer Weltoffenheit.

In einem ganz unpathetischen und ganz und gar nicht tümelnden Sinn können wir uns Heimat bewahren, als Chance auf Vertrautheit, als Chance auf Verständigung in Augenhöhe und auf kurzen Wegen. Ich bin überzeugt, das Lebensgefühl der Bremerinnen und Bremer, der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener wird seit Jahrhunderten nachhaltig durch unsere Selbständigkeit geprägt. Sie ist Lebensqualität. Nehmen wir es als ein historisches Geschenk! Wir haben die Möglichkeit, unsere eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, nah, direkt, offen und miteinander. Nutzen wir sie!

Arbeiten wir für ein Bremen, an das Wissenschaftler in aller Welt gute Erinnerungen haben, weil sie in ihrer Zeit an der IUB, der Universität, den Hochschulen ein aufgeschlossenes, ein herzliches, ein reizvolles Bremen erlebt haben! Arbeiten wir für ein Bremen, über das Unternehmer in aller Welt Gutes berichten, weil sie in Bremen offene Türen, faire Partner und kompetente Dienstleister gefunden haben! Arbeiten wir für ein Bremen, von dem Künstler schwärmen: Reich sind sie nicht, aber sie sind hellwach, experimentierfreudig und kreativ! Arbeiten wir für ein Bremen, über das Muslime, Buddhisten, Juden und Hindus sagen: Hier müssen wir keine Angst haben, hier werden wir akzeptiert und respektiert! Arbeiten wir für ein Bremen, in dem junge Leute sich lebendig und herausgefordert fühlen und sagen: Man muss schon etwas bringen, aber das bringt es auch! Arbeiten wir für ein Bremen, in dem sich Alte zu Hause fühlen, geborgen, gebraucht und gemocht! Arbeiten wir für ein Bremen, in dem die Leute sagen: Wenn es gut geht, dann findest du Menschen, die sich mit dir freuen, wenn es schlecht geht, lassen sie dich nicht allein!

Wir haben uns eine Menge vorgenommen für die nächsten vier Jahre. Wir werden es uns und niemandem nur leicht und recht machen können, aber ich bin mir ganz sicher, es lohnt sich. Machen wir uns an die Arbeit, ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bürgermeister Henning Scherf hat für den neu gewählten Senat die Regierungserklärung für die Politik der nächsten vier Jahre abgegeben, und ich beginne mit den Aussagen, über die sich Regierung und Opposition einig sind, über die ich mich teilweise auch gefreut habe.

Konsens besteht darin, dass auch die nächsten vier Jahre in Bremen von dem Leitgedanken Investieren und Sparen geprägt sein werden und geprägt sein sollten. Wie in der Vergangenheit wird die politische Auseinandersetzung darüber laufen, wo und wie viel gespart wird und in was und wo wie viel investiert wird. Hier kann man auch durchaus schon eine Annäherung, natürlich nicht an die Position der Grünen, so doch vielleicht wenigstens an die einer Großprojekten kritisch gegenüberstehenden Öffentlichkeit feststellen. Neue Renommierprojekte tauchen in Ihrer Regierungserklärung nicht mehr auf.

Bemerkenswert finde ich auch, dass Sie, Herr Bürgermeister, darauf verzichten, die ernste finanzielle Lage unseres Bundeslandes schönzureden, auch wenn Sie an dem Ziel, 2005 einen verfassungskon-

(C)

(D)

- (A) formen Haushalt vorzulegen, festhalten. Fast hat man den Eindruck, als wollten Sie Ihren politischen Erfolg vor allem daran messen. Über die angeblichen oder tatsächlichen Erfolge der Politik der großen Koalition der letzten acht Jahre sind wir uns teilweise nicht einig, aber ich will nur wenig zur Vergangenheit sagen. Es ist richtig, den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen reinen Wein einzuschenken. Nur so können die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte beurteilen, ob Ziele und die ergriffenen Maßnahmen einer Regierung in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Nur so kann das gelingen, was Sie sich vornehmen, nämlich die aktive Beteiligung der Menschen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens in Bremen und Bremerhaven.
- Sie haben auf die in der Politik verbreitete Kraftmeierei weitgehend verzichtet und auch ein Angebot zur Zusammenarbeit mit uns bekundet. Das nehmen wir gern an, werden aber nicht, darauf können Sie sich verlassen, damit Teil der großen Koalition und Ihrer Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Sichtweise. Wir, die Grünen, haben den Auftrag der Wählerinnen und Wähler, Kritik an der Regierungspolitik zu üben, da, wo wir Kritikwürdiges sehen. Wir werden auch Alternativen vorlegen und Vorschläge machen, die Aufgabe, Konzepte zu entwickeln, ist allerdings vorrangig die Aufgabe der Regierung.
- (B) Gefreut habe ich mich über die zahlreichen Passagen in der Regierungserklärung, die im Zusammenhang auch mit der Politik der Grünen in den letzten Jahren stehen. Dabei nenne ich zuallererst die Anmeldung Bremens zur europäischen Kulturhauptstadt, eine Idee meiner Kollegin Helga Trüpel und, Konsens, eine große Chance für Bremen. Das geplante Informationsfreiheitsgesetz, der Umzug von Radio Bremen in das Faulenquartier, die Entwicklung der Überseestadt und die Sanierung von Osterholz-Tenever, um nur einige zu nennen, sind Vorhaben, von den Grünen mit gefordert, mit vorbereitet, bei denen wir auch in Zukunft mitziehen werden.
- Auch die Philosophie, wie Sie hier Bremen als Stadt dargestellt haben, erinnert doch sehr stark an das Konzept „Talente, Toleranz und Technologien“, das die Grünen vorgelegt haben, um den Wirtschaftsstandort modern zu entwickeln, und die Philosophie, wie wir den Wirtschaftsstandort Bremen entwickeln, breiter anzulegen und zu zeigen, dass es auch um das Klima unserer Städte geht, das ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.
- Auch Ihre klare Aussage, Investitionen Bremens kritischer auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen, greift Forderungen der Grünen der letzten Jahre auf. Die Glaubwürdigkeit jeder Sparpolitik wird sich darin entscheiden, ob diese Regierung auch damit ernst macht.
- (C) Heute Nachmittag können Sie, meine Damen und Herren, beim Thema Stadthalle einen ersten Beweis antreten.
- Wohlthuend empfinde ich auch Ihre Position zum Kanzlerbrief, der eine Verhandlungsgrundlage darstellt und nicht, wie häufig in der Vergangenheit, ein Beharren auf Rechtsansprüchen der Höhe nach.
- Als wichtigen, unstrittigen Punkt Ihrer Regierungserklärung möchte ich noch das Ziel nennen, die Selbständigkeit Bremens zu erhalten. Sie, Herr Bürgermeister, weisen darauf hin, dass auch andere Bundesländer und Gemeinden, auch der Bund selbst, unter hohem Spardruck stehen. Damit wird auch klar, dass der Erhalt der Selbständigkeit kein Selbstzweck für Bremer Politiker ist. In Bremen gibt es die Chance, Modelle für Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten, die auch anderswo taugen. Das bedeutet aber nach Meinung der Grünen eine klare Absage an das eher geistlose Orientieren der Sparpolitik auf Benchmarking und den Durchschnitt. Stattdessen braucht es Mut für eigene Wege. Davon ist in der Regierungserklärung leider wenig zu finden.
- (D) Die Selbständigkeit Bremens werden wir nur mit den Bremerinnen und Bremern gemeinsam erhalten. Nur wenn wir sie überzeugen, dass es sich lohnt und dass mit der Selbständigkeit nicht nur neue Opfer für die Bevölkerung verbunden sind, werden wir sie dazu gewinnen. Der Senat ruft zur Zusammenarbeit und Mitarbeit auf. Da wird der zivile Bürgersinn gelobt, der runde Tisch Bildung für wichtig erklärt und der Wert des Personalvertretungsgesetzes gepriesen. So oder ähnlich, Herr Bürgermeister, haben Sie das auch schon in den letzten Regierungserklärungen getan. Leider haben Sie diesen Anspruch oft nicht eingelöst. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass es in Zukunft anders wird, dass Sie es sich vornehmen, das nehme ich Ihnen ab. Einmal schauen, wie es weiter geht! Die Zeichen sind nicht gut.
- Der Agenda-21-Prozess, nach der Wahl 1999 uninteressant, so wie jetzt die Bürgerstiftung! Mit Frauenpolitik können Sie nun nach dieser Senatswahl wirklich nicht mehr ernsthaft kommen, und was der Senat von Beiratsbeteiligung hält, konnte man mit dem handstreichartigen Verkauf der Lothringer Straße in der Zeit zwischen Bürgerschafts- und Senatswahl sehen.
- Besonders übel ist die Senatsentscheidung von gestern, in Bremen bei Neueinstellungen in den öffentlichen Dienst kein Weihnachts- und kein Urlaubsgeld zahlen zu wollen. Abweichend vom Koalitionsvertrag, der sinnvollerweise einen Gleichklang mit Niedersachsen vorsieht, wird hier ohne jede Beteiligung des Personalrats ein Coup gelandet, per Tischvorlage schnell entschieden, ehe die eben noch gepriesene Bürgerbeteiligung unliebsame Ergebnisse hätte haben können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Auch wenn wir sehr viele Ziele Ihrer Regierungserklärung teilen, hier fehlt es Ihnen an Glaubwürdigkeit, dass Bürgerbeteiligung selbstverständlich und erwünscht ist und dass die Meinungen auch ernst genommen werden. Vielleicht könnten Sie das noch ändern.

Die Politik der großen Koalition setzt auf den Gedanken, dass alle Bremerinnen und Bremer in einem Boot sitzen, dieselben Interessen haben und dem großen Kapitän Henning Scherf vertrauen. Kritik, unterschiedliche Meinungen und sogar Meinungsstreit wurden in der Vergangenheit zu häufig abgewertet, als störend und unfruchtbar mies gemacht. Das ist ein sehr grundlegender Unterschied zur Politik der Grünen. Wir setzen darauf, dass über unterschiedliche Sichtweisen, die sich im fairen Wettbewerb befinden, die besten Lösungen entstehen. Wer darf denn Platz nehmen im großen Boot? Wem droht der Rausschmiss, wenn er oder sie als Nörgler, Miesmacher, Ampelpolitiker oder sonstwie nicht gemeinschaftsfördernd enttarnt wurde?

Die Zustimmung zu der sehr großen Koalition ist deutlich niedriger als vor vier Jahren. Dass Sie einen Wählerauftrag haben, bestreiten die Grünen nicht. Die Grünen haben aber deutlich zugelegt und einen Wählerauftrag, selbstbewusst und klar Kritik zu üben. Wir, die Grünen, entscheiden selbst, wann wir im Boot sitzen und wann wir in einem anderen segeln.

(B) Das große Alle-Mann-Manöver verdeckt leider gekonnt, dass es im großen Boot der ziemlich großen Koalition doch recht unterschiedlich komfortable Plätze gibt. Die Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, soll es gut haben. Ja, natürlich, das ist auch in unserem Interesse. Weniger nett wird es in den nächsten Jahren für Frauen, die ein offenes Beratungsangebot aufsuchen wollen, für Aidskranke, denen die Aidshilfe geschlossen wird, für Behinderte, denen das Landespflegegeld und die Fahrtkostenhilfe gestrichen werden, für Familien in Horn, Sebaldsbrück und Blumenthal, denen das Freibad geschlossen wird, für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die nun erst einmal unabhängig von ihrer sozialen Lage ohne Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld klarkommen müssen.

Die zweite zentrale Kritik der Grünen an der Anlage Ihrer Regierungspolitik ist, dass Sie ehrlicher und die Kritik aufgreifend, aber im Kern dieselbe Politik machen wollen wie in den letzten Jahren. Da hatte die große Koalition naturgemäß keine Alternativen. Hatte aber nicht die SPD über die letzte Legislaturperiode hinweg ein Konzept entwickelt, wie eine Neujustierung des Sanierungskurses und welche Standortfaktoren mehr Bedeutung in der Politik erhalten sollen, um neue Einwohner zu gewinnen? Einwohner und Arbeitsplätze sind auch nach Meinung der Grünen gleichberechtigte Pfeiler der Sanierung. Das findet sich so in der Regierungserklärung

nicht wieder, obwohl genau das der richtige Weg für Bremen wäre. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen müssen sich gerade die Schwächsten auf Kürzungen einstellen. Auch die Behauptung, die soziale Balance sei dadurch gewahrt, dass für die Wirtschaft die Gewerbesteuer steigt, teilen die Grünen nicht. Vermitteln Sie einmal jemandem, der blind ist, dass nicht mehr vorgelesen werden kann, aber aus Gerechtigkeitsgründen die Abgaben der Wirtschaft steigen! Auch vom SPD-Konzept „Vitale Stadt“, in der Regierungserklärung kommt es an einer Stelle kurz vor, wird man ahnen, dass dafür, weil es ja nicht finanziert ist, letztendlich nur noch Brosamen übrig sein werden.

Den Kurswechsel zu einer modernen Sanierungsstrategie haben Sie aus Sicht der Grünen verpasst. Umweltpolitik als wichtiger Baustein zukunftssträchtiger Wirtschaftsentwicklung und als Faktor von Wohnqualität wird in der ganzen Regierungserklärung nicht mit einem Wort erwähnt.

(Abg. Pietzok [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch gar nicht wahr! Darüber hat Herr Scherf doch gerade gesprochen!)

Zitieren Sie doch die Stelle, Herr Pietzok! Das kommt nicht vor. Stattdessen wird jede bisher für Wirtschaftsansiedlung bereitgestellte Fläche weiter angeboten. Hier könnten Sie doch Ernst machen mit einer Überprüfung von Kosten und Nutzen. Leider Fehlanzeige! (D)

Das gilt aus unserer Sicht auch ausdrücklich für das Festhalten an beiden Hafenprojekten, Wilhelmshaven und CT IV, obwohl sich Bremen das schlicht und einfach nicht leisten kann und die fiskalischen Effekte eindeutig niedriger sind als die eingesetzten öffentlichen Mittel. Das richtige Ziel, mit dem Bund über eine Beteiligung an der Finanzierung der Hafencosten zu verhandeln, teilen wir. Man könnte dem aber Vorschub leisten, indem wir uns selbst beschränken.

Auch die Weservertiefung wird in der Regierungserklärung so gepriesen, als sei das ein selbstverständlicher Punkt, mit dem man Bremen voranbringen kann. Kein Wort über die Konflikte und die Hochwassergefahren, die unseren Städten drohen, und auch über die Tatsache, dass damit sehr viel Geld verwendet wird, das man woanders vielleicht besser anlegen könnte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Hollerland-Kompromiss, der Ihnen vier Jahre Ruhe verschaffen soll, wie Sie in dankenswerter Offenheit sagen, ist auch kein Ruhmesblatt. Es gibt

- (A) nicht „ein bisschen rechtswidrig“. Die Vorschriften sind eindeutig, die ganze Fläche muss bei der EU als FFH-Gebiet angemeldet werden. Das Hollerland ist leider zum Symbol für die Uneinsichtigkeit der großen Koalition geworden und wird Bremen weiter schaden, Ihrem Regierungsbündnis übrigens auch!

Die stärkste Kritik, das wird Sie nicht verwundern, üben die Grünen an der von Ihnen vorgestellten Bildungspolitik. Kein Wort mehr von den verstärkten Ganztagsangeboten, wie von der SPD im Wahlkampf versprochen! Diese sind doch gerade die Voraussetzung dafür, dass Kinder aus benachteiligten Elternhäusern eine faire Chance erhalten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Die werden auch kommen!)

Frau Hövelmann, das würde uns freuen!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Sehr schön!)

- (B) Sechs Modellschulen mit sechsjähriger Grundschule werden neben den 67 anderen vierjährigen Grundschulen ein seltsames Exotendasein führen. Fakt ist, dass in Bremen in Zukunft nach der vierten Klasse in Haupt- und Realschule und Gymnasium geteilt wird, aber Fakt ist auch, dass alle in der Pisa-Studie erfolgreichen Länder die Kinder deutlich später trennen. Sie reagieren auf das Hauptproblem des deutschen Bildungswesens, nämlich eine sehr große Benachteiligung von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten, genau falsch, indem sie noch stärkeren Druck in die Grundschule bringen. Die versprochene größere Durchlässigkeit – ich habe es verstanden, dass Sie das anstreben – der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zum Gymnasium bleibt ein frommer Wunsch. Er wird sich in der Wirklichkeit so nicht erfüllen, weil das Ziel, im Gymnasium in zwölf Jahren zum Abitur zu führen, den Wechsel sehr erschweren wird.

Die versprochenen Zweitkräfte im Kindergarten stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die neuen Lehrer unter dem Vorbehalt, kreative Finanzierungen zu finden. Hier hat der Senat die Chance verpasst, die Pisa uns verschafft hat, nämlich die Chance, erfolgreiche Länder zum Vorbild zu nehmen und die Kinder und ihre jeweils eigene Entwicklung in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nach Ihrer Regierungserklärung kann man hoffen, dass es mehr Offenheit in der Finanzpolitik geben wird. Das ist gut. Dazu gehört auch, die Kosten des ausufernden bremischen Gesellschaftswesens schonungslos zu erheben und auch den Mut zu Kurskorrekturen zu haben. Da hätten Sie uns an Ihrer Seite. Zu der Offenheit gehört aber auch einzuräu-

- (C) men, dass das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts in 2005 unerreichbar ist. Natürlich kann man auf dem Papier drastische Kürzungen bei der Sozialhilfe vornehmen. Es wäre übrigens das erste Mal, dass dieser Bereich mit in die Kürzungsquote einbezogen wird. Wirklich umsetzen kann man diese Sparquote mit legalen Mitteln nicht.

Auch die weiter geplanten Vorfinanzierungen auf Investitionsprogramme der Zukunft täuschen eher über die wirkliche Lage des Haushalts hinweg. Gerade weil Bremen die Sanierungsvorgaben erfüllt hat, ist es ratsam, das ganze Ausmaß der Verschuldung und der Vorbelastung zukünftiger Haushalte offen zu legen. Bremen wird weiter auf Unterstützung angewiesen sein. Das deutlich zu machen und auszuhandeln wird die zentrale Herausforderung dieser Legislaturperiode werden. Dabei werden wir Sie unterstützen auf der Basis ungeschönter Haushaltszahlen.

Aus dem selbstgeschaffenen Dilemma der großen Koalition, nämlich einerseits weitere Mittel für Bremen einzufordern – zu Recht aus unserer Sicht –, andererseits aber den Bremer Sanierungsweg mit einem Spitzenplatz bei der Investitionsquote für unangreifbar zu erklären, daraus werden Sie keinen Ausweg finden. Deshalb müssen Sie da zurückrudern! Wir sind deshalb dafür, dass die Bremer Sanierungsergebnisse mit den Effekten öffentlicher Investitionen auch im Interesse der ganzen Bundesrepublik ausgewertet werden. Darauf kann man dann eventuell eine neue Sanierungsstrategie gründen.

(D) Herr Bürgermeister Scherf, Sie kündigen an, nach zwei oder drei Jahren den Senat zu verlassen, das wird großen Einfluss auf die Regierungsarbeit haben. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Klarheit, nicht heute, aber in absehbarer Zeit. Die Grünen werden Sie kritisch begleiten. Wir nehmen für uns dasselbe in Anspruch wie Sie, dass wir nämlich im Interesse unseres Bundeslandes Politik machen.

(Starker Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Auftrag der Wählerinnen und Wähler vom 25. Mai ist klar formuliert: Fortsetzung der großen Koalition, Fortsetzung des eingeschlagenen Sanierungskurses sparen und Investieren, Fortsetzung der von einem breiten Konsens getragenen Politik! Diesen Auftrag sind wir als CDU-Fraktion bereit anzunehmen. Die CDU versteht sich dabei nach wie vor als der stabile Faktor dieser Koalition, als verlässlicher Partner und -----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Problemlöser. Dabei stehen wir zu Beginn dieser Legislaturperiode auch angesichts der bundespolitischen Rahmenbedingungen vor elementaren Herausforderungen. Diese Herausforderungen nicht nur anzunehmen, sondern sie auch erfolgreich zu bewältigen, wird das Ziel der kommenden vier Jahre sein. An ihrer Bewältigung wird sich auch der Erfolg der großen Koalition letztendlich bemessen lassen.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag steht auch in der dritten Auflage unter der Überschrift des Sparens und Investierens. Zu diesem Kurs gibt es unserer Auffassung nach auch nach acht Jahren großer Koalition keine ernsthafte und seriöse Alternative. Dieser Kurs bedeutet für alle Politikfelder das Fortsetzen eines rigiden Sparkurses, der in den nächsten Jahren wohl noch härter und konsequenter ausfallen wird als bisher. Um diesen Kurs einzuhalten, ist eine große gemeinsame Kraftanstrengung gefragt.

Zu Beginn einer Legislaturperiode stehen wir aber nicht nur am Beginn der Umsetzung einer neuen Koalitionsvereinbarung, sondern wir müssen uns auch die Frage beantworten, wie sich Bremen generell weiterentwickeln soll, welche Vision wir von Bremen im Jahr 2015 oder 2020 haben, wie sich die beiden Städte Bremen und Bremerhaven darstellen sollen. Die Grundlagen und Weichenstellungen werden auch mit dieser Koalitionsvereinbarung maßgeblich beeinflusst und festgelegt.

(B) Wir haben die Vision einer offenen Gesellschaft in zwei urbanen Städten in einem selbständigen Bremen, in dem junge Menschen durch eine gute Ausbildung im schulischen und beruflichen Bereich ihre Lebensziele realisieren, in dem sich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sicher bewegen und ihren Lebensraum finden, der ihren Vorstellungen entspricht, einem Bremen, in dem zukunftsorientierte Arbeitsplätze in Dienstleistung und Gewerbe entstehen und angeboten werden, damit die Menschen in dieser Region auch hier Arbeit finden, in dem junge Familien durch die Bereitstellung von ausreichenden Neubauf Flächen den Wohnraum finden, den sie haben wollen, einem Bremen, in dem auch die Schwächeren in der Gesellschaft die Hilfe finden, die sie benötigen, einem Bremen, das seine Geschichte selbst bestimmen kann, weil wir davon überzeugt sind, dass die Eigenverantwortung der Bremerinnen und Bremer das Beste für unser Land ist. Hierfür bildet der Koalitionsvertrag, die Neuaufgabe der großen Koalition, angesichts der vor uns stehenden Schwierigkeiten ein gutes Fundament, die einzige politische Alternative.

Meine Damen und Herren, wie schwer dabei die Umsetzung insbesondere von Einzelmaßnahmen sein wird, ließ sich in den letzten Tagen und Wochen anhand der Stimmung der Menschen in unseren beiden Städten erkennen, wie die Beschlüsse oder auch nur die Diskussionen in den Koalitions-

verhandlungen aufgenommen werden. Lassen Sie mich dazu zwei Anmerkungen machen! (C)

Erstens, es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier und Politiker, den Menschen zu erklären, warum wir diesen Weg gehen. Wir haben diesen Kurs nicht nur eingeschlagen, um den Haushalt zu sanieren oder die Selbständigkeit des Landes zu erhalten. Wir müssen klar machen, wir sparen und sanieren, um möglichst schnell wieder mehr Geld für Schulen, für Kindergärten, für Kultur, für Sport, für Hochschulen, für die Universität, für Spielplätze und Grünanlagen ausgeben zu können, für all das, was Bremen und Bremerhaven lebenswert und schön macht.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, Reform heißt nicht opfern. Reformieren heißt zu verändern, zu optimieren und neue Wege zu gehen und heißt auch, auf das zu verzichten, was in Zeiten des Wohlstands durch die öffentliche Hand zur Verfügung gestellt werden konnte, in Zeiten der fehlenden Finanzkraft aber nicht mehr finanzierbar ist. Jede Gruppe, die von einer wie auch immer garteten Veränderung betroffen ist, meldet sich, verständlich aus ihrer Sicht, zu Wort. Wir müssen aber angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen abwägen und Entscheidungen treffen. Jeder Einzelne von uns kann, das hat Bürgermeister Scherf gesagt, nur das Geld ausgeben, das er hat. Alles andere bedeutet Stillstand, und Stillstand können wir uns nicht leisten, wollen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes erhalten. (D)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch eine Anmerkung zu den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes machen. Mit den Einsparungen, die wir bei den Beamtinnen und Beamten ebenso wie bei den Angestellten verabredet haben, wollen wir uns in demselben Rahmen wie die übrigen Bundesländer bewegen, nicht mehr und nicht weniger. Das ist auch keine Besonderheit. Die Situation der öffentlichen Haushalte betrifft alle Länder und Gemeinden. Die Proteste sind verständlich, machen doch die zahlreichen Beamten insbesondere bei der Polizei oder Feuerwehr einen harten und verantwortungsvollen Job. Sie gewährleisten unsere Sicherheit in vielen Bereichen.

Wir haben deswegen verabredet, dass diese Kürzungen sozial verträglich gestaltet werden, um niemanden überdurchschnittlich in Anspruch zu nehmen. Ich bitte Sie, eine Verabredung des Koalitionsvertrages nicht zu vergessen: Wir müssen auch weitere Personalkosten sparen. Das wollen wir ohne Entlassungen erreichen, was vielleicht manchmal der einfachere Weg wäre, aber das haben wir in der Vergangenheit nicht getan, und so wollen wir auch in der Zukunft andere Mittel und Wege finden, die Personalkosten zu senken, denn die Koalition schätzt

- (A) und würdigt die Arbeit der Beamtinnen, Beamten und der Angestellten im öffentlichen Dienst.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Ausgangslage kurz beleuchten! Ich möchte keine ausschweifende Bilanz der großen Koalition aus acht Jahren gemeinsamer Regierungsarbeit aufstellen, obwohl dies sicherlich auch eine Rede wert wäre, sondern mich mit einigen Kennzahlen begnügen. Wir erinnern uns alle noch an die rote Laterne, das Schlusslicht, das Bremen bei fast allen Vergleichen der Bundesländer angehängt werden musste. Wir erinnern uns an den Stillstand bei der wirtschaftlichen Entwicklung, an die katastrophalen Auswirkungen des Vulkan-Zusammenbruchs, an die verpulverten Subventionen, an die Monostrukturen in der bremischen Wirtschaft und die damit zusammenhängende Abhängigkeit von einigen wenigen Industriezweigen. Vielleicht erinnern sich die einen oder anderen schon nicht mehr so deutlich daran, aber es ist wichtig, sich diese Ausgangslage noch einmal vor Augen zu führen, um die gewaltigen Veränderungen, die Bremen während der Regierungszeit der großen Koalition erfahren hat, entsprechend bewerten zu können.

- (B) Die Entwicklung der Investitionsausgaben lag in den letzten acht Jahren durchweg im positiven Bereich, mehrfach, zuletzt 2002, mit 11,4 Prozent im zweistelligen positiven Bereich. Im Gegensatz dazu haben die Übrigen, insbesondere die Westländer und -gemeinden, im Durchschnitt ein Minus von 8,9 Prozent bei Investitionsausgaben zu verzeichnen gehabt. Während in den alten Bundesländern die Personalausgaben und sonstigen konsumtiven Ausgaben wachsen und 2002 bei plus 2,2 Prozent lagen, konnte Bremen ein Minus von 0,2 Prozent vermelden. Bremen hält die Empfehlung des Finanzplanungsrates nicht nur in vorbildlicher Weise ein, Bremen hat diesen Rahmen noch durch eine besondere Ausgabendisziplin im konsumtiven Bereich ergänzt.

Diese wenigen trockenen Kennzahlen belegen die Konsequenz der bremischen Sparpolitik und beweisen, dass der 1995 mit der großen Koalition eingeschlagene Kurs auch für die Zukunft seine Berechtigung haben wird und muss. Den Kurs der zukünftigen Finanzpolitik kann ich an dieser Stelle daher nur kurz beschreiben. Wir sparen weiter, am Sanierungskurs darf und kann sich nichts ändern!

Meine Damen und Herren, aber auch wenige statistische Ausführungen sind deutliche Belege für die Erfolge der Sanierungspolitik der vergangenen Jahre. 8700 neue Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Natürlich bereitet uns die Arbeitslosenquote, insbesondere in Bremerhaven, noch große Sorgen, aber, meine Damen und Herren, ich möchte mir die Arbeitslosenquote beziehungsweise die Arbeitslosenstatistik ohne diese neuen Arbeitsplätze gar nicht

- (C) vorstellen. Nicht auszudenken, wo wir heute stehen würden, hätten wir uns nicht konsequent und alternativlos zum Strukturwandel bekannt!

Die Rahmenbedingungen, in denen wir diesen Kurs weiter gestalten wollen, sind heute denkbar schwierig. Die Globalisierung setzt unseren Stand größerer Konkurrenz aus als je zuvor. Wir befinden uns in einem fast mörderischen Konkurrenzkampf, den wir nach unserer Auffassung nur durch zahlreiche Partnerschaften und Kooperationen mit anderen Regionen in den übrigen norddeutschen Bundesländern bestehen können. Wir haben hier im Koalitionsvertrag die ersten weitergehenden Schritte beschrieben, Kooperation zwischen Ämtern und Ressorts, Abstimmung bei Infrastrukturmaßnahmen, gemeinsame Projekte wie der Tiefwasserhafen oder länderübergreifende Zusammenarbeit in europäischen Fragen.

Vergessen können wir aber auch nicht die Rahmenbedingungen, die uns die rotgrüne Bundesregierung setzt, leider, möchte man sagen, denn Bremen kann sich nicht von den Auswirkungen der Bundespolitik frei machen. Auf die nach wie vor konzeptlose und zögerliche Politik von Bundeskanzler Schröder muss auch zu einem Zeitpunkt wie dem heutigen hingewiesen werden. Die Bundesregierung muss endlich Schluss machen mit der Stückwerkpolitik. Sie muss ein wirklich solide finanziertes und tragfähiges Zukunftskonzept vorlegen, das alle Politikbereiche umfasst, nicht nur die Wirtschafts- und Gesundheitspolitik, sondern auch Sozial- und Rentenpolitik, Finanz- und nicht zuletzt die Steuerpolitik. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel, eine verstärkte Überprüfung und Neuausrichtung von Wirtschaftsförderungen, Subventionsmaßnahmen und ein Gesamtkonzept, das Deutschland in der EU und in der Welt wieder in eine Spitzenposition bringt.

(Zuruf des Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir eine Anmerkung zu den Zusagen von Kanzler Schröder im Zusammenhang mit der Steuerreform aus dem Jahr 2002, dem so genannten Kanzlerbrief! Dieser Kanzlerbrief ist nicht irgendeine Luftnummer oder eine unverbindliche Absichtserklärung nach dem Motto wünsch dir was. Es handelt sich um die konkrete Zusage des Chefs der Bundesregierung, die im Zusammenhang mit der eben genannten Steuergesetzgebung gegeben wurde, um die hiermit verbundenen Steuerausfälle für Bremen auszugleichen. Das war damals die Geschäftsgrundlage für die Zustimmung im Bundesrat, und sie bleibt es. Wir nehmen die Zusagen ernst und erwarten vom Kanzler die Einlösung der Zusagen für die Bürger und Bürgerinnen in Bremen und Bremerhaven.

(Beifall bei der CDU)

(A) Wohin geht der Kurs in den nächsten vier Jahren? Einiges an grundsätzlichen Maßnahmen ist schon deutlich geworden. Lassen Sie mich nun in einige Details gehen!

Mit dem getroffenen Ressortzuschnitt haben wir einen optimalen Organisations- und Handlungsrahmen für den Senat erreicht. Über die anfangs umstrittene Zusammenlegung von Wirtschafts- und Häfenbereich wird heute gar nicht mehr diskutiert. Sie hat sich bewährt und wird beibehalten. Neu ist die Angliederung des Verkehrsbereichs, sowohl des kommunalen als auch des überregionalen Verkehrs, beim Bau- und Umweltressort, hier erwarten wir deutliche Synergieeffekte und Planungsvorteile.

Neu ist auch die Überführung der Kulturverwaltung in das Wirtschaftsressort. Eine für manche vielleicht ungewöhnliche und unangebrachte Organisationsstruktur, von der wir aber bessere Rahmenbedingungen für die Kultur erhoffen, schon deshalb, weil die bisher parallele Kulturförderung aus dem Haus des Wirtschaftssenators in dem früheren Ressort Inneres, Kultur und Sport entfällt! Diese Konstruktion hat zu vielen Auseinandersetzungen, auch mit dem Koalitionspartner, in der vergangenen Legislaturperiode und vielfältigen Begehrlichkeiten anderer geführt. Wir wollen dies in Zukunft vermeiden und so eine verlässliche und stabile Kulturpolitik gewährleisten.

(B) Lassen Sie mich beim Haus des Senators für Wirtschaft, Häfen und Kultur bleiben! In der Wirtschaftspolitik streben wir weiter eine Zunahme von Beschäftigung und damit untrennbar verbunden einen Einwohnerzuwachs an. Die Anforderungen, die an Standorte, an die Firmen und an Mitarbeiter gestellt werden, werden angesichts der Globalisierung immer größer. Darum werden wir die erfolgreiche Investitionspolitik fortsetzen. Wir haben vereinbart, dass auch zukünftig im Landeshaushalt ausreichende Mittel für die Wirtschaftsstrukturpolitik eingestellt werden müssen. Darauf werden wir bei den Haushaltsberatungen zurückkommen.

Wir haben uns zum gemeinsamen Ziel gesteckt, Bremen bis zum Jahre 2010 unter die Top Ten der deutschen Technologiestandorte zu bringen. Bremen muss sich daher als Stadt der Wissenschaft und der technologischen Entwicklung weiter profilieren. Wir begrüßen es daher außerordentlich, dass in den vorliegenden Koalitionsvereinbarungen endlich ein tragfähiger Kompromiss zum Einstieg in die Entwicklung in das Hollerland und zur Erweiterung des Technologieparks gefunden wurde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h -  
m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir be-  
obachten das einmal!)

Es wird nun tatsächlich eine Flächenreserve vorgehalten, die für die zukünftige Planung des Technologieparks notwendig ist. Wir wollen, dass der Tech-

nologiepark auch in Zukunft das Flaggschiff der Gewerbegebiete in Bremen bleibt. Weiterentwickeln wollen wir auch die Airport-Stadt, die Überseestadt, den Science-Park in Bremen-Nord. Insgesamt haben wir mit den vereinbarten Maßnahmen vor, die Stärkung Bremens als Wirtschaftszentrum weiter voranzutreiben.

Bremen wird Innovationszone. Lassen Sie uns die Rahmenbedingungen für den Mittelstand als Motor von Beschäftigung und Wirtschaft so schnell, wie es geht, verbessern! Wir wollen die Möglichkeit dieses Modellprojekts Innovationszone schnellstens umsetzen. Dazu gehört in erster Linie eine konsequente Deregulierung der bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Wir wollen überall dort, wo irgendwie machbar und vertretbar, streichen, vereinbaren, generalisieren und kürzen, den Bürokratie-dschungel lichten, und zwar nicht nur bei bereits bestehenden Vorschriften.

Für die Zukunft wollen wir auf Vorschriften verzichten, wo keine Notwendigkeit für die staatliche Regelung besteht, und grundsätzlich da befristen, wo eine Regelung auf ihren Sinn und ihre Effizienz hin erst untersucht werden muss. Wir versprechen uns von solchen Maßnahmen Erleichterung, nicht allein für die Unternehmen, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger, damit der Gang zur Behörde, wenn nicht ganz erspart, doch erleichtert werden kann. Ich hoffe sehr, dass wir auch unseren Koalitionspartner in der laufenden Arbeit nicht allzu oft an die Ziele erinnern müssen.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Frau H ö -  
v e l m a n n [SPD]: Das ist doch nicht Ihr  
Niveau!)

Die Häfen sind die tragende ökonomische Säule unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Unentbehrlich ist dabei die Weiterentwicklung der Häfen und der Hafeninfrastruktur. Die Hauptumschlagspunkte Container und Automobil wollen wir heute schon weiter stärken. Die Lokoquote muss weiter erhöht werden. Gleichzeitig bedarf die Hafeninfrastruktur ebenso wie die Anbindung der Häfen an das Hinterland weiterer Verbesserungen. Die notwendigen Maßnahmen haben wir verabredet.

Die Hafenpolitik braucht eine langfristige strategische Ausrichtung, deswegen haben wir vereinbart, ein Hafenstrukturkonzept 2015 zu entwickeln, das die notwendigen Maßnahmen und Möglichkeiten langfristig beschreibt. Nur so können wir die Häfen als Beschäftigungsmotor der Region erhalten. Nicht berücksichtigt bleibt dabei ferner, dass wir auf Bundesebene natürlich auch über eine Neuverteilung der Hafenlasten diskutieren werden.

Wir wollen, meine Damen und Herren, dass sich die Menschen in dieser Stadt sicher fühlen. Die Menschen sollen sich weiterhin wohl und sicher fühlen in Bremen und Bremerhaven. Dank der CDU,

(C)

(D)

- (A) der CDU-Innensenatoren und der Politik hat sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger enorm verbessert!

(Zurufe von der SPD – Abg. K l e e n [SPD]: Deshalb haben wir auch solche Halbwertzeiten! Spitzenmäßig!)

Innere Sicherheit wird von den meisten nicht mehr als Problem wahrgenommen. Ein Erfolg der CDU! Trotzdem bleibt viel zu tun. Angesichts leerer Kassen ist es ein Kraftakt, die bisherigen Organisationsstrukturen, insbesondere die Revierstruktur, aufrechtzuerhalten. Doch wir haben entschieden, die Struktur beizubehalten und an anderen Stellen zu optimieren und zu sparen. Die Revierschließungen sind also vom Tisch!

(Beifall bei der CDU)

Um Freiheit und Sicherheit gewährleisten zu können bedarf es einer in jeder Hinsicht gut ausgestatteten und motivierten Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität lassen keinen Spielraum für Nachlassen und Zurücklehnen. Wir werden auch daher in der neuen Legislaturperiode für eine gut ausgebildete Polizei sorgen, für Fort- und Weiterbildung unserer Beamtinnen und Beamten. Konsequentermaßen wollen wir sie von polizeifremden Aufgaben entlasten, um wieder mehr Zeit für die eigentliche Polizeiarbeit zu gewinnen. Unsere Polizei wird auch weiterhin technisch und materiell angemessen ausgestattet.

- (B)

Die effektivste Kriminalitätsbekämpfung ist und bleibt die Präventionsarbeit, gerade bei Jugendlichen,

(Abg. K l e e n [SPD]: Die fängt im Kindergarten an!)

auch dies wird fortgesetzt. Präventionsräte werden ins Leben gerufen, wo noch keine existieren. Nicht nachlassen werden wir jedoch auch in dem Bestreben, für Konsequenzen zu sorgen, wo Verbrechen begangen werden. Die Verfahren vor den Gerichten müssen dringend beschleunigt werden, die Strafe muss der Tat schneller folgen, um die Folgen strafbaren Handelns für die Täter einsehbar zu machen. Intensivtäter, sowohl Jugendliche als auch Erwachsene, werden auch in Zukunft ohne Wenn und Aber mit aller Konsequenz verfolgt.

Meine Damen und Herren, eine der größten Aufgaben für die große Koalition ist die Bildungspolitik. An den verheerenden Pisa-Ergebnissen gibt es nichts zu rütteln. Wir wollen aber bei den nächsten Tests nicht nur besser abschneiden, wir wollen in erster Linie unseren Kindern die Bildung und Ausbildung mit auf den Weg geben, die sie befähigt zu studieren, eine Lehre oder eine Ausbildung zu ma-

chen und sich internationaler Konkurrenz erfolgreich zu stellen. Wissen ist der Rohstoff der Zukunft. Wir wollen verhindern, dass Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe quasi vorprogrammiert ist, weil der Hauptschulabschluss nicht mehr geschafft wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass das Handwerk nur unter größten Schwierigkeiten in einzelnen Bereichen überhaupt Auszubildende finden kann, weil viele Mädchen und Jungen weder ausreichend rechnen noch lesen oder schreiben können.

- (C)

Gerade in der Bildungspolitik waren die Diskussionen in den Koalitionsverhandlungen lang und kontrovers, aber letztendlich hat die Einsicht in die Notwendigkeit gesiegt. Unsere Kinder brauchen bessere Förderung, mehr Differenzierung, schnellere Bildungswege und ein durchlässigeres Schulsystem, und so wird die Orientierungsstufe nun endlich abgeschafft, endlich sage ich, meine Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CDU)

Das hätten wir schon viel eher machen können, dann wäre unseren Schülerinnen und Schülern einiges erspart geblieben.

Die sechsjährige Grundschule bleibt ein Schulversuch an sechs von 73 Grundschulen. Mit der flächendeckenden Einführung, wie es der Koalitionspartner am liebsten gehabt hätte, hätten wir, das sage ich ganz deutlich an dieser Stelle, die gleichen Fehler begangen, vor denen uns Bürgermeister Dr. Scherfer mit dem Eingeständnis des Scheiterns der SPD-Bildungspolitik der siebziger und achtziger Jahre gewarnt hat. Nein, wir haben beschlossen, keine unnötigen Experimente mehr zuzulassen, sondern ein differenziertes, offenes Schulsystem anzubieten. Kinder können jetzt eher als mit sechs Jahren eingeschult werden. Nach der Grundschule kann zum Beispiel der Wechsel auf ein durchgängiges Gymnasium vollzogen und das Abitur nach zwölf Jahren abgelegt werden. Genauso kann der Wechsel auf eine verbundene Haupt- und Realschule erfolgen. Mit der Verbindung dieser beiden Schularten erhoffen wir uns Effekte für die dringend notwendige Stärkung der Hauptschule, die natürlich noch mit weiteren Maßnahmen unterlegt werden müssen.

- (D)

Wir wollen Standards festlegen und Lehrpläne erarbeiten, um die Chancengerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, um Vergleichbarkeit zwischen den Schulen herzustellen, die sich in absehbarer Zeit mit eigenem Profil und eigenen Angeboten der Öffentlichkeit präsentieren sollen. Das führt zu mehr Eigenständigkeit der Schulen, größerer Verantwortung von Schulleitern und Lehrern, aber eben auch zu mehr Wettbewerb und Möglichkeiten, was wir als CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der CDU)

(A) Aber die Welt junger Menschen fängt nicht erst in der Schule an. Wir wollen die Kindergärten weiterentwickeln. Wir wollen endlich Betreuungszeiten auch an den Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten der Eltern ausrichten. Dazu gehören auch Angebote für Null- bis Dreijährige, auch Angebote nach 16 Uhr oder über die Mittagszeit hinaus ebenso wie Betreuungsmöglichkeiten während der Schulferien, denn welche Mütter oder Väter haben schon sechs Wochen Urlaub im Sommer! Wir setzen in diesem Bereich in dieser Legislaturperiode auch verstärkt auf Kooperationen mit Unternehmen und werden daher die Einrichtung von Betriebskindergärten unterstützen.

Wir wollen endlich weiterkommen auf dem Weg der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen tatsächliche Wahlmöglichkeiten für Eltern eröffnen und dazu beitragen, dass die Entscheidung für Kinder leichter gefällt werden kann als in der Vergangenheit. Wir wollen insbesondere nicht, dass sich die jungen und gut ausgebildeten Frauen für Kind oder Beruf entscheiden müssen. Der Senat hat ebenfalls zugesagt, bei seinen Entscheidungen auf mehr Familienfreundlichkeit zu achten, zu prüfen, bevor Entscheidungen fallen, ob Familien durch diese Maßnahmen benachteiligt werden oder welche speziellen Fördermöglichkeiten für Familien bestehen. Wir brauchen junge Familien mit Kindern in unseren Städten, Familien, die sich für Leben und Arbeiten in Bremen und Bremerhaven entscheiden, weil sie sich hier sicher und wohl fühlen und so die Zukunft unseres Landes sichern.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Genauso möchten wir, dass sich die ältere Generation für einen Ruhestand in Bremen und Bremerhaven entscheiden kann. Wir werden generationsübergreifende Wohnprojekte unterstützen ebenso wie neue Wohnformen mit speziellen Serviceangeboten für ältere Menschen. Wir wollen, dass Bremen hier zum Vorreiter wird, dass Modellwohnungen entstehen, die zum Vorbild für andere werden.

Meine Damen und Herren, der Sozialbereich birgt aber noch weitere Herausforderungen. Wir haben mit den Sozialdemokraten hart über Veränderungen und Einschnitte bei der Sozialhilfe gestritten, aber wir haben erreicht, dass endlich die Standards Bremerhavens als Maßstab auch für die Bremische Sozialhilfeleistung herangezogen werden. Ein lange überfälliger Schritt, der hoffentlich dazu beiträgt, unseren unrühmlichen vorderen Platz in der bundesweiten Sozialhilfestatistik zu verlieren!

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu den Kürzungen der Zuwendungen an die Aids-Hilfe und das Frauengesundheitszentrum, die in den letzten Wochen zu massiven Protesten geführt haben! Ich kann für die CDU-Fraktion feststellen, wir haben diesen

Vorschlägen vom Sozialressort in der Koalitionsverhandlung schweren Herzens zugestimmt,

(C)

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Unverschämtheit! – Abg. Frau B e r k [SPD]: Das ist ja nun wirklich scheinheilig!)

weil in diesen Bereichen – liebe Kollegen der SPD, lassen Sie sich doch von Ihren Verhandlungsführern berichten, wie das in der Koalitionsverhandlung war,

(Abg. P i e t r z o k [SPD]: Sie haben ja jetzt schon die Hosen voll!)

dann werden Sie sicherlich nicht mehr so lächeln! –

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das glaubt noch nicht einmal die CDU, Herr Kastendiek!)

in Bremen und Bremerhaven parallele Angebote bestehen und weil wir eine pauschale Kürzung aller Zuwendungen an verschiedene Einrichtungen vermeiden wollten, um nicht mehrere Projekte in diesem Bestand zu gefährden. Sollte es solide Vorschläge geben, die den Haushalt der Stadt oder des Landes nicht zusätzlich belasten und die einen Erhalt dieser Zuwendungen an beide Einrichtungen gestatten, werden wir diese Vorschläge ohne Einschränkung unterstützen.

(D)

(Abg. Frau K a u e r t z [SPD]: So, so! Das wird ja spannend!)

Es wird sich zeigen, ob sich im Haushaltsvollzug Spielräume zeigen.

Einen letzten Bereich will ich noch ansprechen, Bau, Umwelt und Verkehr. Es besteht weiter die Notwendigkeit von Flächenausweisungen für Gewerbe und Wohnen, aber wir haben auch die Verpflichtung, sparsam mit vorhandenen Flächenangeboten umzugehen oder für entsprechenden Ausgleich zu sorgen. Mit der Fortsetzung der Brachen- und Baulückenaktivierung kommen wir dieser Verpflichtung auch in Zukunft nach. Im engen Zusammenhang damit steht auch der sparsame Umgang mit Energie, insbesondere in öffentlichen Gebäuden. Durch Vorbildwirkung und Beratung wollen wir das Bewusstsein für energiebewusstes Bauen und Planen auch bei den Privaten stärken.

Lassen Sie mich noch einige wesentliche Punkte der zukünftigen Bau- und Verkehrspolitik des Landes Bremen benennen: Innenstadtprogramm, Aufwertung der Stadtteile, Weiterentwicklung der Stadt am Fluss, stärkere Akzentuierung des maritimen Profils, Sicherstellung von Wohnbauland in allen Stadt-

(A) teilen, Beibehaltung der Wohnbauinstrumente, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Einwohnergewinnung! Wir wollen eine Infrastruktur weiterentwickeln, die offene und effektive Verkehrswege für alle Verkehrsteilnehmer bereithält, aber auch Raum für Bahn und ÖPNV und natürlich die Radfahrer eröffnet. Darum wird auch weiter am Führungsnetz für Lkw gearbeitet ebenso wie an der Radwegführung oder dem Ausbau der Straßenbahnlinien in Bremen.

Es sind aber auch Stichworte wie die grüne Welle auf Bremer Straßen in diesem Zusammenhang zu nennen. Wir wollen insbesondere den Individualverkehr, aber auch die Bedingungen für den Mittelstand und das Handwerk verbessern, die so schneller zu ihren Kunden gelangen können. Unter diesem Aspekt sehen wir auch weiterhin die Notwendigkeit, im finanziell machbaren Rahmen die Sanierung von Straßen und Brücken fortzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss! Vor uns liegt viel Arbeit. Wir wollen die Herausforderung für die kommenden vier Jahre annehmen. Wir wollen aber auch für Bremen im Jahr 2015 die Grundlage schaffen, für ein Bremen in Selbständigkeit, in dem die Menschen gern leben und sich wohl fühlen. Wir, das Parlament und die Fraktionen, werden den Senat bei dieser Arbeit nicht nur begleiten, sondern selbst anstoßen und mitbestimmen.

(B) Ich bin auch sehr gespannt auf die Zusammenarbeit mit der Opposition und freue mich da auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Oft wird ja gesagt, eine starke Opposition erzeugt eine starke Regierung. Hoffen wir, dass es andersherum genauso ist! Wir bieten die Unterstützung und Zusammenarbeit an.

In der Koalition werden wir auch in den kommenden vier Jahren hart in der Sache, aber fair im Umgang um die besten Lösungen ringen. Der vorliegende Koalitionsvertrag setzt dafür den richtigen Rahmen. Nun muss vollzogen werden, was verabredet ist. Dabei wird sich zeigen, dass die Koalition nach wie vor ein Zweckbündnis um der Sache willen ist, um die Sanierung Bremens voranzutreiben, aber sicherlich auch keine Liebesheirat ist. Wir gehen mit neuen und alten Zielen an die Arbeit und wollen gemeinsam mit dem Senat alles daran setzen, diese Ziele zu erreichen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung: Herr Kastendiek, bitte reden Sie in dieser Legislaturperiode nie

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

wieder davon, dass Sozialdemokraten in der Gefahr stünden, sich vom Koalitionsvertrag zu entfernen! Was Sie hier zu den vereinbarten Kürzungen der Sozialleistungen gesagt haben, das waren entlarvende Sätze, die zeigen, wer hier der unsichere Kantontist der nächsten Jahre sein wird!

(Starker Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies ist die dritte Regierungserklärung, die der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Henning Scherf, hier für die große Koalition abgibt. Immer standen sie unter dem Motto „Sparen und Investieren“, und der Zeitraum von jetzt mehr als acht Jahren zeigt, dass man für die unumgängliche Sanierung des bremischen Haushalts einen langen Atem, und man muss hinzufügen, auch einen breiten Rücken braucht. Die Einschnitte, die wir machen müssen, Bürgermeister Dr. Scherf hat es gesagt, werden jedes Mal tiefer.

Das macht sich niemand leicht, gerade auch wir Sozialdemokraten nicht, meine Damen und Herren. Das haben nicht zuletzt unsere ausführlichen Parteitagsdiskussionen um die Koalitionsvereinbarung gezeigt, aber ich sage hier ganz ausdrücklich, dass die Bremer SPD angesichts der seit Jahren notwendigen und jetzt neu vereinbarten Sparmaßnahmen nicht einfach zur Tagesordnung übergeht. Das, meine Damen und Herren, ist keine Schwäche, sondern das ist eine Stärke meiner Partei!

(Beifall bei der SPD)

Dass man Leistungseinschnitte, wie wir sie seit Jahren in Bremen erleben und wie uns weitere bevorstehen, debattieren muss, das ist doch angesichts einer wirklich nur schwer zu begreifenden und noch schwerer zu vermittelnden Diskrepanz meiner Meinung nach unumgänglich. Die Diskrepanz, von der ich rede, lässt sich anhand einer aktuellen Berechnung der Europäischen Union darstellen. Sie hat in der vergangenen Woche ermittelt, dass die Region Bremen die achtreichste Region der EU ist. Das macht uns stolz. Damit liegen wir noch vor Hamburg, Düsseldorf und München.

Die Region ist reich, aber, meine Damen und Herren, der Staatssäckel ist leer. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen, großer privater Reichtum auf der einen Seite und ein Gemeinwesen auf der anderen Seite, das seine Aufgaben nicht mehr alle in angemessener Weise wahrnehmen kann. Ich will das einmal überspitzt sagen, Übertreibung verdeutlicht ja manchmal: Da stimmt etwas nicht im Staate Deutschland, wenn wir öffentliche Schwimmbäder schließen müssen, und es auf der anderen Seite Menschen gibt, die sich praktisch immer luxuriöser private Swimmingpools leisten können.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, das private Schwimmvergnügen sei ihnen ja gegönnt, aber es zeigt, dass bei der Verteilung der Lasten inzwischen ein Ungleichgewicht eingetreten ist, das eigentlich nicht mehr zu tolerieren ist. Meine Schlussfolgerung daraus: Wir brauchen dringend eine Debatte über diese Diskrepanz und darüber, wie die Länder und Kommunen künftig ihre Aufgaben noch wahrnehmen sollen, denn bei den Ländern und Kommunen machen sich die Einnahmeverluste vor allem bemerkbar. Sie haben kaum Möglichkeiten zum Gegensteuern, und deshalb kann eine Gemeindefinanzreform nur der Anfang sein. In dieser Debatte erwarte ich eine führende Rolle Bremens. Ich habe die Regierungserklärung auch in diesem Sinne verstanden.

Es ist aber auch richtig, wir können den aktuell vor uns liegenden Aufgaben nicht ausweichen, und weil die Einnahmeseite von uns kaum oder wenig zu beeinflussen ist, bleibt uns nur eines: Sparen, Sparen, Sparen! Daran führt kein Weg vorbei. Das ist die bittere Realität, und alles andere ist Wolkenkuckucksheim, Ausweichen, Wegtauchen und populistische Anbiederei. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch unsere Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven weiß, zum Konzept der Sanierung gibt es keine glaubwürdige Alternative, denn nur so können wir dringend benötigte Handlungsspielräume für eine dauerhaft soziale Politik zurückgewinnen. Aber,

(B) meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern erklären können, warum wir gerade an dieser und nicht an jener Stelle sparen wollen und müssen. Dabei muss, auch das sage ich ganz deutlich, das Sparen seine Grenze dort finden, wo es sozial nicht zu verantworten ist oder wo wir in der Gefahr stehen, soziale Strukturen zu zerstören.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir dürfen auch nicht einzelne Politikbereiche von den Sparanstrengungen ausnehmen. In einem Interview des neuen Wirtschaftsensors war zu lesen, nach seiner Auffassung dürfe bei den Zuwendungen an die BIG, die Bremer Investitionsgesellschaft, und die BIA, die Bremer Innovations-Agentur, nicht gekürzt werden. Meine Damen und Herren, mit Verlaub, das ist eine absurde Vorstellung vom Sparen! Wir können doch nicht Kürzungen bei der Aids-Hilfe, beim Krebsregister, beim Frauengesundheitszentrum beschließen und gleichzeitig andere Bereiche für sakrosankt erklären! Das geht doch nicht!

(Beifall bei der SPD)

Worum es gehen muss, das ist, die Lasten der Sanierungspolitik gerecht – gerecht heißt nicht unbedingt gleichmäßig – zu verteilen. Auch wenn dies bei den Diskussionen um den Koalitionsvertrag mög-

licherweise nicht richtig herübergekommen sein mag, Frau Linnert, wir haben uns sehr wohl bemüht, die Lasten der Sparanstrengungen ausgewogen zu verteilen. Das bedeutet eben, dass nicht nur bei den größten Einzelhaushalten Bildung und Soziales gespart wird. Im Koalitionsvertrag ist auch festgelegt, alle Investitionsvorhaben auf den Prüfstand zu stellen, die Gewerbeflächenerschließung der tatsächlichen Marktlage anzupassen und damit unnötige Erschließungskosten einzusparen, die Investitionssummen bei allen Großprojekten pauschal um drei Prozent zu kürzen und damit unser so erfolgreiches Impulsprojekt fortsetzen zu können und die Gewerbesteuer um zwanzig Punkte anzuheben.

(C)

Dabei sind uns nicht nur wegen der unterschiedlich hohen Anteile an den konsumtiven Ausgaben enge Grenzen gesetzt, das wissen Sie! Eine wesentlich weiter gehende Belastung der bremischen Wirtschaft oder Abstriche am Investitionsvolumen verbieten sich auch, weil sonst unser Sanierungsansatz konterkariert würde. Wir haben doch nicht umsonst in den vergangenen Jahren nachweisbare Erfolge beim Aufholprozess errungen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist gestiegen, das Wirtschaftswachstum ist in Bremen stärker ausgefallen als im Durchschnitt der anderen westdeutschen Länder, und wir haben wieder einen Einwohnerzuwachs. Das ist doch nicht vom Himmel gefallen, sondern ist Ergebnis einer von uns gemeinsam konzipierten und gemeinsam getragenen Politik, die im Standortwettbewerb um Unternehmen und Einwohner möglichst optimale Bedingungen schaffen will.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gilt in ganz besonderer Weise für Bremerhaven, das noch einen erheblichen Nachholbedarf hat. Um auch dort den Anschluss und den Strukturwandel zu schaffen, werden wir weiterhin in der Seestadt mit Hafen-, Verkehrs- und Wissenschaftsinvestitionen und nicht zuletzt mit gezielter Förderung der Offshore-Windenergie einen deutlichen Schwerpunkt setzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, investieren heißt aber auch, dass wir strenge Kriterien an alle Formen der Wirtschaftsförderung anlegen. Wirtschaftsförderung ist schließlich nicht Selbstzweck, sondern für uns Sozialdemokraten hat sie einzig und allein der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu dienen. Das ist die wesentliche sozialdemokratische Komponente der Sanierungspolitik. Das haben wir in der letzten Legislaturperiode so gehalten, und das wird auch in dieser so sein.

Frau Linnert, deshalb ist es für uns völlig inakzeptabel, wenn Sie, heute haben Sie es nicht in dieser Form gesagt, aber in einem Gastkommentar im

(A) „Weser-Report“, die Kürzungen im Sozialbereich gegen die Politikbereiche aufrechnen, die den Strukturwandel in Bremen vorantreiben und Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven schaffen. Das Wort Arbeitsplatz taucht in diesem Kommentar übrigens nicht ein einziges Mal auf. Ich glaube, das ist rückwärts gewandt, weil alte Schlachten geschlagen, aber keine Perspektiven für die Zukunft eröffnet werden.

Wir wollen mit der Sanierungspolitik dafür sorgen, dass die, die arbeiten können, auch die Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten. Das ist für mich nicht nur der Kern der Sanierungspolitik, sondern übrigens der Kern jeglicher Sozialpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Frau Linnert, wenn Sie behaupten, das haben Sie in Ihrer Rede getan, die Schwächeren seien diejenigen, die unter der großen Koalition zu leiden hätten, dann haben Sie unseren Vertrag offensichtlich nicht gelesen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, doch!)

Zu den Schwachen in dieser Gesellschaft zählen sicher auch die Kinder und Jugendlichen. Da ist es doch nicht zu übersehen, dass die große Koalition hier trotz aller Finanzprobleme einen wirklichen Schwerpunkt gesetzt hat. Für den Schulbereich bedeutet das, wir werden die verlässliche Grundschule zur Regelschule machen. Wir werden, Frau Linnert, die Ganztagsangebote ausbauen. Wir werden alle ausscheidenden Lehrer ersetzen und die Einstellung von weiteren 150 Lehrern möglich machen.

(B) Meine Damen und Herren, unsere besondere Fürsorge gilt auch den Jüngsten in unserer Gesellschaft. Die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren werden ausgeweitet, die Einrichtung von Betriebskindergärten gefördert, die Programme zur Sprachstandserhebung, Sprachförderung und Integrationsförderung werden fortgesetzt. Die frühkindliche Bildung wird künftig ein Schwerpunkt sein, damit Chancengleichheit im Kindergarten beginnt, so wie es nötig ist. Deshalb werden wir auch dafür Sorge tragen, dass die Gruppen in den Kindertagesheimen mit einer Zweitkraft ausgestattet werden. Den Einstieg in dieses Programm, meine Damen und Herren, werden wir schon bei den anstehenden Haushaltsberatungen sicherstellen. Das haben wir vor der Wahl versprochen, und das werden wir auch halten!

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, darf ich einmal darauf hinweisen, dass wir trotz des notwendigen rigiden Sparkurses verlässlich geblieben sind. Nehmen Sie zum Beispiel die Bereiche Kultur oder

Sport! Wir haben, übrigens beide Koalitionsfraktionen, und das will ich nicht verschweigen, gegen haltende Widerstände aus dem Senat dafür gesorgt, dass das Sportförderungsgesetz erhalten bleibt,

(C)

(Beifall bei der SPD)

dass die Pauschalen für die Übungsleiter in den Sportvereinen nicht angetastet werden und dass es trotz des enormen Spardrucks keine Änderung des Wett- und Lotteriegesetzes geben wird. Meine Damen und Herren, dies zeigt, wir bleiben ein verlässlicher Partner des Sports.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für die Kultur. Für uns hat Bremens attraktive und kreative Kulturszene einen hohen Stellenwert. Deshalb unterstützen wir die Bewerbung zur Kulturhauptstadt, die der angestrebten Modernisierung einen wichtigen Schub geben wird, denn sie bietet die einmalige Chance, Bremen kulturpolitisch neu zu positionieren, und dass dabei nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und es unter der neuen Ressortleitung nur noch um den Flirt- und Funfaktor geht, dafür bürgt, da bin ich sicher, die engagierte und anerkannte Arbeit unserer kulturpolitischen Sprecherin Carmen Emigholz.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Meine Damen und Herren, wir stehen in dieser Legislaturperiode vor großen Herausforderungen. Die Konjunktur lahmt, und inzwischen sind, auch davon hat der Bürgermeister gesprochen, fast alle Länder nicht mehr in der Lage, einen verfassungsmäßigen Haushalt aufzustellen. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass hierdurch ein wahrer Wettlauf um die härtesten Sparmaßnahmen geradezu vorprogrammiert ist. Das macht unsere Situation noch schwieriger. Zum einen haben wir schon zehn Jahre eiserne Sparanstrengungen hinter uns. Die Einschnitte werden tiefer. Wir haben den Knochen bald erreicht, und deshalb tut es richtig weh. Dennoch müssen wir alles versuchen, möglichst schon 2005 einen verfassungsmäßigen Etat hinzubekommen, denn Bremen muss in seiner Politik, insbesondere in seiner Finanzpolitik, glaubwürdig bleiben.

Natürlich ist es kein sozialdemokratischer Wunsch, zum Beispiel an das Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Beschäftigten im öffentlichen Dienst heranzugehen, keineswegs. Aber wenn alle Länder rings um uns herum vom jetzt schwarzgelben Niedersachsen, über das Geberland Hamburg bis zum rotgrünen Schleswig-Holstein diesen Weg einschlagen, werden wir darum leider nicht herumkommen. Das, meine Damen und Herren, ist die bittere Wahrheit. Das können wir uns gerade wegen der anstehenden

(A) schwierigen Verhandlungen über weitere finanzielle Unterstützung über das Jahr 2005 hinaus beim besten Willen nicht leisten. Trotzdem haben wir festgelegt, dass Bremen sich an den parallelen Maßnahmen der anderen Länder orientieren und nicht den Vorreiter spielen wird. Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, die Belastungen sollen sozial gestaffelt werden. Wir stehen dafür, die notwendigen Einschnitte in ihrer Gesamtheit möglichst sozial ausgewogen zu gestalten.

Lassen Sie mich auch noch einmal darauf hinweisen, wir haben in den Verhandlungen durchgesetzt, dass die Mitbestimmungsrechte der Personalräte nicht durch eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes beschnitten werden! Die Sicherstellung einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen dem Senat und den Personalvertretungen ist aus unserer Sicht gerade vor dem Hintergrund der erforderlichen Einschnitte wichtig, notwendig und schützenswert.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, die Sparpolitik im öffentlichen Dienst wie überhaupt Sparpolitik ist dabei nicht Selbstzweck. Es geht auch um die Handlungsmöglichkeiten, die auf der anderen Seite durch die Sparbemühungen entstehen. Der Bremer Senat ist der mit Abstand größte Arbeitgeber der Region, der eben auch jugend- und arbeitsmarktpolitische Verantwortung damit trägt und der deshalb kontinuierlich Ausbildungsplätze für junge Menschen bereitzustellen hat, trotz aller Sparnotwendigkeiten. Das ist unsere Erwartung. Das Ausbildungsplatzangebot soll sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht gehalten, wenn möglich sogar erweitert werden. Darauf haben wir uns geeinigt, und das ist eine gute Regelung im Koalitionsvertrag.

Es geht eben darum, die Personalbedarfe des öffentlichen Dienstes über entsprechende Ausbildungsstellen langfristig zu sichern, denn bei allen Möglichkeiten, die Aufgabenwahrnehmung noch effektiver und noch bürgerfreundlicher zu machen, bedeutet der schlanke Staat für uns Sozialdemokraten nicht, dass er sich dünne macht aus wichtigen gesellschaftlichen Aufgabenfeldern, im Gegenteil, wir werden auch zukünftig einen starken öffentlichen Sektor brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, der uns wichtig ist! Natürlich muss man im jeweiligen Einzelfall sehen, in welcher Organisations- oder Rechtsform eine öffentliche Aufgabe am effektivsten, am effizientesten zu erbringen ist. Inzwischen gibt es aber, wir haben häufig darüber geredet, mehr als 200 privatrechtlich organisierte Gesellschaften, an denen die Stadt oder das Land beteiligt ist. Wir werden der

Frage, ob bei den Aufgabenverlagerungen zu privaten Gesellschaften wirklich effiziente und qualitativ gleichwertige Strukturen geschaffen wurden, zukünftig verstärkt nachgehen. Auch diese Überprüfung, in welchem Umfang positive finanzwirtschaftliche Effekte durch die Aufgabenübertragung auf privatwirtschaftliche Gesellschaften entstanden sind, ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben, und wir als SPD-Fraktion werden diese Überprüfung einfordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja verheißungsvoll!)

Das ändert aber nichts daran, dass vor dem Hintergrund, dass zurzeit alle Bundesländer rigide Sparmaßnahmen umsetzen, aus Bremen nicht die Botschaft kommen darf, bei uns kann nicht gespart werden. Mit dieser Botschaft, und dies ist ein wesentlicher Punkt unserer Strategie, am Ziel eines verfassungskonformen Haushalts festzuhalten, würde Bremen die wichtige Glaubwürdigkeit verlieren, um in Berlin nach Ablauf der Sanierungshilfen im Jahr 2005 erfolgreich um die volle Anerkennung der Bremer Forderungen aus dem Kanzlerbrief zu kämpfen.

Frau Linnert, die von der Opposition vorgebrachte Alternative, das Sanierungsziel um zwei Jahre auf das Jahr 2007 zu verschieben –

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Von zwei Jahren ist nicht die Rede gewesen!)

vielleicht von einem Jahr! –, suggeriert, dass dann keine einschneidenden Sparmaßnahmen notwendig wären. Aber das ist nicht der Fall. Auch bei einer Verschiebung des Sanierungsziels um ein Jahr oder zwei Jahre wären einschneidende Einsparungsmaßnahmen unumgänglich.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal, zur Politik des Sparens und Investierens gibt es aus unserer Sicht keine Alternative.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Konsens!)

Das heißt für uns Sozialdemokraten aber auch: Sparen beim Investieren! Wir haben schon in der vergangenen Legislaturperiode dem Senat selbstbewusst so manches Wunschprojekt gestoppt, gestutzt oder zur Überarbeitung zurückgereicht. Ich nenne nur Rhodarium, McDrive am Weserstadion, Musical oder den ursprünglichen Plan für neue Stadthallenbüros auf der Bürgerweide. Ich versichere Ihnen, meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird auch in dieser Legislaturperiode nicht alles kritiklos hinnehmen, wöber in Bremens Amtsstuben nachgedacht oder was ausgedacht wird. Wir werden al-

(C)

(D)

- (A) les auf den Prüfstand stellen und uns die Arbeitseffekte, so gut es eben geht, nachweisen lassen, denn darauf kommt es an, Arbeitsplätze schaffen, Wirtschaftskraft stärken und Einwohner gewinnen, das sind die Kriterien, an denen wir alle Investitionsprojekte messen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dazu wird in Zukunft, und auch das haben wir im Koalitionsvertrag festschreiben lassen, die Expertise eines einzigen Bremer Instituts eben nicht mehr ausreichen. Etwas haben wir im Übrigen schon erreicht, und auch das ist bei der Diskussion über den Koalitionsvertrag vielleicht noch nicht ganz richtig wahrgenommen worden, weitere, bereits angekündigte, vor der Wahl von einer bestimmten Seite angekündigte Großprojekte wie etwa, wenn ich das einmal ein wenig despektierlich sagen darf, die Ruhmeshalle für verschwitzte Fußballtrikots, die so genannte Soccer-Hall of Fame, hat ebenso wenig Eingang in die Vereinbarung gefunden wie eine Wildwasserkanubahn am Weserwehr oder eine schwimmende Bühne an der Schlachte. Für mich ist das Ausdruck, und das freut mich, unserer Pflicht für die nächsten Jahre, jeden Steuereuro dreimal umzudrehen, bevor wir ihn investieren.

- (B) (Beifall bei der SPD – Abg. F o c k e [CDU]: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

Meine Damen und Herren, aber auch das Sparen, das Investieren entbindet uns leider nicht von der traurigen Pflicht, bei den konsumtiven Ausgaben und bei den Personalausgaben hart zu sparen. Deshalb, ich habe das schon an anderer Stelle gesagt, sähe nach meiner Überzeugung zu mehr als 90 Prozent ein rotgrüner Koalitionsvertrag auch nicht anders aus als die jetzt mit der CDU getroffene Vereinbarung.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Woher wollen Sie das denn wissen?)

Aber, und auch das habe ich schon andernorts gesagt, der Koalitionsvertrag bietet Gestaltungsspielraum, er ist weder eine Bibel, aus der jeden Morgen ein Kapitel gelesen und danach gelebt wird, noch eine Checkliste, die Punkt für Punkt abgearbeitet wird. In manchen Teilen ist der Koalitionsvertrag ein Grobraster, das wir als selbstbewusste Fraktion in den kommenden vier Jahren mit Leben füllen wollen. Politik, meine Damen und Herren, ist doch nichts Statisches, sondern ein dynamischer Prozess, den wir gestalten wollen.

Herr Kastendiek hat etwas zur inneren Sicherheit, zur Polizei und zur Feuerwehr gesagt. Dem kann

ich mich ganz überwiegend anschließen. Nur, Herr Kastendiek, das möglicherweise gewachsene subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in Bremen und Bremerhaven, von dem Sie gesprochen haben, ist ein wichtiger Aspekt, aber der fast noch wichtigere Aspekt ist die objektive Lage, und da darf ich Ihnen leider sagen, dass die fast traurige Bilanz ist, dass in den letzten Jahren die Kriminalität in Bremen stetig angestiegen und nicht gesunken ist. Unsere Aufgabe ist, diesen Trend zu brechen, und ich hoffe sehr, dass wir das gemeinsam so sehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich gefreut, dass in der Regierungserklärung auch das Informationsfreiheitsgesetz angesprochen worden ist, das wir vereinbart haben. Das werden wir sicherlich hier im Parlament auch dann bald beschließen. Wir haben uns leider nicht mit der CDU darauf verständigen können, eine Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber einzurichten, aber, meine Damen und Herren, daran arbeiten wir schon lange, die CDU zu überzeugen. Wir werden gemeinsam mit den Kirchen im Lande Bremen, mit der Evangelischen und der Katholischen Kirche, weiter daran arbeiten, und wir hoffen darauf, dass das Motto, für Einsicht ist es nie zu spät, dann auch irgendwann zu einem Erfolg führt.

Meine Damen und Herren, einige Fragen sind in unserem Koalitionsvertrag abschließend geregelt, andere bedürfen der Konkretisierung und der programmatischen Entwicklung. Hierzu gehört zum Beispiel das von der SPD-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebrachte Programm „Vitale Stadtviertel“, das jetzt Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Frau Linnert, das haben Sie bemerkt, dass das so ist.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht funktioniert!)

Tatsache ist aber, dass hier noch eine ganze Reihe anderer Stadtentwicklungsprogramme genannt ist. Ich erwarte und bitte den neuen Bausenator, dass er möglichst rasch aus diesen einzelnen Programmen ein zukunftsweisendes Konzept entwickelt, und durch eine solche Konzentration der einzelnen Programme ständen dann auch erheblich mehr Mittel zur Verfügung als die von der SPD-Fraktion für „Vitale Stadtviertel“ vorgeschlagenen 100 Millionen Euro, Frau Linnert!

Es ist in den vergangenen Tagen Kritik daran laut geworden, dass wir auf der einen Seite mit dem Programm „Vitale Stadtviertel“ für die Attraktivitätssteigerung der Quartiere uns stark machen, gleichzeitig aber im Koalitionsvertrag die Schließung von Freibädern verabredet haben. Lassen Sie mich dazu feststellen, keinem von uns ist diese Entscheidung leicht gefallen! Ich persönlich könnte mir auch et-

(C)

(D)

(A) was sehr viel Angenehmeres vorstellen als die Mitwirkung an Bäderschließungen. Es stimmt auch, was die Badfreunde sagen, der Betrag, der bei uns/bei ihnen eingespart werden soll, saniert Bremen nicht, aber genau das sagen eben alle Initiativen wie die Aids-Hilfe, das Krebsregister, die Sehbehinderten. Jede einzelne Initiative hat ihre Argumente, weist zu Recht auf ihr positives Wirken hin.

Wenn wir nicht ein Haushaltsnotlageland wären, wir müssten sie alle erhalten. Doch wir müssen eben alles auf den Prüfstand stellen und haben bei Abwägung der Alternativen nun die Sparentscheidungen getroffen, die Sie alle kennen und die zu den Protesten in den letzten Tagen und Wochen geführt haben. Dass sich die Betroffenen wehren, das ist legitim, dafür habe ich großes Verständnis. Ich bin sehr dafür, dass mit den Betroffenen weiterhin ausführlich gesprochen wird und dass von ihnen vorgeschlagene Alternativen auch gewissenhaft geprüft werden. Das, glaube ich, gehört zu einem richtigen Umgang zwischen Politik und Bürgern in dieser Stadt, in diesem Bundesland.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, etwas weniger Verständnis habe ich dagegen für die zum Teil barsche Kritik am Kompromiss zum Hollerland. Ich finde, der Kompromiss, den wir nun mit der CDU gefunden haben, kann sich sehen lassen. Rund zwei Drittel des Gesamtgeländes werden nach Brüssel als FFH-Gebiet gemeldet, aber auch der Rest bleibt unter Naturschutz. Damit ist erstens der quälende Diskussionsprozess um die Entlastungsstraße quer durch das Hollerland endgültig vom Tisch. Zweitens dürfen für den Reststreifen zwar Vorbereitungen für die Beplanung getroffen werden, aber ich biete jedem eine Wette an, auch Ihnen, Herr Pflugradt, hier wird in absehbarer Zeit kein Bagger anrollen und kein Spatenstich gemacht werden!

(Beifall bei der SPD – Abg. M ö h l e  
[Bündnis 90/Die Grünen]: Wie hoch ist der  
Einsatz? – Heiterkeit)

Klaus Möhle und ich sind Nachbarn, und wir klären das noch einmal bilateral!

(Abg. K l e e n [SPD]: Der zieht dahin  
möglichlicherweise!)

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Innenverdichtung und der Westerweiterung genug Reserven für die Entwicklung des erfolgreichen Uni-Technologieparks. Welchen Investor sollte ein 400 Meter breiter Streifen entlang der Autobahn, kostengünstig, nur von einer einzigen Seite zu erschließen, interessieren? Was hätte dieses Areal vor allem mit dem Technopark zu tun? Nein, ich glaube, wer hier den Konflikt sucht, dem geht es nicht um Realitäten,

dem geht es um Symbolik, dafür aber sind die vor uns liegenden Aufgaben zu groß, als dass wir uns einen solchen Streit um ein virtuelles Projekt leisten könnten. Wir sollten stattdessen unsere ganze Kraft im Interesse Bremens darauf konzentrieren, die verabredeten Projekte wie Überseestadt, Medienzentrum im Stephaniviertel und Science-Park an der IUB voranzubringen. Damit können wir ein Netz von Hochtechnologiestandorten in unserer Stadt schaffen, kurz – darf ich mit Selbstbewusstsein sagen –, das von der SPD entwickelte Technopolis-Konzept umsetzen. Das wäre ein wirklicher, ein realer Erfolg, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Dass wir begründete Hoffnung haben, dass sich in Bremen und Bremerhaven neue Technologiefirmen ansiedeln und bestehende vergrößern, liegt vor allem an unserer Wissenschaftspolitik. Hier haben wir vor Jahren den Strukturwandel erfolgreich eingeleitet und mit der Universität, den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven und nicht zuletzt mit der IUB in Bremen-Nord inzwischen einen bundesweit anerkannten Standard in der Wissenschaftsgemeinschaft erreicht. Wir wollen in diesen Anstrengungen nicht nachlassen und auch weiterhin ganz bewusst trotz knapper Kassen hohe Summen in den Wissenschaftsbereich investieren. Wir halten dies übrigens im Gegensatz zu unseren Nachbarn in Niedersachsen, die ihre Ausgaben für Hochschulen und Forschung gekürzt haben, für eine notwendige Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Eine notwendige Investition in die Zukunft, das ist für uns auch der Ausbau des Containerterminals in Bremerhaven und unser Engagement beim geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven. Wir werden auf die Bedeutung dieser Projekte heute noch einmal in einer eigenständigen Bremerhaven-Runde während der Debatte eingehen.

Meine Damen und Herren, vor uns liegt die vielleicht wichtigste Legislaturperiode der Nachkriegszeit. In diesen vier Jahren werden die Weichen dafür gestellt, ob unser Sanierungskurs vom Erfolg gekrönt ist, ob Bremen als selbständiges Bundesland auch weiterhin eine Zukunft hat. Diese Aufgabe zu schultern, das werden wir nicht allein schaffen, dazu brauchen wir Verbündete. Ich darf es hier einmal sagen, und ich hoffe, es klingt nicht zu pathetisch: In dieser schwierigen Situation ist es für Bremen ein Glücksfall, dass mit Henning Scherf ein Mann an der Spitze des Senats steht, der bundesweit höchstes Ansehen genießt und der als einer der Vorsitzenden im Vermittlungsausschuss eine zentrale Rolle auch auf Bundesebene spielt und einnimmt.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: La Ola!)

(C)

(D)

- (A) Wenn es jemandem gelingen kann, die anderen Länder und vor allem den Bund von weiteren notwendigen Hilfen für Bremen zu überzeugen, dann ihm. Davon bin ich überzeugt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Da ich gerade bei der Bundespolitik bin: Dass die Stimme unseres kleinen Bundeslandes in Berlin Gehör findet, das ist auch und gerade der hervorragenden Arbeit der Bremer Vertretung in der Hauptstadt zu verdanken. Ich erwähne das an dieser Stelle ausdrücklich, weil vor noch nicht einmal einer Woche hier im hohen Haus Frau Linnert, wie ich es werten würde, etwas abfällige Bemerkungen über unsere Staatsrätin Kerstin Kießler gemacht hat. Frau Linnert, wer sich in Berlin, übrigens auch in Brüssel, informiert, der weiß, welch hervorragende Arbeit Bremens Bevollmächtigte für unser kleines Land leistet! Deshalb weise ich noch einmal Ihre Äußerungen über Kerstin Kießler zurück. Wir jedenfalls stehen hinter ihrer Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss! Die heute vom Präsidenten des Senats vorgelegte Regierungserklärung, die auf der erfolgreichen Arbeit der vergangenen Legislaturperiode und dem, was wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben, basiert, ist ein Dokument der Einsichten in die Notwendigkeiten. Es zeichnet schonungslos die Lage unseres Bundeslandes auf und verzichtet auf Schönfärberei. Hier wird nichts versprochen, was nicht gehalten werden kann. Diese Regierungserklärung ist damit eine gute Grundlage für die Arbeit der kommenden vier Jahre.

Die SPD-Fraktion wird sich konstruktiv daran beteiligen, die besten Lösungen für die vor uns liegenden Probleme zu finden und umzusetzen. Dabei, das darf ich noch einmal sagen, ist Sparen für uns Sozialdemokraten kein Selbstzweck, sondern dient dem Ziel, wieder ein solides Fundament für unser Land, für unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven zu schaffen, damit wir auch in Zukunft und auf Dauer eine soziale Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger gestalten können.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir in der Koalition mit der CDU partnerschaftlich zusammenarbeiten. Ich lade auch die Grünen und Herrn Wedler ein, sich mit ihren Vorschlägen konstruktiv am Wettstreit der besseren Ideen für unser Bundesland zu beteiligen. Nutzen wir die Gestaltungsmöglichkeiten, die uns trotz aller Sparzwänge geblieben sind, um für unser Bundesland die Zukunft zu sichern! Die SPD-Fraktion ist dazu bereit. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

- (C) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich jetzt als Liberaler hier vorn auch zur Regierungserklärung etwas sagen kann. Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich aber mit einem Thema beschäftigen, was ich bei meiner Einstandsrede leider versäumt habe, ich möchte mich nämlich zunächst einmal in diesem Haus nach acht Jahren Abstinenz als Liberaler wieder zurückmelden und bei Ihnen für die freundliche und vielleicht auch neugierige Aufnahme hier im Haus bedanken. Viele von Ihnen kenne ich aus anderen Zusammenhängen, insofern gestaltet sich das Kennenlernen sicher etwas leichter.

Bedanken möchte ich mich auch besonders beim Präsidium des Hauses, das meinem Wunsch bezüglich meines Sitzplatzes ganz selbstverständlich nachgekommen ist. Ich sitze als Einzelkämpfer meiner Partei zwar hinten, aber immerhin auf dem traditionellen Platz der FDP in der Mitte des Hauses gut im Blick des Präsidenten.

Ich möchte auch der Bürgerschaftsverwaltung für ihre Ratschläge und Hilfestellung am Anfang danken. Ich hoffe, ich kann mir ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung weiterhin erhalten.

- (D) Den drei Fraktionen möchte ich für ihre Gesprächsbereitschaft danken. Es sind nicht alle meine Wünsche hinsichtlich meiner Arbeitsmöglichkeiten realisiert worden, so hätte ich zum Beispiel gern einen Namensvorschlag für eine der Deputationen gemacht, wenn man denn schon am Deputationsunwesen festhält, oder mir eine etwas bessere Möglichkeit einer personellen Unterstützung gewünscht. Vielleicht ergeben sich bei der praktischen Arbeit noch gewisse Erleichterungen für mich. Auch die fast schon ritualisierten Abläufe der Tagesordnung sollten vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es inzwischen zwei Einzelabgeordnete gibt, überdacht werden, zum Beispiel was die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte oder der Debattenbeiträge anbetrifft. Möglicherweise ist es ganz geschickt, die Oppositionsbeiträge gebündelt hier zu hören, bevor dann die Regierungsfraktionen ihrerseits ihre Regierung verteidigen. Vielleicht kann man darüber auch noch einmal nachdenken.

Noch eine Vorbemerkung: Als Abgeordneter des Landtags werde ich mich auf landespolitische Themen konzentrieren. Die bremische Kommunalpolitik, so interessant sie im Einzelfall auch sein mag, ich denke da zum Beispiel an das Stichwort Hollerland, werde ich nur am Rande verfolgen. Da allerdings die Trennung der Themen zwischen Landespolitik und bremischer Kommunalpolitik nicht so sauber funktioniert wie in einem wirklichen Flächenland, landen viele eigentlich kommunalpolitische Themen Bremens bei der Landespolitik und werden

(A) hier in diesem Hause dann im Landtag behandelt. Ein klassisches Beispiel für diese Gemengelage steht heute, wenn ich es richtig sehe, mit dem Antrag der Grünen zur Stadthalle in Bremen auf der Tagesordnung. Ich habe noch nie gehört, dass hier in diesem Gremium auch ein Antrag zur Bremerhavener Stadthalle behandelt wurde.

(Unruhe bei der SPD)

Jedenfalls kann ich mir das nicht erklären. Daran können Sie erkennen, dass es hier eine Gemengelage gibt und möglicherweise keine saubere Trennung erfolgt.

Nun zur Regierungserklärung! Die Regierungserklärung des neu gewählten Senats bestimmt die Richtung der Politik für die nächsten Jahre. Sie hat ihren Hintergrund in der Koalitionsvereinbarung der beiden Regierungsparteien. Mit einigen wenigen Aspekten der vereinbarten Politik möchte ich mich nun beschäftigen.

(B) Zunächst ist da die Aussage, dass man am strikten Sanierungskurs festhalten und die dafür erforderlichen Haushaltsmaßnahmen konkret beschließen will. Man will die Zusage des Bundes aus dem so genannten Kanzlerbrief einfordern, und schließlich will man sich um eine Besserstellung des Landes Bremen im bundesstaatlichen Finanzausgleich bemühen. Daneben will man erhebliche Eigenbeiträge zum Abbau des konsumtiven Finanzierungsdefizits erbringen und spricht in diesem Zusammenhang davon, dass alle Ressorts mit Leistungseinschnitten zum Abbau des Defizits beitragen müssen.

Ziel soll es sein, schon für das Haushaltsjahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Ein sehr ehrgeiziges Ziel! Das Ziel, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, wird von der FDP in keiner Weise in Frage gestellt. Ich wundere mich nur, dass man dies erst jetzt als Ziel definiert. Die Haushaltspolitik fängt doch nicht erst jetzt an. Das Ende der Sanierungszahlungen steht seit Jahren fest. Warum hat man eigentlich in den zurückliegenden Jahren nicht zielstrebig auf dieses Ende hingearbeitet?

Die Chance wurde nach unserer Auffassung vertan. Zur Entschuldigung, das ist auch heute wieder vorgetragen worden, wird auf die konjunkturellen und globalen wirtschaftlichen Entwicklungen hingewiesen, die angeblich alle Bemühungen, zu einem verfassungskonformen Haushalt zu kommen, torpediert haben. Die eigenen Fehler und Versäumnisse, zum Beispiel das Fiasko beim Space-Park oder beim Musical, dagegen werden ignoriert oder klein geredet.

Manche von den vorgeschlagenen Leistungskürzungen hätte man – sicher mit Wehgeschrei der Betroffenen – aber in dosierter Form und in kleineren Schritten schon längst realisiert haben können. Jetzt,

(C) wo alles auf einmal kommen muss, wird es unendlich schwierig, schwierig für uns alle, nicht nur für die Regierung.

Die Personalausgaben für die aktiv Beschäftigten, das sind nämlich Beamte, Angestellte, Arbeiter, will man trotz absehbarer Tarifsteigerungen in den nächsten vier Jahren senken. Das hätte man schon viel früher machen können, allerdings anders als jetzt diskutiert. Man hätte zum Beispiel an der Kopffzahl der Beschäftigten und an ihren Dotierungen ansetzen können und über strukturelle sowie aufgabekritische Beschlüsse das Personalausgabenniveau senken können. Dabei hätten die Spitzen der Verwaltung, einschließlich der Politik, nicht ausgenommen werden dürfen. Das Ausgliedern von Aufgaben und Personal aus der Verwaltung in eigenständige Betriebe oder privatwirtschaftliche Gesellschaftsformen ist so lange nur ein Verschiebeparkplatz, wie dies nicht von wirklichen Privatisierungen begleitet wird, und da gibt es in Bremen, glaube ich, noch eine ganze Menge Möglichkeiten.

(D) Vorhin ist auch hier noch einmal, ich glaube, von allen Rednern bisher, auf das Bremische Personalvertretungsgesetz hingewiesen worden. Ich glaube, gerade in einem solchen Umstrukturierungsprozess, wie er vor uns steht in der Verwaltung, der auch in der Vergangenheit schon bestanden hat, ist es dringend notwendig, im Gegensatz zu dem, was hier erklärt wurde, das PVG zu verändern, zu novellieren. Insbesondere was die Allzuständigkeit der Personalräte betrifft, denke ich, ist hier erheblicher Nachholbedarf, auch wenn man nach Niedersachsen oder in den Bund schaut, dort gibt es nämlich etwas andere Regelungen.

Ob im Bereich der sonstigen konsumtiven Ausgaben viel zu machen sein wird, ist fraglich. Die Höhe der Sozialabgaben ist bundesgesetzlich festgelegt, auch die Zuwendungen, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld zum Beispiel, können vom Landesgesetzgeber allenfalls im Hinblick auf die Beamten beeinflusst werden. Ob der Senat das, was er gestern hierzu in Bezug auf die neuen Angestellten und Arbeiter beschlossen hat, durchsteht, wage ich angesichts des Wehgeschreis, was schon jetzt entstanden ist, doch erheblich zu bezweifeln. Ob es klug ist – das gebe ich auch zu bedenken –, die Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Behörden und Dienststellen zwischen Beamten auf der einen Seite und Angestellten und Arbeitern auf der anderen Seite weiter auszubauen und zu verfestigen, wie es offensichtlich geplant ist, wage ich zu bezweifeln, denn wir haben heute schon eine gewisse Diskrepanz in Bezug auf die Arbeitszeiten. Wenn das jetzt noch verstärkt wird dadurch, dass bestimmte Zuwendungen entfallen sollen für die Beamten auf der einen Seite, für die Angestellten und Arbeiter aber bestehen bleiben, weil es da tarifrechtliche Konstellationen gibt, führt das zur Zweiteilung, zur Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben und Behörden, und ich denke, das ist nicht

(A) gut für diese Behörden und für den Zusammenhalt in den Behörden.

Am Ziel eines verfassungskonformen Haushalts gibt es nichts zu rütteln. Verfassungskonformer Haushalt sagt aber noch nichts über die Höhe der Verschuldung und damit über die Höhe der Zinsausgaben. Verfassungskonform heißt ja, so verstehe ich das, dass sich Nettoneuverschuldung und Nettoinvestitionen entsprechen müssen. Das kann aber nicht das endgültige Ziel sein, denn Ziel muss es eigentlich sein, die Nettoneuverschuldung herunterzufahren und die Investitionen nicht ausschließlich mit neuen Krediten, in welcher Form und in welchem Schattenhaushalt auch immer, zu finanzieren. Anders ausgedrückt: Die konsumtiven Ausgaben müssen so weit gedrückt werden, dass sie durch reguläre Einnahmen nicht nur gedeckt werden, sondern noch ein Überschuss für investive Ausgaben bleibt. Von solchen Überlegungen habe ich aber nichts gehört und in der Koalitionsvereinbarung auch nichts gelesen.

(B) Bei der Fortsetzung des Sanierungskurses will man die Zusagen des Bundes aus dem so genannten Kanzlerbrief einfordern. Dabei hofft man, über mehrere Jahre hinweg, wenn ich es richtig gelesen habe, eine halbe Milliarde Euro vom Bund zu bekommen. Ich halte diese Vorstellung für Wunschdenken. Wenn ich mir die Äußerungen des früheren Finanzsenators, Herrn Kröning, zu diesen Vorstellungen anhöre, und Herr Kröning spielt ja in der Finanzpolitik des Bundes keine unbeachtliche Rolle, dann frage ich mich, was hier wohl gespielt wird. Herr Eichel kennt den Kanzlerbrief offensichtlich nicht, zumindest nimmt er ihn nicht ernst, und wenn ich mir seine Haushaltsprobleme vorstelle, dann kann ich mir auch gut vorstellen, was er vom Kanzlerbrief hält, nämlich gar nichts. Ich glaube auch nicht, dass das seinerzeitige Spiel, das zum Kanzlerbrief geführt hat, nochmals wiederholt werden kann. Der Kanzlerbrief ist nach meiner Auffassung, nach Auffassung der FDP, nichts wert. Die darauf fußenden Einnahmeerwartungen für unseren bremischen Haushalt halte ich nicht für sehr seriös.

Auch die Hoffnungen, im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs eine Besserstellung des Landes Bremen zu erreichen, halte ich für wenig realistisch. Es gibt weitere Bundesländer, die hier die Hand aufhalten – ich denke da insbesondere an Berlin, aber auch an das Saarland –, und wenn Bremen mit den Hafencosten kommt, die schon einmal diskutiert wurden, dann kommen andere Bundesländer mit ihren bundesweit bedeutsamen besonderen Belangen, und dann stehen die bremischen Hafencosten, so unbestreitbar sie nach meiner Auffassung auch sind, nicht mehr so dominant und überzeugend in der Landschaft.

Sicher ist es richtig, sich für einen neuerlichen Gang nach Karlsruhe zu wappnen, und auch richtig, die Aufteilungsquoten beim bundesstaatlichen

(C) Finanzausgleich und die Zerlegungsprinzipien bei der Verteilung des Steuerkuchens in die Diskussion zu bringen. Große Hoffnungen auf eine Verbesserung der bremischen Finanzsituation beim bundesstaatlichen Finanzausgleich sollte man sich allerdings nicht machen. Es bleibt uns also in Bremen nichts anderes übrig, als uns selbst zu helfen, und darauf sollten Sie in den beiden Regierungsfraktionen und im Senat nicht noch zwei Jahre warten, bis sich das endgültig geklärt hat, sondern das müssten Sie eigentlich sofort anfangen, denn spätestens in zwei Jahren wird Klarheit darüber bestehen, ob diese finanzpolitischen Wunschvorstellungen Wirklichkeit werden oder ob sie nicht Wirklichkeit werden. Wie gesagt, wir schätzen das sehr kritisch ein und glauben, dass es so nicht real wird. Deswegen fordere ich die Regierungsparteien und den Senat auf, endlich in der Realität hier anzukommen.

(D) Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte: Bei der Gewerbesteuer ist zu bemerken – sie spielt eine große Rolle im Zusammenhang mit der Kommunalfinanzverfassungsreform, derzeit wird in Berlin darüber diskutiert –, dort geht es nach Auffassung der FDP nicht darum, an dieser Steuer festzuhalten und den Kreis der Steuerpflichtigen auszuweiten, zum Beispiel auf die Freiberufler, die dann in die Gewerbebesteuerung einzubeziehen sind. Es geht nach Auffassung der FDP eher darum, über die Abschaffung dieses Steuerrelikts nachzudenken und eine Kompensation für die Kommunen zu finden, zum Beispiel den Kommunen einen höheren Anteil am Aufkommen der Mehrwertsteuer oder ein eigenes Hebesatzrecht bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu geben. Damit könnte nicht nur die Finanzbürokratie – auch hier in Bremen – entlastet werden, sondern auch die erhebliche Konjunkturanfälligkeit der beiden kommunalen Haushalte, insbesondere der Bremerhavener Haushalt, aufgrund dieser Steuereinnahmen beseitigt werden.

Die Koalition will in Bremen die Gewerbesteuer erhöhen. Wir von der FDP halten das für falsch, nicht nur, weil wir andere Vorstellungen bei der Gewerbesteuer haben, sondern auch deshalb, weil die mittelständische Wirtschaft, die ja die Hauptlast bei dieser Steuer trägt, wieder zusätzlich belastet wird und weil völlig offen ist, wie die Berliner Diskussion zur Einbeziehung weiterer Steuerpflichtiger in die Gewerbebesteuerung zu Ende geht. Wir sollten erst einmal das Ergebnis der Berliner Diskussionen abwarten, und sollte es so kommen, wie die Bundesregierung es plant, dann sollten wir uns in Bremen eher Gedanken über eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes machen als über eine Erhöhung dieses Satzes. Die mittelständische Wirtschaft und die neuen Steuerpflichtigen werden es Ihnen danken. Selbst wenn wir den Gewerbesteuersatz so belassen, würde er bedeuten, dass sich bei verbreiteter Zahl der Steuerpflichtigen natürlich die Einnahmesituation Bremens verändert, also braucht man diesen Gedanken überhaupt nicht erst zu erwägen, im Gegenteil!

- (A) Wir glauben sogar, dass hier ein größerer Ertrag erzielt wird, wenn sich die Überlegung der Bundesregierung durchsetzt, so dass man sogar über Steuersenkungen nachdenken kann.

Noch ein weiterer Punkt aus der Koalitionsvereinbarung, aber der steht repräsentativ für weitere Punkte! Die Koalition befürwortet die Schließung der bisherigen JVA-Standorte in Bremen und Bremerhaven und unterstützt die Planungen für den Neubau einer JVA in Bremen-Blockland. Für Bremerhaven bedeutet dies, wenn man sich das einmal überlegt – für Bremen sieht es anders aus –, dass nicht nur eine Einrichtung des Landes geschlossen wird, sondern dass auch Arbeitsplätze verloren gehen. Im Gefolge der Schließung dieser Einrichtung und der bereits geschrumpften Staatsanwaltschaft steht zu befürchten, dass bald auch weitere Teile der Justiz nach Bremen abgezogen werden und damit dann weitere Arbeitsplätze in Bremerhaven verloren gehen.

Das Land muss eigentlich alles tun, um die Probleme in Bremerhaven zu mildern,

(Abg. K l e e n [SPD]: Das tun wir ja!)

es muss endlich auch bei solchen ressortbezogenen Fachplanungen die regionalpolitischen Bezüge erkennen. Man kann nicht auf der einen Seite Wirtschaftsförderung betreiben und versuchen, in Bremerhaven Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen, auf der anderen Seite aber bei den Ressortplanungen genau das Gegenteil machen. Das ist kontraproduktiv, bringt Bremerhaven überhaupt nicht weiter, und der Senat sollte dies möglichst im Gesamtzusammenhang überlegen, ob solche Effekte dann in Bremerhaven zum Beispiel ausgelöst werden.

(B)

Es gibt ein weiteres Beispiel dafür: Wenn ich mir überlege, was die Planungen zur Gewerbeaufsicht betrifft, trifft etwas Ähnliches zu, und es gibt ja viele Prüfaufträge in der Koalitionsvereinbarung, die möglicherweise auch dazu führen, dass dann auf Bremerhaven bezogene Belastungen entstehen. Also bitte, diese regionalpolitischen Bezüge sollten Sie in jedem Fall bei solchen Ressortplanungen bedenken, damit dann das Land als Ganzes gesehen wird und Bremerhaven nicht darunter zu leiden hat!

(Glocke)

Noch einige Bemerkungen zur Bildungspolitik! Ich habe mir die Koalitionsvereinbarung dazu einmal angesehen und angehört, was hier gesagt wurde. Schlaugeworden bin ich dabei nicht. Ich kann leider nicht feststellen, was die Koalition in der Bildungspolitik eigentlich will und wie sie das bremische Schulsystem pisatauglich machen will. Ich finde von allem etwas, jede Koalitionspartei hat offensichtlich Elemente ihres Wahlprogramms eingebracht, und auch

die Verwaltung hat kräftig mitgemischt. Das passt alles nicht zusammen, und im Grunde genommen blickt keiner mehr so richtig durch.

(C)

Die Orientierungsstufe soll zwar abgeschafft werden, die Orientierung für Eltern und Schüler über ihre Schullaufbahn geht jedoch verloren. Das kann und darf eigentlich nicht das Ergebnis der Bemühungen sein. Das selbst gesteckte Ziel in Bremen, eine in sich logische, übersichtliche und zielgerichtete Struktur zu schaffen mit klaren inhaltlichen Standards, wird nach meiner Auffassung verfehlt, und die Annahme der Koalitionspartner, dass Magistrat und Stadtverordnetenversammlung entsprechend der Bremerhavener Ausgangslage die in der Koalitionsvereinbarung getroffenen Maßgaben für die Schulstufen und Schulstrukturentwicklung grundsätzlich in gleicher Weise umsetzen, halte ich für politisches Wunschdenken.

(Glocke)

Damit möchte ich zunächst einmal meinen Teil hier beenden. Nachher in der Bremerhaven-Runde möchte ich dann die speziell auf Bremerhaven bezogenen Punkte hier noch einmal erwähnen. Ich darf mich für die Aufmerksamkeit des Zuhörens bedanken. – Vielen Dank!

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ich hier und heute gehört habe, wenn man diesbezüglich den Koalitionsvertrag zu Rate zieht, ist es keine Regierungserklärung, sondern es ist eine Regierungsbankrotterklärung. Über die personelle Besetzung der Landesregierung habe ich schon bei der Wahl zum Senat die Auffassung der Deutschen Volksunion deutlich gemacht, hier teile ich auch die Auffassung von Frau Linnert. Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass die Reihenfolge der einzelnen Politikbereiche im Koalitionsvertrag nicht eine Wertung der Politikbereiche ist: Justiz und Medien an Stelle vier und fünf, Arbeit, Frauen, Jugend, Familie sowie Soziales an 13, 14, 15 und 16! Gerade das, was für die Menschen in unserem Bundesland von elementarer Bedeutung ist, nämlich die innere Sicherheit, wird von Ihnen sträflich vernachlässigt.

(D)

Wenn in der Koalitionsvereinbarung, wie es ja Regierungsprogramm ist, erklärt wird – Herr Präsident, ich darf zitieren –: „Die konsequente Abschiebung von straffällig gewordenen Ausländern muss daher auch im Interesse der mehrheitlich gut integrierten Migrantinnen weiter verstärkt werden“, ein Vertrag, der auch von der SPD unterschrieben worden ist, so ist dies eine reine und große Lachnummer. Genau das will nämlich die SPD nicht: eine konsequente Abschiebung von straffällig gewordenen Ausländern!

(Abg. K l e e n [SPD]: Quatsch!)

(A) Beispiele hierfür gibt es ja genug. Meine Damen und Herren, die einzige Partei, die das schon immer gefordert hat, auch im Interesse der hier anständig lebenden Ausländer, war die Deutsche Volksunion, und die, die es auch konsequent umsetzen würde, ist die Deutsche Volksunion.

Wenn Sie nun wieder einmal behaupten, die Mehrheit der Migranten sei gut integriert, meine Damen und Herren, dann sollten Sie sich einmal aus diesem Plenarsaal oder aus dem Rathaus in die Stadtteile begeben, in denen Migranten leben. Einzelne Stadtteile in Bremen, zum Beispiel Osterholz-Tenever, Kattenturm und so weiter, und in Bremerhaven zum Beispiel Lehe, Leherheide, Grünhöfe und so weiter, haben durch Ihre verfehlte Politik die größten sozialen Probleme, es sind soziale Brennpunkte, die Sie nicht wahrhaben wollen.

Meine Damen und Herren, wer Probleme in der inneren Sicherheit hat, braucht mehr Polizei, und diese muss natürlich hoch motiviert sein. Das erreichen Sie, indem Sie das Urlaubsgeld, das Weihnachtsgeld streichen und einen unverantwortlichen Personalabbau gerade bei den Beamten betreiben, die täglich unter Lebensgefahr ihren sehr schweren und jetzt schon unterbezahlten Dienst zum Schutz der Allgemeinheit uneigennützig verrichten. Diese Tatsache ist eine Schweinerei sondergleichen!

(B) Eine solche Politik ist nicht mehr zu verantworten und nicht mehr tragbar. Im Sportbereich streichen Sie Haushaltsmittel und erklären großartig eine Überprüfung, wie öffentliche Sportanlagen saniert werden können. Großartig! Sie machen aber keine Aussagen, wo Sie sanieren und wie viel Mittel Sie zur Verfügung stellen, so dass ich jetzt schon sagen kann, Sie betrachten den Sportbereich als Sparschwein für Ihre Haushaltssanierung.

Empört hat mich natürlich Ihr Bäderkonzept. Sie schließen das Freibad Horn. Das Freibad Schlosspark wird 2005 geschlossen. Das Freibad Blumenthal, für dessen Erhalt sich sogar vor Ort CDU-Bürgerschafts-abgeordnete ausgesprochen haben, wird mit Ihrer Entscheidung, keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung zu stellen, ab 2004 geschlossen. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit. Da können Sie in Ihrem Koalitionsvertrag noch so viele verdeckte Umschreibungen verwenden, es gelingt Ihnen nicht!

Jetzt komme ich zu einem Bereich, der von allen Parteien als der wichtigste für die Zukunftsgestaltung angesehen wird, der Bereich Bildung. Dass Senator Lemke bei der Ressortverteilung auf Seiten der SPD geführt wird, ist bei seiner Bildungspolitik schon sehr ungewöhnlich und merkwürdig, denn wenn man seine Bildungspolitik bewertet, müsste er eigentlich bei der CDU oder sogar bei der CSU geführt werden. Das, was hier an faulen Kompromissen zu Papier gebracht worden ist, spottet jeglicher Beschreibung.

Meine Damen und Herren, das Einzige, was ich bei einem solchen Durcheinander erwartet habe, ist die Bildung eines runden Tisches, um den Umgestaltungsprozess im Bildungsbereich im Land Bremen zu begleiten. Siehe da, auf Seite 17 Zeilen sechs bis neun habe ich den runden Tisch gefunden! Die Bildungspolitiker der großen Koalition sollen sich nicht an den runden Tisch setzen, sondern darunter setzen und sich zutiefst schämen! Dann haben Sie auch noch die glorreiche Idee, dass Sie den Unfug, den Sie hier in der Stadt Bremen im Bildungsbereich durchführen, nun auch in Bremerhaven über den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung umsetzen möchten. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, dabei sind wir durch diesen Bremerhavener Dezernenten Professor Dr. Weiß wahrlich schon genug gestraft. Verschonen Sie uns also mit Ihrer wirren Bildungspolitik!

Da meine Redezeit leider sehr begrenzt ist, kann ich heute zum Bereich Berufsschule und zur außerschulischen Berufsbildung nichts mehr sagen, werde aber in der nächsten Sitzung diesbezügliche Anträge noch einbringen.

Im Bereich Wirtschaft und Häfen habe ich festgestellt, dass Sie wie fast immer keine klaren Aussagen machen. Als ich aber auf Seite 30 die Aussagen zum Hollerland gelesen habe, habe ich mich tatsächlich gefragt, ob es eine Koalitionsvereinbarung ist oder ein Comicheft. Hier werden wichtige Naturschutzgebiete einfach lapidar zum Gewerbegebiet erklärt. Wenn man dann glaubt, eine solche Aussage ist nicht mehr steigerungsfähig, dann hat man die große Koalition wirklich unterschätzt. Im Bereich der Verkehrspolitik stellt man nun fest, dass jede konkrete Realisierung von der verbindlichen Sicherung der vollen Finanzierung abhängig ist. Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst! Da frage ich Sie allen Ernstes, wovon denn sonst? Das dürfte sogar Ihnen klar sein!

Meine Damen und Herren, bei Ihren hafenpolitischen Maßnahmen und der Erreichbarkeit der Bremer Häfen muss den Damen und Herren von den Grünen ja direkt ein kalter Schauer den Rücken hinunter gejagt sein: Vertiefung der Außenweser, Vertiefung der Unterweser, Ausbau CT IV, Neubau der Kaiserschleuse, Sanierung der Nordschleuse in Bremerhaven! Dass Sie mich jetzt nicht missverstehen! All diese Maßnahmen hat die Deutsche Volksunion selbstverständlich zum Wohle der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung mitgetragen. Das ist für die Deutsche Volksunion eine Selbstverständlichkeit. Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass Sie erklären, wie viel Sie investieren möchten und wie Sie diese Investition finanzieren wollen. Die große Koalition und damit die Landesregierung erweckt den Anschein, als ob diese Blankoschecks alle gedeckt wären. Dabei wissen wir doch alle, dass es eigentlich nur Schüttelschecks sind.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, im Bereich der Werften, und Sie wissen, dass ich als Bremerhavener Abgeordneter schon immer für den Erhalt der Werften gekämpft und mich dafür eingesetzt habe und auch weiterhin einsetzen werde, übertreffen Sie sich mit Ihren wirren und inhaltslosen Formulierungen sogar noch. Ich habe es nicht für möglich gehalten, aber Sie unterstützen die Werften im Kernbereich – Herr Präsident, ich darf zitieren – „soweit wie möglich“. Meine Damen und Herren, ich erwarte von Ihnen konkrete Zahlen und keine Wischiwaschi-Reden und -Formulierungen.

Lassen Sie mich als Letztes einen Punkt anschneiden, der mich sehr ärgert! Sie erhöhen die Gewerbesteuer zum Nachteil der Bremer und Bremerhavener Betriebe, Sie streichen den Polizeibeamten, Feuerwehrleuten, Krankenschwestern und so weiter das Urlaubsgeld, Sie kürzen diesen Beamten das Weihnachtsgeld, Sie belasten diese Beamten unverantwortlich durch massive Personalreduzierung, und jetzt kommt die größte Schweinerei: Sie streichen das Landespflegegeld, obwohl Sie erst vor zwei Jahren für den Erhalt des Landespflegegeldes hier gestimmt haben. Diesbezüglich, darauf können Sie sich jetzt schon einmal freuen, habe ich für die September-Sitzung einen Antrag eingebracht.

(B) Meine Damen und Herren, Sie ziehen ohne Rücksicht auf Verluste und auf Kosten des kleinen Mannes Ihre unsoziale Sparpolitik skrupellos durch, aber dafür zahlen Sie Millionen für die Durchführung eines Deutschen Kirchentages. Wenn Sie schon Millionen für einen Kirchentag ausgeben und hinauswerfen, dann sollten Sie wenigstens diesen Kirchentag dafür nutzen, um bei den Wählern, die Sie noch gewählt haben, durch ein vierundzwanzigstündiges Gebet für Ihre unsoziale Politik Abbitte zu leisten.

Meine Damen und Herren, abschließend ist festzustellen, dass diese Regierung mit ihrer Regierungserklärung, und hier gerade die SPD, die Inhalte ihrer Parteien auf Kosten und zu Lasten der Bürger aufgegeben hat. Diese Regierungserklärung ist den Menschen im Bundesland Bremen gegenüber weder sozial noch christlich. Herr Dr. Scherf, Ihre Regierungserklärung war eine Märchenstunde gespickt mit Phrasen und leeren Versprechungen! Das hat unsere Bevölkerung, das hat das Bundesland Bremen nicht verdient!

**Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wären nun mit der ersten Runde zu Ende. Es ist vereinbart worden, dass wir danach mit der Bremerhavener Runde beginnen.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir das jetzt tun und dann auch in der gleichen Reihenfolge, wie wir in der ersten Debatte verfahren haben. Wir würden dann mit den Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen beginnen. Da hat sich die Kollegin Hoch zu Wort gemeldet.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Grüne und auch als Bremerhavenerin möchte ich hier an dieser Stelle die Regierungserklärung des Senats bewerten. Natürlich habe ich wie Sie alle auch die Koalitionsvereinbarungen genau durchgelesen und der Regierungserklärung von Herrn Dr. Scherf aufmerksam zugehört.

Wie Sie sicher verstehen können, habe ich meine Bremerhavener Brille aufgesetzt, um intensiv nach zukunftsweisenden Weichenstellungen für die Schwesterstadt Bremerhaven zu suchen. Von daher werde ich mich auch auf diese Aspekte beziehen, die für Bremerhaven relevant sind, und da, meine Damen und Herren, wird es verdammt dünn. Allein schon der Bremerhaven-Anteil im Verhältnis zu stadtbremischen Aussagen war maßlos enttäuschend, doch wir wollen nicht kleinkrämerisch sein, suchen wir nach zukunftsweisenden Aussagen für die 120 000 Menschen an der Küste. Wieder einmal wird vollmundig die Wichtigkeit der Schwesterstadt betont, ohne die die Sanierung des gesamten Bundeslandes nicht gelingen wird. Wieder einmal soll ein schlüssiges und stimmiges Gesamtkonzept für die Seestadt erarbeitet und auch umgesetzt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wieder einmal, das hört sich oberflächlich zunächst einmal nicht schlecht an. Doch die richtige Freude kommt nicht auf, denn es zeigt deutlich, dass die Versprechungen und Ankündigungen in der letzten Regierungserklärung keine ausreichenden Früchte getragen haben, meine Damen und Herren, sonst müsste man jetzt nicht ein neues Gesamtkonzept für Bremerhaven erarbeiten. Diesmal soll es „Strukturentwicklungskonzept 2020“ heißen. Meinen Sie damit die Haltbarkeit? Ich sage Ihnen, höchstens vier Jahre maximal!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns an die zahlreichen Strukturentwicklungskonzepte der Vergangenheit! Nehmen wir zum Beispiel das Schwerpunktprogramm Bremerhaven oder das vorgezogene 100-Millionen-DM-Programm, damals waren es noch DM, in der letzten Legislaturperiode! Alles wurde mit großem Getöse hier vorgestellt. Was ist daraus geworden? Nicht viel! Würde man darüber einen Controllingbericht anfertigen, müsste man sagen, die Daumen würden nach unten zeigen. Keine rechtzeitige Fehlermeldung, kein Umsteuern, nur ein Immer-so-Weiter mit Ihrer Politik! Das Ziel ist also nicht erreicht worden.

Positiv ist, meine Damen und Herren, das möchte ich hier auch sagen, dass endlich dem Senat aufge-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) fallen ist, dass ein langfristiges und kluges Entwicklungskonzept für die Seestadt fehlt. Das ist wirklich positiv! Die Stärken der Seestadt Bremerhaven sind schon sehr lange identifiziert, und die kennen wir auch alle. Ich zähle sie deshalb hier nicht auf. Es fehlen aber die konkreten Handlungsschritte: Wie soll der Strukturwandel vollzogen werden? Es ist hier heute auch von allen gesagt worden, dass dieser Strukturwandel noch nicht geschafft ist. Also bitte, wie soll das passieren?

Dazu gibt es nichts in der Regierungserklärung und auch nicht im Koalitionsvertrag. Außer allgemeinen Floskeln war leider nicht viel Konkretes zu finden, aber auch nicht zu hören. Für Bremerhaven überaus enttäuschend! Man kann den Eindruck gewinnen, dass der thematisch aussagearme Wahlkampf fortgeführt wird, der von den Sozialdemokraten in Bremerhaven geführt wurde. Mit Henning fährt man gut, das war der Slogan. Aber wohin fährt man mit Henning? Das haben Sie uns hier auch heute nicht gesagt. Leider ist er nicht da!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen –  
Abg. K l e e n [SPD]: Nach vorn!)

Nach vorn, das ist gut! Ich habe ihn aber überholt, das habe ich auch noch fotografiert. Er ist immer rechts abgebogen, das war das Problem.

- (B) Wer den Strukturwandel in Bremerhaven, wer Arbeitsplätze schaffen und neue Einwohner gewinnen will, auch Einwohner, besonders junge Leute, in dieser Stadt halten will, der muss auch die Probleme der Stadt benennen und sie bearbeiten. Dazu gehört, meine Damen und Herren, eine Sichtweise, die nicht nur, die Betonung ist auf „nicht nur“, auf Wirtschaftsförderung gerichtet ist. Auch als Herr Böhrnsen über die Seestadt gesprochen hat, hat er ausschließlich Projekte genannt, was in Ordnung ist, die wir auch tragen, Offshore zum Beispiel. Sie haben darauf verwiesen, aber ich hoffe, dass Sie auch einen gesamtheitlichen Blick haben.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung von Lebensqualität in der Stadt und in den Quartieren, das gehört zusammen! Dazu gehören im Paket positives Image einer Stadt, die Förderung von Kultur, die Bildungsangebote, die Gesundheitsversorgung, alle diese Aspekte. Das ist doch schon lange bekannt, dass Firmen diese Standortfaktoren sehr wichtig finden für eine Ansiedlungspolitik. Die Lebensqualität in den Stadtteilen ist der Motor für die Lebensqualität einer Stadt und für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Zeigen wir zum Beispiel auf den Stadtteil Bremerhaven-Lehe! Diesem Stadtteil muss dringend geholfen werden, aber auch Geestemünde, Leherheide und Wulsdorf.

(Abg. B r e u e r [SPD]: Surheide!)

Surheide auch, ja! Mit 20 Prozent Arbeitslosen und zehn Prozent Sozialhilfeempfängern lag Bremerhaven Ende der neunziger Jahre an der Spitze aller kreisfreien Städte Westdeutschlands. Gerade in den Großraumwohnsiedlungen und in den Altbauquartieren konzentrieren sich auch die sozialen Probleme dieser Stadt. Das ist auch der Grund dafür, dass Bremerhaven eine der Pilotstädte für den Stadtumbau West geworden ist. Das ist, denke ich, ein großer Hoffnungsschimmer.

Dieser Hoffnungsschimmer muss von der Landesregierung mit zusätzlichen Programmen flankiert werden. Was passiert denn sonst? Unzufriedenheit und Resignation sind nämlich ein Auslöser für einen hohen Stimmenanteil am rechten Rand unserer Parteienlandschaft, für den hohen Stimmenanteil der DVU und der Schill-Partei in Bremerhaven, und sorgen für eine sinkende Wahlbeteiligung. Auch hier ist die Landesregierung gefordert, diesen unglückseligen Trend umzukehren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch hier habe ich heute auch dazu keine Aussagen gehört. Sich die Augen zuzuhalten und sich wie ein Kind zu verstecken, das löst keine Probleme. Ankündigungspolitik wie in den letzten acht Jahren darf nicht vier Jahre fortgesetzt werden. Das ist keine Nörgelei, meine Damen und Herren! Hier geht es um die Zukunft von Bremerhaven und auch um die Zukunft für das Land Bremen. Sie verwechseln immer Nörgelei mit einer Ist-Beschreibung!

Im November des letzten Jahres habe ich noch gedacht, die SPD habe den Zusammenhang von Wirtschaftskraft und Revitalisierung von Stadtteilen verstanden. So stand es jedenfalls in ihrem Lüneburger Programm oder der Erklärung mit dem Titel „Endspurt – Für Bremen und Bremerhaven begeistern!“ Einige Überschriften sind hier heute auch genannt worden: Schaffung attraktiver Zentren in den Stadtvierteln, lebendige Stadtviertel, gepflegte und saubere Stadtviertel und so weiter. Für Bremen sind sie alle hier genannt worden, für Bremerhaven nicht! Für Bremerhaven, denke ich, muss das auch zusammengehören, auch das muss gemeinsam gedacht werden.

Der Hinweis, jetzt sitzen ja wieder zwei Bremerhavener im Senat und tragen Verantwortung für unser gemeinsames Bundesland, ist ein bisschen mager.

(Zuruf der Abg. F r a u H ö v e l m a n n  
[SPD])

Das Argument ist mager, ich meine jetzt nicht die Kilogramm!

(Abg. F r a u H ö v e l m a n n [SPD]: Ach  
sol!)

(C)

(D)

(A) Ich hätte darüber heute wirklich andere Aussagen erwartet, zum Beispiel, wie es mit der Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven weitergehen kann.

(Abg. Frau **W i e d e m e y e r** [SPD]: Hat Henning doch gesagt, wird alles gefördert!)

Ja, wird alles gefördert! Aber er muss sagen, wie er es macht! Wer macht was wann womit? Er hat nur Allgemeinplätze genannt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin eine starke Anhängerin dieser Fragen. Ich kann Ihnen dazu ja auch noch einmal eine lapidare Aussage aus dem Koalitionsvertrag nennen. Das wird nicht mit gefördert. Da heißt es: „Für die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft sind die Standortkosten im Vergleich zu Konkurrenzlagen zu prüfen.“ Das hört sich erst einmal gar nicht so positiv an.

(Abg. Frau **W i e d e m e y e r** [SPD]: Doch! Wettbewerbsfähigkeit steigern durch Kostenvorteile!)

Ja, wunderbar, wie Sie das sagen, aber es steht da kein klares Bekenntnis dazu!

(Glocke)

(B)

Ich will jetzt aber nicht weiter mit Ihnen darüber debattieren. Ich muss das jetzt einmal eben noch zu Ende bringen. Ich bringe nämlich Sachen zu Ende!

Wie wird die Zukunft der maritimen Wirtschaft gestaltet? Auch keine klare Aussage! Eine Zusammenarbeit bei der Förderung der Forschung und der Entwicklung mit dem Bund sei denkbar. Auch da keine klaren Aussagen! Hierzu noch eine Anmerkung: Ich denke, die maritime Technologie ist die Zukunft, und die wird hier verschlafen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bremerhavener Vertreter, die diesen Koalitionsvertrag mit ausgehandelt haben, haben sich auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

(Zuruf)

Mit Ruhm bekleckert haben sie sich nicht! Sie haben sogar dazu beigetragen, dass gut funktionierende Strukturen zerschlagen werden. Gewerbeaufsichtsamt, Justizvollzugsanstalt, es wurde ja schon darauf hingewiesen.

Was ist mit dem Logistikstandort Bremerhaven? Was ist mit dem Auswanderermuseum? Was ist mit der Übertragung der Hoheit der stadtbremischen Häfen in Landeshäfen? Was ist mit der Bahnverbin-

dung? Ich könnte diese Fragen noch fortsetzen, doch nicht heute! Diese Fragen werden Sie in den nächsten Monaten, denke ich, hier detailliert beantworten müssen, und dann bin ich auf Ihre Antworten gespannt. Heute gab es leider nur eine verbale Armenspeisung, kein Leitbild, keine Konzeption, keine Planungssicherheit!

Ich habe vor kurzem mit Menschen darüber gesprochen, die Kinoliebhaber sind. Wenn wir jetzt einen Filmtitel für Ihren Koalitionsvertrag suchen müssten, dann haben sie vorgeschlagen: Im Westen nichts Neues! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegin Hoch! Die Eigenart dieses Landes macht es ja erforderlich, dass wir keine Regierungserklärung geschlossen debattieren, sondern dass wir über die Städte debattieren und über Straßen debattieren, wir können irgendwann auch über einzelne Häuser debattieren. Sie sollten sich einmal überlegen, wo Sie hier eigentlich sitzen, ob Sie hier in irgendeinem Stadtteilbeirat in Grünhöfe sitzen oder ob Sie hier im Landtag sitzen, aber ich sehe Ihnen das nach!

Das Problem ist immer, dass man, wenn man, schon bevor man es von Herrn Dr. Scherf gehört hat, unter Außer-Acht-Lassen des Paragraphen 42 unserer Geschäftsordnung seine Rede vorschreibt, dann gezwungen ist, sie auch so vorzulesen, wie sie da steht, ohne darauf einzugehen, was tatsächlich gesagt worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Nur insofern ist dieser unendliche Unsinn, den Sie hier erzählt haben, zu erklären.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das ist Gott sei Dank die letzte Rede! – Abg. Frau **L i n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Kennen Sie die Regierungserklärung nicht vorher, Herr Teiser?)

Meine Damen und Herren, der Kernpunkt dessen, was vereinbart ist, ist, dass Bremerhaven weiterhin mit 25 Prozent der Investivmittel bedacht wird. Das mag für den einen oder anderen langsam zur Selbstverständlichkeit verkommen sein. Ich sage Ihnen, das ist keine Selbstverständlichkeit, dass in Bremerhaven so überproportional hohe Investivmittel aus-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) gegeben und eingesetzt werden. Da bin ich wieder bei Ihnen, liebe Kollegin Hoch, warum wir auch in den Koalitionsverhandlungen nicht über Grünhöfe und Surheide und Speckenbüttel geredet haben: Es gibt noch eine kommunale Selbständigkeit in Bremerhaven.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir bekommen die Mittel, und dann überlegt man sich in Bremerhaven, was man damit am sinnvollsten macht.

Es wäre nicht Aufgabe der Landesregierung oder einer Koalitionsverhandlung auf Landesebene, dem Magistrat in Bremerhaven vorzuschreiben, was er zu tun hat. Insofern werden Sie auch festgestellt haben, dass die Neuregelung des Finanzausgleichs nicht so, wie sie angedacht war, in diesen Koalitionsvertrag aufgenommen worden ist, sondern noch behandelt und ausgehandelt werden muss. Ich sage hier schon an dieser Stelle an den Senat: So, wie es auf Verwaltungsebene ausgehandelt worden ist, das sage ich Ihnen als künftiger Bürgermeister der Stadt Bremerhaven, wird es auf gar keinen Fall zustande kommen! Da werden Sie sich an uns die Zähne ausbeißen, wie auch an einigen anderen Dingen.

(B) Meine Damen und Herren, alles das, was für Bremerhaven wichtig ist, die Fortsetzung des Innenstadtprogramms, die Investitionen in die Häfen, die Investitionen in die Lebensmitteltechnologie, hat seinen Einfluss in diese Koalitionsverhandlungen gefunden, und Bremerhaven kann mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen sehr zufrieden sein, wenn ich auch einräume, dass es mir natürlich lieb gewesen wäre, wenn man hätte sagen können: Lass uns doch einmal die Bremerhavener Projekte aus den Prüfungen herausnehmen, das Eisstadion ist von riesiger Bedeutung und für Bremerhaven wichtig, die Auswanderungsausstellung ebenfalls, lass uns das doch alles ungeprüft finanzieren! Meine Damen und Herren, dass wir das nicht durchsetzen konnten, ich glaube, darüber brauchen wir nicht lange zu debattieren.

Was für alle Projekte gilt, gilt auch für diese. Wenn sie positiv beschieden werden, wovon ich sehr ausgehe und was ich auch sehr stark hoffe – insbesondere auch beim Thema Auswanderung –, dann werden wir das alles auf einen guten Weg bringen. Wenn sich allerdings schon, bevor man richtig angefangen hat, herausstellt, dass es sich nicht lohnt, es sich nicht rechnet, dann muss auch der eine oder andere Bremerhavener seine Emotionen zurückstellen, denn es geht ja nicht nur darum, Millionenbeträge für Investitionen aus dem Landeshaushalt zu quetschen, sondern da gibt es auch noch eine Kommune, die anschließend die Folgekosten zu tragen hat, und deswegen müssen wir da sehr vorsichtig sein.

Ich gehe einmal davon aus, dass ungefähr die Hälfte meiner Redezeit um ist, und deswegen will

ich mich einem anderen Thema widmen, bei dem wahrscheinlich die Kollegin Linnert wieder in Richtung Senatsbank schauen und sagen wird: Hört, hört! Auch in der Stadt Bremerhaven gibt es Beamte, Angestellte und Arbeiter. Wir sind gestern überrascht worden durch eine Tischvorlage aus dem Finanzressort.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Reden Sie jetzt als Bürgermeister oder als Abgeordneter?)

Als Abgeordneter, wir als Abgeordnete! Eingespeist in die Staatsräterunde hat der Senat gestern einen Beschluss gefasst, neu einzustellenden Angestellten und Auszubildenden kein Weihnachts- und Urlaubsgeld mehr zu bezahlen, mit dem Hinweis, das sei aber nicht endgültig, sondern das würde einbehalten und sei erst einmal nur so für kurze Zeit. Ich sage Ihnen in Richtung Senatsbank, meine Damen und Herren, und wenn Sie sich das anschauen, dann finden Sie das im Koalitionsvertrag auf Seite 87, dieser Beschluss verstößt gegen den Koalitionsvertrag, der zwischen SPD und CDU ausgehandelt worden ist.

Es gab wenige Themen – das war das Hollerland, das war Bildung –, die so strittig behandelt worden sind wie die Behandlung des öffentlichen Dienstes. Der eine oder andere wird sich daran erinnern, wie diese Diskussion gelaufen ist. Von dem Ressortvorschlag, sofort für Beamte und sofort überall – alles sofort – sind wir dazu gekommen zu sagen: Nein, nicht sofort, und haben hineinformuliert, dass alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten gleichermaßen betroffen sein sollen, die Belastungen sozial gestaffelt sein sollen, in ihrer Gesamtheit alles sozial ausgewogen sein soll und dass dann zu prüfen ist, wie man im Kontext der anderen Bundesländer, der anderen 15, aber insbesondere orientiert an Niedersachsen und Saarland, nun vorgehen will.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Sinnvoll!)

Wenn man sich an das hält, was darin steht, dann steht da „wird nach abschließender Klärung der neuen personalwirtschaftlichen Instrumente entschieden“!

Lieber Herr Kollege Böhrnsen, damit haben wir nicht gemeint, dass dieses Prüfungsgremium die Staatsräterunde ist, die ohne Fraktionen und ohne andere darangeht und Beschlüsse fasst, um die dann irgendwie im Senat durchzudrücken. Ich verstehe Staatsrat Hoffmann schon – der ist nicht da –, der während der Koalitionsverhandlungen ziemlich verbittert war, dass das, was er eigentlich wollte, so nicht in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben worden ist und dass er sich mit dem, was hier steht, zufrieden geben musste.

Ich warne davor! Die Arbeiter werden sowieso nicht betroffen sein, darüber sind wir uns einig, die sind

(C)

(D)

(A) da völlig heraus. Bei den Beamten können wir es per Gesetz machen, da werden wir auch etwas machen. Bei den Angestellten sind wir auf die Gewerkschaften angewiesen, da bin ich mir nicht sicher, ob die etwas machen. Wenn wir dazu kommen, dass wir selbst in einheitlichen Laufbahnbereichen, also bei Angestellten und bei den Beamten, unterschiedliche Handhabungen haben, dass in einem Büro einer sitzt mit Weihnachtsgeld, weil er dann angefangen hat, einer mit Urlaubsgeld, weil er dann angefangen hat zu arbeiten, zum Schluss Beamte, die vergleichbar weniger bekommen als vergleichbare Angestellte und die Arbeiter sowieso da heraus sind, dann sage ich Ihnen: Sie bringen eine Unruhe und eine Demotivation in den öffentlichen Dienst, von deren möglichen Ausmaßen Sie sich überhaupt gar keine Vorstellung machen können!

Nun, meine Damen und Herren, kann es ja möglich sein, dass man erklärt, wir brauchen dazu das Parlament gar nicht, das ist Regierungshandeln der Stadt Bremen. Dann allerdings, sage ich Ihnen, hat das keine Auswirkungen auf die Seestadt Bremerhaven, und ich sage Ihnen in Zugriff auf mein zukünftiges Amt:

(Zuruf der Abg. Frau B e r k [SPD])

Die CDU der Stadt Bremerhaven wird dieser Regelung nicht zustimmen.

(B) Liebe Kollegin Berk, natürlich können Sie das auch ohne uns machen, aber nicht in Koalition mit uns. Solange die existiert, kommt das nicht, wenn wir weiterregieren, auch nicht. Sie können es dann mit den Grünen durchsetzen. Ich glaube aber, die würden es auch nicht machen.

(Abg. B r e u e r [SPD]: Warten wir erst einmal die Wahlen ab, Herr Teiser! – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Geht das vielleicht bis September so? – Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Das geht bis September! Mit uns und so lange wir etwas zu sagen haben, wird das nicht durchgesetzt. Es gibt andere Möglichkeiten, diese Summen, um die es geht, einzusparen.

In dem Beschlussvorschlag der Tischvorlage war das nicht einmal zu quantifizieren. Mir ist vorhin gesagt worden, das soll sich um eine Summe von fast 100 000 Euro handeln, also wirklich sehr beeindruckend! Meine Damen und Herren, damit ich mich da nicht ausnehme, damit keiner denkt, der sagt das, weil er ausscheidet und hier seine zweite Abschiedsrede hält – ich sage Ihnen allerdings wegen Ihrer Zurufe vorhin, Herr Dr. Güldner, seien Sie sich nicht sicher, dass ich nicht irgendwann in der Zukunft noch einmal wieder eine dritte Abschiedsrede an diesem Platz halten werde, es ist nichts auszuschließen! –, sage ich Ihnen allerdings: Bevor Sie versuchen, Aus-

zubildende als Druckmittel gegen große Gewerkschaften zu benutzen, dann lassen Sie uns mit gutem Beispiel vorangehen, und lassen Sie uns das Weihnachtsgeld komplett in der B-Besoldung streichen, aber machen Sie es nicht auf dem Rücken von Auszubildenden oder von Menschen, die in BAT VII oder in BAT VIII arbeiten! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache Ihnen den Vorschlag, dass wir die Bremerhavener Runde unterbrechen und in die Mittagspause eintreten und dann um 14.30 Uhr wieder diese Bremerhavener Runde fortführen. Ich sehe Einverständnis.

Dann bedanke ich mich und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 12.57 Uhr)

\*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Wir fahren fort in der unterbrochenen Debatte über die Regierungserklärung des Senats.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Breuer.

Abg. **Breuer** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe also die Aufgabe, einiges aus dem Koalitionsvertrag zu erläutern, was Bremerhaven angeht. Zunächst einmal kann man positiv feststellen, jedenfalls haben das auch die Bremerhavener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag mit großer Mehrheit so gesehen, dass es sehr positiv ist, dass wir hier mit einem eigenständigen Kapitel vertreten sind, in dem die wichtigsten Projekte formuliert worden sind, ohne dass im Detail bei dem einen oder anderen Projekt, das sich noch in der Planungsphase befindet, beschrieben worden ist, wie das konkret mit welchen Mitteln umgesetzt werden soll.

Mir wäre es, das sage ich hier ganz ehrlich, lieber gewesen, wir hätten die Millionen alle darunter geschrieben oder darunter schreiben können, aber wenn man die finanzielle Lage insgesamt sieht, und wir Bremerhavener Landtagsabgeordneten können ja auch nicht sagen, das ist uns egal, wie die Finanzen des Landes aussehen, wissen wir, dass wir dies auch als Bremerhavener mit im Auge haben müs-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) sen. Ich bin allerdings sehr zufrieden damit, dass die wichtigsten Bremerhavener Projekte dort formuliert worden sind.

Wir haben, darauf ist hingewiesen worden, das ist ja auch im Lande allgemein bekannt, in Bremerhaven in verschiedenen Bereichen wesentlich mehr Probleme als hier in der Stadt Bremen. Die Arbeitslosigkeit ist wesentlich höher. Die sozialen Probleme in einigen Stadtteilen sind größer als in Bremen, und die Finanzsituation der Kommune ist auch nicht besonders rosig. Wir haben dort ebenfalls große Probleme, die allerdings ja nicht nur die Kommune Bremerhaven hat, sondern wir erleben das zurzeit ja bundesweit.

Von daher geht es auch gar nicht darum, dass ich irgendetwas beschönigen will, dass es in Bremerhaven besonders gut läuft oder dass wir die Probleme mit der großen Koalition, die wir ja auch seit vier Jahren in Bremerhaven haben, alle gelöst haben, aber wir haben bestimmte Bereiche, finde ich, vernünftig angepackt, und wir haben in den letzten vier Jahren auch endlich Entscheidungen getroffen, die man in der Stadt auch sehen kann und die sich widerspiegeln.

(B) Frau Hoch, Sie haben vorhin dieses 100-Millionen-DM-Programm für Bremerhaven erwähnt. Sie haben nicht genau gesagt, was Sie damit meinen. Ich nehme einmal an, damit meinen Sie das Programm, das wir in der Innenstadt aufgelegt haben, den Umbau der Fußgängerzone, bei dem wir eine Aufteilung 70 zu 30 hatten, also 70 Prozent der Mittel sind vom Land gekommen, und 30 Prozent der Mittel kommen aus der Kommune Bremerhaven. Ich will das hier noch einmal deutlich erwähnen, weil ich in den letzten Wochen in Bremen ab und zu gehört habe, Bremerhaven müsste sich auch einmal an den Investitionen beteiligen, bei den überwiegenden Projekten ist das der Fall. Bremerhaven beteiligt sich auch hier mit 30 Prozent der Mittel. Frau Hoch, das muss Ihnen ja aufgefallen sein, dass wir da etwas umgesetzt haben. Die Fußgängerzone sieht inzwischen doch anders aus als noch vor einigen Jahren.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nun werden Sie einmal nicht frech hier!)

Das überlassen Sie einmal mir!

Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir dieses ziemlich erfolgreiche Programm umgesetzt haben, von dem ich den Eindruck habe, dass es in Bremerhaven sehr positiv wahrgenommen worden ist, was da passiert, auch wenn wir noch nicht damit zufrieden sein können, was sich hinsichtlich des Einzelhandels und der Dienstleistungen dort entwickelt. Da, denke ich, brauchen wir noch etwas, aber die Situation des Handels in der Republik insgesamt ist ja nicht gerade rosig, deshalb bin ich ganz optimistisch, in den nächsten zwei, drei Jahren wird sich die Bre-

merhavener Innenstadt weiterhin positiv entwickeln. Wir haben auch hier im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass diese Entwicklung für die Innenstadt in dem südlichen Bereich bis an das Geesteufer fortgesetzt werden soll.

Wir haben auch insbesondere im Bereich von neuen Technologien Ansätze in Bremerhaven. Wir sind natürlich nicht so weit wie in der Stadt Bremen, aber wir haben gute Ansätze. Wir haben Timeport I gebaut. Wir haben festgelegt, und die Finanzierung ist auch gesichert, dass Timeport II am Neuen Hafen entsteht. In der Koalitionsvereinbarung ist auch Weiteres vereinbart worden. Das muss natürlich noch konzeptionell und von den Projekten her entwickelt werden. Das Gleiche gilt zum Beispiel für das Schaufenster Fischereihafen, das ja eine Erfolgsstory in Bremerhaven geworden ist. Hier haben wir gesagt, es soll ein weiterer Bauabschnitt erfolgen.

Ich will das jetzt nicht alles im Einzelnen aufzählen. Ich glaube, soviel Zeit habe ich auch gar nicht. Vielleicht noch einmal zwei, drei Punkte, auf die ich hinweisen will! Hier ist ja sehr viel debattiert worden, auch bei uns in der SPD – hier in Bremen natürlich viel stärker als in der Stadt Bremerhaven –, über die Fragen der Bildungspolitik. Wir haben in beiden Städten eine etwas andere Situation, was die Schulstruktur angeht, und wir haben in dieser Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, dass Bremerhaven innerhalb seiner Struktur, also unterhalb der Gesetzeslage, die vom Land zu organisieren ist, unterhalb dessen, eine Eigenstruktur selbständig festlegen kann. Ich bin sehr froh darüber, dass uns das gelungen ist, auch mit den Freunden von der CDU. Das war am Anfang ja nicht so einfach, aber am Ende haben wir uns darauf verständigt, dass Bremerhaven das innerhalb seiner Struktur selbständig organisieren kann.

Ich weise darauf in Bremerhaven in letzter Zeit auch zunehmend hin, dass wir innerhalb des Landes Bremen solche Möglichkeiten haben, weil ich auch zunehmend Stimmen in Bremerhaven höre: Macht es überhaupt noch Sinn? Es ist hier auch angeklungen. Können wir uns das Sparen nicht ersparen, wenn wir gar kein eigenes Bundesland mehr sind? Ich sage, das ist völlig falsch! Hier ist, finde ich, auch ein gutes Beispiel für Bremerhaven, dass wir Möglichkeiten der Selbstverwaltung, der Selbstorganisation in einer Stadt haben, wo wir selbst etwas machen und organisieren können. Wären wir in einem größeren Bundesland, in welchem auch immer, würde uns das sozusagen vom Landtag diktiert werden, und wir hätten das einfach umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das sehen Sie im Augenblick in den umliegenden Gemeinden der Stadt Bremerhaven in Niedersachsen. Diese haben dieses neue Schulsystem, das sozusagen von oben aufdiktiert worden ist, einfach

(C)

(D)

(A) umzusetzen, ob es in die Landschaft passt oder nicht, das spielt dabei keine Rolle. Also, von daher setze ich mich auch stark dafür ein, versuche die Menschen bei uns zu überzeugen: Das Land Bremen bietet für Bremerhaven viele Chancen, die wir in einem großen Bundesland, in welchem auch immer, nicht so haben würden wie hier. Das heißt aber auch, dass Bremerhaven selbstverständlich auch die Verpflichtung hat, zur Konsolidierung des Landes seinen Beitrag zu leisten.

Wir werden das sehen. Wir haben vereinbart, über den innerbremischen Finanzausgleich soll neu verhandelt werden. Es gab einen Entwurf der Verwaltung. Herr Teiser hat darauf hingewiesen und hat gesagt, das sei mit ihm nicht zu machen. Wir haben diesen Entwurf auch abgelehnt. Wir müssen das neu miteinander bereden, und wenn Herr Teiser der Stadtkämmerer ist, ist es natürlich in erster Linie seine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir einen super Finanzausgleich für Bremerhaven herausholen.

(Beifall bei der SPD)

Das wird dann ja Ihre erste Bewährungsprobe sein, Herr Teiser! Da sind Sie ja dann auf der anderen Seite.

(B) Vielleicht noch eine Bemerkung zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Teiser! Eigentlich bin ich es langsam leid – nun müssen Sie das vielleicht immer öffentlich erklären –, dass Sie immer, bevor wir sozusagen überhaupt über weitere Vereinbarungen nach dem September dieses Jahres nachdenken, schon immer für die CDU erklären, was mit der CDU alles nicht in Frage kommt.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Sehr schlicht!)

Wir machen doch eine Koalitionsvereinbarung. Wenn wir beide dann in der Lage sein sollten, daran mitzuwirken, dann wollen wir doch da hineinschreiben, was wir machen wollen, und nicht, was die SPD und die CDU sagen, was wir alles nicht machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Von daher, das war im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen ja auch schon hier in Bremen, bin ich es eigentlich leid. Lassen Sie das sein, Herr Teiser! Lassen Sie uns die Legislaturperiode in Bremerhaven vernünftig zu Ende bringen! Ich denke, das bekommen wir hin. Dann sehen wir einmal, wenn dann das Wahlergebnis auf dem Tisch liegt, ob wir das vier Jahre gemeinsam als Sozialdemokraten und CDU weitermachen oder ob irgendjemand anders das dann mit irgendjemand anderem machen muss.

Zum Schluss, ich bin dann auch fertig, möchte ich eine Bemerkung zu Ihnen machen, Frau Hoch, das kann ich mir nicht verkneifen. Das nervt mich auch

manchmal an Bremerhaven. Ihre Einlassung habe ich so empfunden, Sie jammern, klagen und nörgeln. Ich habe daran nichts Positives empfunden. Das nervt! Ich habe das erlebt, auch in den letzten Jahren, nachdem ich auch hier in Bremen wieder etwas aktiver geworden bin, dass es viele Bremer nervt, dass wir immer nur jammern und klagen. Aber ich sage Ihnen das, auch mich als Bremerhavener nervt das in Bremerhaven, jetzt nicht nur von Ihnen, sondern allgemein.

(Beifall bei der SPD)

Es nervt mich, dass viel zu viele Bremerhavener das viel zu negativ sehen. Wir haben riesige Probleme in der Stadt, aber da müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen, dass wir uns nicht hinstellen und nörgeln und sagen, es ist alles so schlecht, und ich weiß auch nicht, und wir werden so schlecht behandelt von den Bremern und aus Berlin. Eigentlich haben wir auch gar keine Freunde und können auch zu Hause bleiben.

Wir müssen da eine andere Strategie fahren. Ich habe mich in den letzten Wochen ein paar Mal an meinen Vater erinnert. Ich muss ja jetzt oft zwischen Bremen und Bremerhaven hin- und herfahren, und da ich die Strecke schon ziemlich gut kenne, kann ich dann auch viel darüber nachdenken und trotzdem auf den Verkehr achten. Ich bin ja kein richtiger Bremerhavener. Ich komme ja oben von der Küste, hoch im Norden hinter den Deichen bin ich geboren. Mein Vater ist nach dem Krieg, er muss so ungefähr 20 Jahre alt gewesen sein, entweder zu Fuß gegangen oder mit dem Fahrrad zur Seebeck-Werft gefahren, weil er dort gelernt hatte. Er ist da nicht allein hingefahren, sondern die anderen Arbeiter, die dort in Mulsum, Misselwarden, Padingbüttel, Dorum, Wremen gewohnt haben, haben das alle gemeinsam gemacht, morgens früh los, und haben angefangen, die Werft aufzuräumen. Sie haben viel mehr Probleme gehabt als die Probleme, die wir im Augenblick haben, obwohl ich die nicht herunterreden will, aber die haben eine bestimmte Tatkraft und einen bestimmten Optimismus gehabt und haben die Dinge angepackt.

Das wünsche ich mir manchmal insbesondere bei uns in Bremerhaven. Wir haben eine Reihe von Menschen, die auch anpacken wollen, die müssen wir stärker zusammenführen. Wir müssen da vorangehen. Ich wünsche mir, dass die Bremerhavener wieder diese Tatkraft, die die Menschen damals, unsere Väter, unsere Großväter, aber auch die Mütter und Großmütter, gehabt haben, mehr entwickeln. Diese Tatkraft, die die Menschen damals gehabt haben, brauchen wir ein bisschen stärker in Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage einmal als Beispiel, wir müssen da ein Stück vorangehen, das kennen Sie doch, der Sturm

(C)

(D)

(A) bläst doch auch ab und zu einmal von vorn, dann nicht zu Hause bleiben, dann müssen wir hinaus, und wir wissen doch, wie das geht. Dann können wir auf den Deich gehen, müssen uns ein bisschen nach vorn beugen, und dann marschieren wir möglichst gemeinsam los. Wenn wir solch eine Mentalität wieder ein bisschen mehr nach Bremerhaven bekommen, dann schaffen wir das, unsere Probleme in den nächsten Jahren auch zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht jammern als Bremerhavener, aber gleichwohl darf man als Bremerhavener auf bestimmte Defizite und markante Minuspunkte in der Koalitionsvereinbarung hinweisen, und das möchte ich an dieser Stelle tun.

(Abg. Frau **Wiedemeyer** [SPD]: Viel konstruktiver wäre es, etwas Positives dazu zu sagen!)

(B) Wenn ich mir die Koalitionsvereinbarung ansehe und auch die Regierungserklärung anhöre, dann muss ich als erstes feststellen, dass zum Thema Gebiets-  
hoheit der Hafengebiete nichts gesagt wird. Es soll also so bleiben, wie es derzeit ist. Das Übersee-  
hafengebiet in Bremerhaven soll weiterhin stadtbremisch bleiben. Dies ist für Bremerhaven natürlich demütigend. Es setzt sich die koloniale Struktur in unserem Bundesland fort, eine Struktur übrigens, die auf Nazi-Unrecht zurückgeht. Wenn Sie sich das nämlich einmal historisch ansehen, dann werden Sie genau auf 1938 stoßen, das ist die große Zeit von Adolf. Da werden Sie sich dann wundern, was damals geregelt wurde im Zusammenhang mit der Stadtgründung Wesermünde.

Die FDP verlangt seit Jahren, dass dieser Zustand beendet wird. Die Gebietshoheit über die Hafengebiete soll auf die jeweiligen Kommunen übergehen. Das Eigentum an den Flächen bleibt dort, wo es derzeit ist, oder geht auf das Land über, und die Hafenspolitik wird alleinige Angelegenheit des Landes. Eine klare Position, leider keine Mehrheitsmeinung in diesem Hause!

(Abg. **Manfred Oppermann** [SPD]:  
Ist auch gut so!)

Nein, das ist schlecht so, weil nämlich in Bremerhaven Vertreter einiger Parteien, die auch in der Regierung sind, so reden, aber die Bremer Kollegen dieser Vertreter dann anders reden. Das ist leider schlecht, das ist leider sehr schlecht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Ich würde mir wünschen, dass auch die großen Regierungsfaktionen hier zu einer einheitlichen Auffassung kämen, weil das nämlich ein Anachronismus ist, über den man immer wieder als Bremerhavener klagen muss.

Zum Trost aber, deswegen nicht nur jammern, ein kleines Zugeständnis in Richtung Bremerhaven soll allerdings kommen, wenn ich die Koalitionsvereinbarung richtig gelesen habe, nämlich im Zusammenhang mit der Neuordnung des innerbremischen Finanzausgleichs. Es sollen nämlich die im Bremerhavener Teil des stadtbremischen Überseehafengebietes aufkommenden Steuerzahlungen den originären Einnahmen Bremerhavens zugerechnet werden. Mit anderen Worten, es wird so getan, als wenn diese Flächen hoheitlich zu Bremerhaven gehörten. Dann frage ich mich aber, warum man solche komischen Eiertänze macht, warum man da nicht gleich die Hoheitsfrage generell löst. Dann wäre das andere Problem damit mitgelöst. Insofern ist hier eine Schwachstelle, über die man, denke ich, vielleicht noch einmal nachdenken sollte.

(D) Nichts gesagt wird auch zu dem Anachronismus, dass die Stadt Bremerhaven weiterhin fünf Prozent der Personalausgaben für Lehrer und Polizei tragen muss. Die Abschaffung dieser durch nichts zu begründenden Mitfinanzierung der Lehrer und Polizisten könnte die Finanzposition Bremerhavens deutlich verbessern. Nur noch einmal ein Zahlenhinweis, ich habe mir die Zahlen gestern geben lassen: Im Jahr 2002, die tatsächlichen Zahlen damals, betrug dieser Mitfinanzierungsanteil sieben Millionen Euro, umgerechnet gut 14 Millionen DM, und das jährlich, jedes Jahr! Wenn Sie das über eine Legislaturperiode kumulieren, sind Sie bei einem nennenswerten Betrag, über den man in Bremerhaven natürlich auch gut anders verfügen könnte.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass diese fünfprozentige Mitfinanzierung der Personalausgaben für Lehrer und Polizei durch Bremerhaven schon einmal abgeschafft war. Die jetzige Koalition hat diese für Bremerhaven positive Regelung leider vor Jahren wieder rückgängig gemacht, und die Begründung damals war die Angst Bremens, die Personalausgaben für Lehrer und Polizei einerseits voll zu tragen, andererseits aber an der Personalpolitik nicht beteiligt zu sein. Das scheint mir unbegründet zu sein, denn jede Stelle in diesem Bereich wird von der Landespolitik erst einmal freigegeben und kann in Bremerhaven erst danach besetzt werden. Insofern hat das Land Bremen natürlich stets den Finger darauf, was in diesem Bereich passiert.

Dann wäre es übrigens auch völlig müßig, über Landespolizei oder die Verstaatlichung der Lehrer zu reden. Dieses Thema löst in Bremerhaven nur Befindlichkeiten aus, und außerdem rührt das an historische Zusammenhänge, die mit der Gründung des Bundeslandes Bremen und mit dem Beitritt Bremerhavens zum Bundesland Bremen zusammenhängen.

(A) Da, denke ich, muss man eine besondere Sensibilität an den Tag legen, wenn man diese heißen Themen anfasst.

Ein weiterer Schwachpunkt, den ich sehe, ist, bei der Finanzierung der wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Investitionen soll an dem berühmt-berühmten 25-Prozent-Schlüssel festgehalten werden. Dieser Anteil ist angesichts der erheblich größeren wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Bremerhavens viel zu gering. Wenn der Auftrag der Landesverfassung, einheitliche Lebensverhältnisse im ganzen Bundesland herzustellen, ernst genommen würde, müsste dieser Schlüssel zumindest vorübergehend einen höheren Wert erreichen. Ohne besondere Fürsorge des Landes für Bremerhaven kommt die Stadt nämlich nicht aus ihren Problemen heraus, und ein Notstandsgebiet Bremerhaven kann auch nicht im Interesse des Landes liegen.

Herr Kastendiek, noch einmal eine Anmerkung zu Ihrem Thema, das gestern durch die Öffentlichkeit ging, nämlich die Bürgerschaft in Bremerhaven tagen zu lassen! Das ist sicherlich richtig, würde ich als Bremerhavener auch sehr begrüßen, nur, solche Gesten allein reichen eben nicht aus, um Bremerhaven auf die Füße zu helfen.

(B) Bei einigen für Bremerhaven bedeutsamen Projekten sind die Aussagen ebenfalls relativ dünn, insbesondere was den Finanzierungsteil anbetrifft. So sollen zum Beispiel bei der Erlebniswelt Auswanderung, die heute wieder in Bremerhaven eine große Rolle spielt, die Planungen fortgesetzt werden. Das ist kein Realisierungsbeschluss. Beim Eisstadion in Bremerhaven gibt es einen sehr zurückhaltend formulierten Prüfungsauftrag in der Koalitionsvereinbarung. Nicht nur in Bremerhaven soll also geprüft werden, sondern zusätzlich jetzt auch in Bremen. Dann frage ich mich natürlich, warum man den Punkt überhaupt aufrechterhält, warum man der Bremerhavener Öffentlichkeit nicht von vornherein sagt, wir wollen das nicht, Schluss aus, fertig ist die Laube. Das wäre ehrlich, das wäre eigentlich auch korrekt. Aber nein, man macht einen weiteren Prüfungsauftrag und schiebt das Thema weiter vor sich her.

Die Containerterminals sollen planmäßig ausgebaut werden. Das heißt, wenn ich das richtig verstehe, der Containerterminal III a soll fertig gestellt werden und CT IV nicht nur geplant, sondern auch tatsächlich gebaut werden. Das trotz der Planungen für einen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven! Das muss man sich tatsächlich einmal von der Finanzierungslast überlegen. Als Bremerhavener habe ich da große Probleme, ob das kleine Bundesland Bremen diesen Riesenbrocken wird stemmen können, sich einerseits CT IV baulich zu nähern, also das zu realisieren, und auf der anderen Seite dann die Planungen in Wilhelmshaven voranzutreiben. Das sind Riesenfinanzbrocken, und ich habe da große Zweifel, dass das alles gelingt.

Deswegen können wir als Bremerhavener nur ein hohes Interesse daran haben, dass die CT-IV-Planungen nicht nur Planungen bleiben, sondern dass sie auch in die Tat umgesetzt werden, und zwar so umgesetzt werden, dass diese Realisierung des CT IV noch vor der Realisierung des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven erfolgt, denn sonst kommen wir mit Sicherheit ins Hintertreffen, und dann entsteht für uns in Bremerhaven ein Riesenproblem.

Zum Bau des Containerterminals IV gehört natürlich die Weservertiefung und auch die Außenweservertiefung. Wir als FDP tragen dies mit, weil wir meinen, das hängt mit dem Hafen zusammen, ist dringend notwendig und muss passieren. Wir sehen auch, dass es da Probleme gibt für die Anlieger und dass im Hochwasserbereich und im Katastrophenschutz in diesem Bereich einige Überlegungen anzustellen sind, aber das lässt sich einfangen und abfangen im Rahmen der Vorüberlegungen und im Rahmen des Planungsgeschäftes. Deswegen denke ich, daran führt kein Weg vorbei, das zu machen.

Zum Hafen gehört auch eine vernünftige Verkehrsanbindung. Was der Senat zum Ausbau der Cherbourger Straße in Bremerhaven allerdings beschlossen hat, halte ich für absolut unzureichend. Die vom Senat empfohlene Variante, das heißt die schlichte Unterführung der Langener Landstraße in Bremerhaven, reicht bei weitem nicht aus. Sie wird die Verkehrsprobleme im Bereich der Cherbourger Straße, und das ist die Hauptverkehrsachse, die Anbindung vom Hafen hinüber zur Autobahn, in dem Bereich nicht beseitigen, ganz im Gegenteil, denn einige hundert Meter weiter – hinterher oder vorher – gibt es nämlich weitere ampelgesteuerte Kreuzungen, die eben nicht unterführt werden sollen. Das heißt also, selbst wenn ich die eine ampelgesteuerte Kreuzung unterführe, habe ich zwei weitere kurz davor oder kurz dahinter, und das löst letztendlich die Verkehrsprobleme an der Stelle nicht.

Die Koalition, die sich hinter den Senat stellt, ist aufgefordert, hier erheblich nachzubessern. Entweder nähern Sie sich doch noch der großen Tunnellösung an, das heißt der Untertunnelung der jetzigen Trasse der Cherbourger Straße in Bremerhaven von der Autobahnabfahrt bis zur Höhe der Sportplätze, oder der Senat wird beauftragt, zusammen mit Niedersachsen die in der Bremerhavener Öffentlichkeit und neuerdings auch in Niedersachsen diskutierte Nordumgehung der Stadt Bremerhaven zu planen und dabei dann weitere Fragen wie zum Beispiel die Idee der Küstenautobahn, die eine große Rolle spielt und auch im Bremerhavener Interesse ist, mit Anbindung an den neuen Wesertunnel zu überlegen sowie weitere Probleme, die in dem Zusammenhang entstehen. Ich denke da an die Ausweisung von Gewerbeflächen am Rande der Stadt.

In jedem Fall muss die Realisierung der Straßenausbauplanung im Gleichschritt mit der Bauplanung

(C)

(D)

- (A) des Containerterminals erfolgen. Beide Planungen stehen im Zusammenhang und müssen entsprechend vorangetrieben werden.

(Glocke)

Viele andere Punkte, die in dem Papier der Koalitionsvereinbarung enthalten sind, können wir grundsätzlich mittragen. Im Detail mag es vielleicht hier und da einzelne Diskussionspunkte geben und möglicherweise einige Kritikpunkte, aber ich denke, dass da vieles von uns mitgetragen wird, auch natürlich die Planungen im Innenstadtbereich, im Alten-/Neuen-Hafen-Bereich samt Klimahaus und eingebunden an der Stelle auch die Erlebniswelt Auswanderung. Das sind alles Punkte, die wir so mittragen können, wobei wir bei den Infrastrukturmaßnahmen Klimahaus und Auswanderermuseum nicht davon ausgehen, dass das letztendlich in Trägerschaft der öffentlichen Hand getragen und geführt wird –

(Glocke)

- (B) ich komme zum Schluss –, sondern dass das natürlich in den Pachtverträgen und Betreiberverträgen dann so geregelt wird, dass es betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten standhalten kann, das heißt, dass an die Stelle der öffentlichen Hand dann im Wesentlichen private Betreiber und Pächter treten. Damit möchte ich meine Anmerkungen schließen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass Bremerhaven nicht viel Gutes aus Ihrer Koalitionsvereinbarung und Ihrem Koalitionsvertrag zu erwarten hat, habe ich in meiner vorherigen Rede schon deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber einiges möchte ich noch hinzufügen dürfen: Tatsache ist, dass die meisten Bremerhavener Bürger, wie ich meine, auch zu Recht, sich von der Bremer Landesregierung finanziell und wirtschaftspolitisch überdimensional benachteiligt fühlen. Gelinde ausgedrückt, sie fühlen sich von den Bremern übers Ohr gehauen, insbesondere der Mittelstand und der Einzelhandel.

Meine Damen und Herren, da hilft es auch nicht, dass die Stadt Bremerhaven jetzt seit zirka 20 Jahren in dieser Legislaturperiode mit zwei Senatoren vertreten ist. Ebenso wenig hilft es den Bremerhavener Bürgern, wenn nun nach über 20 Jahren Sie auf einmal auf diese glorreiche Idee kommen, eine Landtagssitzung in Bremerhaven abhalten zu wollen. Was unsere Stadt Bremerhaven, was die Bürger Bremerhavens dringend brauchen, ist ein deutliches

politisches Zeichen und Signal aus Bremen für eine effektive und spürbare finanzielle und wirtschaftliche, zukunftsorientierende Aufbruchstimmung in Bremerhaven, für Bremerhaven durch das Land Bremen, zum Beispiel politische Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes, zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Bremerhaven und vieles mehr. Hier haben Sie jahrzehntelang versagt. Das sind die Probleme, die unsere Bevölkerung in Bremerhaven interessieren, und nicht, ob wir in Bremerhaven einmal eine Landtagssitzung abhalten können oder wollen.

Meine Damen und Herren, es ist zwar schön, dass Sie aus Solidarität eine Sitzung in Bremerhaven abhalten wollen, dies löst aber nicht die großen wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen und Probleme der Bremerhavener Bevölkerung, in keiner Weise! Die können Sie nur durch politisch effektive, spürbare Maßnahmen erreichen und umsetzen und sonst gar nichts. Diese sehe ich bei Ihrer Politik überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. Tatsache ist doch, dass bei Ihnen in Ihrem Koalitionsvertrag Bremerhavener Themen nur auf dem Prüfstand stehen und dies im Endeffekt, im Kernbereich nur unverbindliche, nichtsagende Aussagen sind.

Meine Damen und Herren, eines kann ich Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion schon jetzt versprechen: Die großen schaumschlägerischen Diskussionen und leeren Versprechungen von der großen Koalition als Bekenntnis für Bremerhaven werde ich in der laufenden Legislaturperiode verstärkt aufgreifen und von Ihnen abfordern und einfordern. Ich werde diese Forderungen, die für Bremerhaven allesamt lebensnotwendig sind, im Sinne, im Interesse und zum Wohle der Bremerhavener Bevölkerung namens der Deutschen Volksunion in der neuen Legislaturperiode lauthals einfordern, das können Sie mir glauben. Dessen können Sie sich zu 100 Prozent sicher sein! Ihre schaumschlägerische Regierungserklärung ist eine inhaltslose Absichtserklärung gegenüber der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung. Das hat die Stadt Bremerhaven nicht verdient, das haben die Bremerhavener Bürger nicht verdient, und dafür sollten Sie sich zutiefst schämen.

Eines noch zum Schluss, das habe ich hier in der Bürgerschaft schon öfter deutlich gemacht: Die Deutsche Volksunion kämpft mit den Bürgerinnen und Bürgern Hand in Hand, Seite an Seite gegen eine in Planung stehende Tunnellösung in Bremerhaven-Leherheide. Das werden wir auf keinen Fall zulassen. – Ich bedanke mich!

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

(C)

(D)

**(A) Wahl und Vereidigung eines weiteren Mitglieds des Senats nach Artikel 107 der Landesverfassung**

Mitteilung des Senats vom 4. Juli 2003  
(Drucksache 16/14)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Wahl eines weiteren Mitglieds des Senats hat der Senat Frau Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Die weiteren Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 3 der Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Da es interfraktionell vereinbart wurde, erfolgt die Abstimmung gemäß Absatz 4 in Wahlkabinen.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgende Anmerkungen machen: Sie haben gemäß Paragraph 58 Absatz 6 der Geschäftsordnung die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig.

**(B)** Wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen Catrin Hannken und Marlies Marken, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal, ob alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben. – Das ist der Fall.

Damit ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 15.14 Uhr)

\*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 15.20 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

**(C)**

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen vorgelegt wurde. Ausgegebene Stimmzettel: 77, abgegebene Stimmen: 77. Auf Frau Dr. Kerstin Kießler entfielen 55 Jastimmen, 21 Neinstimmen und eine Enthaltung, ungültige Stimmen keine.

Damit ist Frau Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung in den Senat gewählt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Dr. Kießler, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben in den Senat gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Staatsrätin D r . K i e ß l e r : Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident!)

Ich stelle fest, Sie haben die Wahl in den Senat angenommen.

Wir kommen zur Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich!“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!“ den Eid zu leisten.

**(D)**

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Frau Dr. Kießler, ich bitte Sie jetzt, den Eid zu leisten!

(Staatsrätin D r . K i e ß l e r : Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit!

(Beifall – Staatsrätin D r . K i e ß l e r : Herzlichen Dank!)

Meine Damen und Herren, dem von uns heute gewählten und soeben vereidigten weiteren Mitglied des Senats, Frau Dr. Kerstin Kießler, spreche ich die Glückwünsche der Bremischen Bürgerschaft aus.

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 15.23 Uhr)

\*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 15.26 Uhr.

(A) **Präsident Weber:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Wir fahren fort in der Tagesordnung.

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegt eine frist- und formgerecht eingebrachte Anfrage vor.

Die Anfrage trägt die Überschrift „**Kommunalaufsichtsbeschwerde wegen der Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Wedler.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich frage den Senat:

Erstens: Seit wann liegt dem Senat als Kommunalaufsichtsbehörde über die Seestadt Bremerhaven eine Kommunalaufsichtsbeschwerde zur Wahl von Herrn Michael Teiser zum hauptamtlichen Mitglied des Magistrats als Bürgermeister vor?

Zweitens: Wie gedenkt der Senat sich zu den in der Beschwerde aufgeworfenen Ersuchen inhaltlich zu äußern?

(B) **Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Röwekamp.

**Senator Röwekamp:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Dem Senat liegt ein von Herrn Rechtsanwalt Adamietz aus Bremen verfasstes Schreiben vom 12. Mai 2003 vor, mit dem er im Namen des Kreisverbandes Bremerhaven der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Bremen, den Senat ersucht, den am 27. März 2003 erfolgten Wahlakt der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens für Herrn Michael Teiser zum hauptamtlichen Mitglied des Magistrats mit dem Status eines Bürgermeisters zu überprüfen und zu beanstanden. Dieses Schreiben ist beim Präsidenten des Senats am 12. Mai 2003 eingegangen.

Zu zwei: Der Senat hat in dem oben angegebenen Schreiben keinen substantiellen Inhalt erkennen können, der ein Eingreifen erforderlich macht. Er sieht keinen Anlass, gegenüber den beteiligten Organen Bremerhavens im Wege der Kommunalaufsicht einzugreifen. Der Präsident des Senats hat dies dem Rechtsanwalt Adamietz in einem Schreiben vom 1. Juli 2003 mitgeteilt.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Ich habe eine Zusatzfrage. Nachdem der Senat als Kommunalaufsichtsbehörde offenbar keinen Anlass sieht, den Vorgang, den übrigens der Kreisverband Bremerhaven hier zur Bürgermeisterwahl betrieben hat, zu beanstanden, ergibt sich für mich die Frage, was eigentlich die Position eines hauptamtlichen Magistratsmitglieds in Bremerhaven von der Position eines normalen, vielleicht sogar hervorgehobenen Verwaltungsmitarbeiters unterscheidet. (C)

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Röwekamp:** Meiner Auffassung nach nichts, Herr Wedler! Sie selbst sind ja, bevor Sie in die außerparlamentarische Opposition gegangen sind und sich in Bremerhaven immer noch befinden, viele Jahre Stadtverordneter gewesen und kennen die Stadtverfassung sicherlich genauso gut wie ich.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Noch eine Zusatzfrage! Wie erklärt der Senat als Kommunalaufsichtsbehörde eigentlich die Tatsache, dass die Stellenausschreibung für den hauptamtlichen Bürgermeister in Bremerhaven ebenso wie die beiden vorangegangenen Stellenausschreibungen für den hauptamtlichen Magistrat mit einer ungewöhnlich kurzen Bewerbungsfrist von zwei Wochen versehen war, während es bei der Stellenausschreibung für normale Dienstposten in der Verwaltung Bewerbungsfristen von drei Wochen und länger gibt? (D)

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Röwekamp:** Herr Abgeordneter, wir haben den Vorgang im Wege der Kommunalaufsicht umfangreich rechtlich überprüft, und auch die Frage der Bewerbungsfrist von zwei Wochen ist einer rechtlichen Überprüfung durch die Kommunalaufsicht zugeführt worden. Auch das ist nicht zu beanstanden.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Wedler** (FDP): Ist der Senat eigentlich der Auffassung, dass kurze Bewerbungsfristen und parteipolitische Hinweise in einer noch dazu nicht richtig platzierten Stellenausschreibung dazu führen, dass die bestmögliche Bewerberschar erreicht wird?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Röwekamp:** Herr Abgeordneter, ob, wie, in welchem Umfang wo und was ausgeschrieben wird, obliegt nicht dem Senat und nicht der Kom-

(A) munalaufsichtsbehörde, sondern der Stadt Bremerhaven. Ich würde Ihnen persönlich jedoch den Hinweis geben, statt mit solchen Fragestellungen, offensichtlich unbegründeter Anrufung einer Kommunalaufsichtsbehörde lieber den politischen Meinungsstreit in Bremerhaven zu führen, vielleicht führt der dazu, dass Sie ein bisschen mehr Profil gewinnen können.

(Unruhe)

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Wedler** (FDP): Noch eine letzte Zusatzfrage! Was unterscheidet eigentlich das Bewerbungs- und Auswahlverfahren für einen hauptamtlichen Bürgermeister in Bremerhaven von einer politischen Farce beziehungsweise Posse?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Röwekamp:** Wenn es eine Frage sein soll, weise ich noch einmal darauf hin, dass die Frage, ob, wie, wo und mit welchem Inhalt ausgeschrieben wird, ausschließlich die Organisationshoheit der Stadt Bremerhaven betrifft. Es gibt, ich betone das nochmals, an der Auswahlentscheidung des Magistrats der Stadt Bremerhaven und an der Widerspruchsentscheidung des Magistrats der Stadt Bremerhaven rechtlich in keiner Hinsicht etwas auszusetzen.

(B)

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

#### Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **Wedler** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen Abg. **Tittmann** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **Wedler** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. **Tittmann** [DVU])

(D)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

#### Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **Wedler** [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. **Tittmann** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

**(A) Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

**(B) Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten**

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Sport**

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

**Stationäre Altenhilfe verbessern**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 20. Juni 2003  
(Drucksache 16/3)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für viele alte Menschen führt der Weg irgendwann einmal in ein Alten- oder Pflegeheim. Wenn alte Menschen etwa zu Demenzkranken werden oder Diabetes haben, sind sie sehr oft schlecht versorgt. In vielen Fällen sind Pflegebedürftige Opfer unerträglicher Rahmenbedingungen, die auf das Konto der hiesigen politischen Entscheidungsträger der Altparteien gehen.

Meine Damen und Herren, auch in Bremen hat sich die Situation der stationären Altenhilfe dramatisch verschlechtert. Dringend erforderliches Geld für soziale Leistungen steht nicht mehr zur Verfügung. Die Altenpflegeeinrichtungen sollen bei gleichbleibenden oder sogar sinkenden Einnahmen, aber steigenden Kosten fachlich und menschlich einwandfreie Arbeit leisten. Dass dies nicht funktionieren kann, dürfte sogar Ihnen klar sein.

Meine Damen und Herren, dass sich die rund 18 000 in der Pflege Beschäftigten von politisch Verantwortlichen im Stich gelassen fühlen, ist eine erschreckende Tatsache, die selbst Sie nicht leugnen können. Mehr als 90 Prozent der stationär betreuten alten Menschen sind stark pflegebedürftig. Angesichts dieser Tatsachen klagen Bedienstete, es gebe inzwischen einen erheblichen Pflegenotstand, weshalb sich die Rahmenbedingungen schnellstens ändern müssten. Gefordert wird, dass sich die Landespolitik endlich der Pflegebedürftigen und der Pfleger verantwortungsbewusst annimmt.

(C)

(D)

(A) Dringend erforderlich seien vor allem auch Verbesserungen bei der Ausbildung zum Altenpfleger. Bislang lernten zumeist ältere Umschüler den vom Arbeitsamt bezahlten Beruf. Mit dem so genannten Hartz-Konzept stehe aber diese Finanzierung vor dem Aus. Das geht selbstverständlich zu Lasten der Bedürftigen und wird weitere unverantwortliche Abstriche bei der Betreuung nach sich ziehen. Es ist eine Schande, dass trotz Pflegeversicherung, verbunden mit ständig höheren Belastungen für die Pflegeversicherten, zu Lasten der pflegebedürftigen alten und kranken Menschen rücksichtslos der Rotstift angesetzt wird.

Meine Damen und Herren, nach dem Willen der rotgrünen Bundesregierung sollen durch Erhöhung der Tabaksteuer ab 2004 zusätzliche Milliarden Euro in die Krankenkassen fließen. Die stationäre Altenhilfe jedoch geht leer aus. Was kümmert bestversorgte Politbonzen das traurige Los derer, die als Abgeschobene unter zum Teil unwürdigsten Bedingungen in den Pflegeheimen dahinvegetieren müssen? Gegen diese zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit müsste der Bremer Senat im Bundesrat die Initiative ergreifen. Wenn er schon in Bremen nichts tut und sich nur auf leere Kassen beruft, wäre es dringend erforderlich.

(B) Bremens Regierende sollten sich aber auch ein Beispiel an Hamburg nehmen. Dort sollen nämlich nach einem Beschluss des Senats künftig Pflegekasernen noch zusätzlich jeweils 250 000 Euro jährlich für Demenzzranke und andere pflegebedürftige Menschen zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, im Übrigen, wenn politisch Verantwortliche ständig über ein zunehmendes Defizit bei den Sozialkassen jammern, dann verschweigen sie gleichzeitig die wahre Ursache dieses Defizits. Am Beispiel der Krankenkassen wird besonders deutlich, es sind nämlich nicht diejenigen für dieses Defizit verantwortlich, die in die Pflichtkassen treu und brav einzahlen, nein, für dieses Defizit sind vorrangig diejenigen verantwortlich, die auf Kosten der Solidargemeinschaft der Versicherten beitragsfrei die Kassen unsäglich belasten, während auf Kosten bedürftiger Deutscher, die ihr ganzes Leben wirklich schwer und hart gearbeitet haben, Deutschland nach dem Krieg erst wieder aufgebaut haben und heute als alte Menschen auf unsere Fürsorge in Heimen dringend angewiesen sind, viele Sozialleistungen rücksichtslos zusammengestrichen werden sollen. Es soll sogar das bisschen Sterbegeld auch noch abgeschafft werden.

Eine solch große Schweinerei auf Kosten und zu Lasten unserer alten Menschen macht die Deutsche Volkunion niemals mit. Unsere alten Menschen müssen unerträgliche Einsparungen hinnehmen und schmerzlich ertragen. Auf der anderen Seite werden viele Ausländer geradezu mit Geld überhäuft und überschüttet.

(C) Meine Damen und Herren, das zeigt vor allem eine Wahnsinnsregelung bei der Krankenversicherung. In Deutschland lebende Krankenversicherte zum Beispiel aus dem Balkan oder der Türkei haben ihre in den jeweiligen Ländern lebenden Eltern automatisch in der deutschen Krankenkasse mitversichert. Diese Mitversicherung deckt sowohl die ambulante als auch die stationäre ärztliche Versorgung der Eltern des hier lebenden versicherten Ausländers ab. Es gibt keine Begrenzung der Leistung.

Deutsche Krankenversicherte können ihre Eltern nicht mitversichern. Unsere Eltern müssen eigene Krankenversicherungen vorweisen, und es ist selbstverständlich davon auszugehen, dass weitere Milliardenbeträge aus den deutschen Sozialbeziehungsweise Krankenkassen in die Türkei, den Balkan und andere Länder gepumpt werden, denn das Bundesgesundheitsministerium will diese Ungleichbehandlung zu Lasten Deutscher und zugunsten von Ausländern unbedingt beibehalten und damit die deutschen Sozialsysteme weiter in unverantwortlicher Art und Weise belasten.

(D) Meine Damen und Herren, die statistischen Jahrbücher weisen aus, dass im Jahr 1989 256 000 deutsche Staatsangehörige und 270 000 Ausländer und im Jahr 1993 250 000 deutsche Staatsangehörige und 577 000 Ausländer uneingeschränkt Krankenhilfe aus den Solidarkassen außer den sonstigen Sozialhilfeleistungen erhielten. Das heißt, während innerhalb der vier Jahre die Zahl der deutschen Leistungsbezieher abnahm, stieg die Zahl der ausländischen Leistungsbezieher um mehr als das Doppelte. Heute wird die Millionenzahl Anspruchsberechtigter bereits weit überschritten. Es überrascht deshalb nicht, wenn die Zahlen seit 1994 nicht mehr veröffentlicht werden, und es spricht Bände, dass es kein Politiker der Altparteien wagt, der Geldverschleuderung an Ausländer entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Möglichkeit, im Sinne des Antrags der Deutschen Volkunion ein Zeichen für mehr soziale Gerechtigkeit für bedürftige Deutsche zu setzen. Zeigen Sie Verantwortungsbewusstsein, und fordern Sie vom Senat wirksame, effektive Maßnahmen zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für stationäre Altenhilfe! Nicht Herzlosigkeit und Gefühlskälte haben unsere pflegebedürftigen Menschen verdient, sondern Fürsorge, Achtung, Würde, Dankbarkeit, Respekt und Geborgenheit. Dafür kämpft die Deutsche Volkunion! – Ich danke Ihnen!

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, einige Argumente, die -----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) wir gerade gehört haben, sind mehr als flüssig, nämlich überflüssig.

(Beifall bei der SPD – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Aber sie sind wahr!)

Das Thema wurde so verfehlt. Es geht hier nicht um Ausländer, sondern dem Antrag zufolge um die Pflege im Lande Bremen, wie die stationäre Pflege in der Zukunft durchgeführt wird. Das Thema wurde in der Vergangenheit hier im Hause schon des Öfteren von den demokratischen Parteien diskutiert, und sie arbeiten auch längst aktiv daran. Wenn man nämlich die Koalitionsverhandlungen sieht,

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Wie lange wollen Sie denn noch daran arbeiten? Wie lange?)

da ist es mit ein Schwerpunkt, dass wir die Rahmenbedingungen der stationären Pflege und der Versorgung sicherstellen wollen.

Dies geschieht weiter, indem in den Koalitionsverhandlungen auch festgelegt wird, dass die Investitionskosten durch das Land abgesichert werden. Wir werden auch weiterhin Investmittel bereitstellen, denn für uns hat ein Einwohnerplus auch etwas damit zu tun, dass wir ältere Menschen in unserer Stadt halten oder auch ältere Menschen in unsere Stadt bekommen. Wir arbeiten inzwischen an einem geschlossenen integrativen Seniorenmarketingkonzept, welches Angebot und Nachfrage in unserer Stadt in Übereinstimmung bringen soll.

(B) Meine Damen und Herren, besonders spreche ich hier noch einmal zu meinem Vorredner, um allerdings die Einwohner in unserer Stadt zu halten und neue zu gewinnen, können wir nicht ständig Negatives sagen, und wir können nicht dauernd jammern, sondern wir müssen aktiv an der Qualität unserer Pflegebetreuung arbeiten. Hier sehe ich verschiedene Maßnahmen, die wir im Haus schon beschlossen haben. Es gibt auch jetzt ab 1. August, was vorhin in der Rede falsch dargestellt wurde, eine neue Ausbildungsordnung für die Pflegeausbildung. Da bin ich froh, dass wir das endlich erreicht haben, denn ein modernes Berufsbild mit einem klaren Profil macht diesen Beruf attraktiver.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings muss daneben die gesellschaftliche Anerkennung mittels materieller und ideeller Unterstützung aufgebaut werden. Was wir auf Bundesebene brauchen: Wir brauchen eine Novellierung des Heimgesetzes und damit endlich bundesweite Qualitätsstandards. Hiermit wäre die Möglichkeit einer Zertifizierung und der Transparenz gegeben. Ich hoffe aber, dass im Rahmen der Diskussion, die wir jetzt im Herbst zur Pflegeversicherung haben, diese Neu-

ordnung wieder auf der Tagesordnung steht. In Bremen selbst, das weiß ich, haben wir ein Qualitätssicherungssystem, das aber eben nicht auf Bundesebene vergleichbar ist. Ich denke, hier wird es im Herbst eine neue Diskussion geben, und ich bin überzeugt, dass wir dann ein Qualitätssicherungssystem bekommen, bei dem wir bundesweite Vergleiche ziehen können.

In Bremen selbst haben wir auch die Pflegeheime durch unsere Aktivitäten hinsichtlich Palliativstationen und Hospizen weiter entlastet. Ich denke auch, dass es wichtig ist, dass wir bei der Zugänglichkeit, der Qualität und der langfristigen Finanzierbarkeit der Pflege in den Stadtteilen mehr gemeinwesenorientierte Versorgungsnetze aufbauen, denn wenn wir ein stationäres Angebot, wie wir es jetzt haben, weiter fortschreiben, wird es für uns nicht finanzierbar sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es muss ein Netzwerk zwischen ambulanten Pflegediensten, Ärzten, Krankenhäusern und so weiter geben, in dem auch die Bürger beteiligt sind. Ich glaube, das ist der beste Weg, die Qualität zu heben. Ich sehe hier nur Beispiele in Dänemark, da kann man durchaus feststellen, dass das Versorgungssystem dort auf einem hohen Niveau durchgeführt wird. Wie gesagt, wir sollen die Menschen möglichst lange in ihren eigenen Wohnungen lassen. Das heißt, wir müssen die ganze Bau- und Versorgungspolitik, wie wir das schon vor der Wahl besprochen haben, auf den Pflegebereich ausrichten, damit eben die Zielgruppe in unseren Stadtteilen bleibt und wir auch neue Einwohner hinzugewinnen.

Ein weiteres Problem möchte ich auch noch ansprechen, das in der Diskussion immer wieder auftaucht, das ist die Schnittstelle Krankenhaus/Pflege! Wir müssen dazu kommen, dass, wenn ein Patient ins Krankenhaus kommt, dort schon beim Eintreffen die Nachsorge organisiert wird. Es gibt in unseren Krankenhäusern bereits Sozialdienste, die das machen. Sobald ein Patient kommt, wird auch die nachsorgende Pflege organisiert, das heißt, es ist alles in einer Hand. Ich denke, das ist die Zukunft, und hier sollten wir weitermachen.

Es ist auch häufiger der Fall, dass ein Patient gar nicht weiß, welche Eigenleistungen er bringen muss, welche Kassenleistungen ihm zustehen. Ich glaube, das sind die Aufgaben, die so ein integriertes System im Krankenhaus erfüllen muss, damit der Patient keine Überraschungen erlebt. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, dass eben Behandlungspflege, pflegerische Leistungen und Rehabilitation in eine Hand gehören. Ich bin auch ein Befürworter, dass dies alles möglichst aus einem Versicherungssystem bezahlt wird und die Leute keine Überraschungen erleben.

Meine Damen und Herren, für uns demokratischen Parteien hier im Haus ist Pflege ein Ausdruck

(C)

(D)

- (A) für Achtung, Respekt und Generationssolidarität. Für mich gehört zur Qualität auch Mitmenschlichkeit, die wir den Senioren in ihrer Phase mitgeben können. In diesem Sinne fordere ich Sie auf: Gehen Sie auch einmal im Rahmen Ihrer Bürgersprechstunde in Pflegeheime! Ich habe das im Wahlkampf auch öfter erlebt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Instrument, um die Qualität dort auch zu erhöhen, wenn wir die Heime öffnen, wenn wir dort hingehen und uns erkundigen, wie es den Leuten geht. Ich glaube, in dem Bereich ist noch einiges zu tun, und es ist weitaus wichtiger, als wenn wir hier große populistische Reden halten und dann nichts mehr passiert. Deswegen empfehle ich, dass wir diesen Antrag ablehnen und weiter an unsere Arbeit gehen und den Pflegebereich in Bremen erhöhen und verbessern. – In diesem Sinne vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Brumma, Sie sollten sich einmal merken, und das kommt bei Ihrer Rede ganz deutlich zum Ausdruck: Nicht jeder, der nichts zu sagen hat, sollte sich auch zu Wort melden!

- (B) Meine Damen und Herren, Ihre Herzlosigkeit gegenüber pflegebedürftigen alten Menschen überrascht mich nicht, ist diese beschämende Sichtweise, wie sie hier in den Ausführungen gegen den DVU-Antrag zum Ausdruck kam, doch Spiegelbild der asozialen Politik Regierender.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, Ihnen ist es offenbar egal, ob Demenzkranke in Heimen verkümmern und im wahrsten Sinne des Wortes dahinvegetieren. Sie sollten jedoch in Ihrer Überheblichkeit und Ihrer Arroganz nicht vergessen, dass auch Sie irgendwann einmal als Pflegebedürftige auf Betreuung im Altenheim angewiesen sein könnten. Unter den Gegebenheiten einer Politik, wie sie nun von Rotgrün in Berlin und Rotschwarz in Bremen betrieben wird, wären dann vielleicht auch Leute aus Ihren etablierten Kreisen arm dran.

Herr Brumma, nun will ich Ihnen einmal erzählen, wie man das finanzieren könnte: Deutschland zahlt für völkerrechtswidrige Angriffskriege der USA Milliarden Euro, hat aber kein Geld für unsere Altenhilfe. Deutschland liefert kostenlos Kriegsgeräte, zum Beispiel nach Israel und so weiter, in Milliardenhöhe, hat aber kein Geld für unsere Altenhilfe. Deutschland betreibt eine – –.

(Glocke)

- Präsident Weber:** Herr Abgeordneter Tittmann, Sie haben schon in Ihrem ersten Redebeitrag nicht zu Ihrem Antrag gesprochen, sondern Sie haben eine üble Hetze betrieben. Bei Ihrem zweiten Beitrag sprechen Sie wieder nicht zu Ihrem Antrag. Ich bitte, Ihre Ausführungen konkret an Ihrem Antrag zu orientieren!

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, ich sage doch nur, wie man das finanzieren kann! Das muss doch gestattet sein!

**Präsident Weber:** Das tun Sie nicht!

Abg. **Tittmann** (DVU): Meine Damen und Herren, Sie machen Deutschland zum Sozialamt für die ganze Welt und haben kein Geld für unsere Altenhilfe. Das, was Sie da ausgeführt haben, ist eine Beweihräucherung Ihrer verfehlten Politik. Diese Vorgehensweise gegenüber unseren älteren Menschen kann ich nur als beschämend bezeichnen. Sie sollten sich schämen!

(Zuruf von der SPD: Sie sollten einmal in den Spiegel sehen!)

Ich brauche mich nicht zu schämen! Ich frage Sie: Wie lange wollen Sie noch diskutieren über Altenpflegehilfe und nichts Effektives zustande bringen? Das ist Ihre Politik der Unfähigkeit. – Ich bedanke mich!

(D)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Moratorium beim Ausbau der Stadthalle**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 1. Juli 2003  
(Drucksache 16/4)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Perschau.

(A) Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag zur Stadthalle aus zwei ganz entscheidenden Gründen gestellt. Der erste Grund ist die Frage der Architektur dieser Halle, und der zweite Grund ist die Frage der Wirtschaftlichkeit.

Man muss unsere Stadthalle nicht mögen, das sage ich vorweg. Das hat aber nichts damit zu tun, dass die Stadthalle eine Architektur aus den sechziger Jahren hat, die schützenswert ist. Was diese Halle auszeichnet, ist, dass sie statische Lösungsprobleme sichtbar macht. Genau darum geht es bei der Änderung, und diese kappt die Statik, setzt Pfosten darunter und macht die eigentlichen, nach außen gehenden Träger zur Farce. Im Grunde genommen könnte man sie dann auch aus Pappmaché da anhängen, sie haben dann nämlich überhaupt keine Funktion mehr. Im Gegenteil, das macht den Umbau eher teurer, weil man die Dinger so befestigen muss, dass das Ganze hält.

(Vizepräsidentin **Dr. Trüpel** übernimmt den Vorsitz.)

(B) Ein Nachteil dieser Architektur liegt nämlich genau darin, dass Sie die Sicht in der Halle selbst nicht verbessern. Sie schaffen sozusagen mehr Plätze, auf denen schlechter geschaut werden kann. Das scheint in Bremen irgendwie System zu sein. Im Weserstadion, das hat man tiefergelegt, konnte man offensichtlich auch nicht mehr richtig schauen. Jetzt wird die Halle höher gelegt, mit dem gleichen Effekt: Wieder kann man nicht richtig schauen, und Sie sagen, wunderbare Idee! Nein, ich glaube, es ist an der Zeit, über diese Frage noch einmal sehr gründlich nachzudenken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Antrag schließt erst einmal noch gar nichts aus. Was wir einfordern, ist, gründlich nachzudenken. Eigentlich, Herr Böhrnsen, kann man gegen so etwas nicht sein!

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Aber zum richtigen Zeitpunkt!)

Ich habe das heute im „Weser-Kurier“ gelesen. Ich war überrascht, dass die SPD nunmehr auch der Meinung ist, dass dieses Großprojekt auf den Prüfstand gehört. Wohl wahr! Die Frage ist: Warum kommen Sie eigentlich erst auf die Idee, das auf den Prüf-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

stand zu stellen, wenn die Grünen einen Dringlichkeitsantrag stellen? (C)

(Abg. **Böhrnsen** [SPD]: Haben Sie den Koalitionsvertrag gelesen?)

Ach, den Koalitionsvertrag! Herr Böhrnsen, Sie kommen auf die Idee, weil es bundesweit eine Diskussion über die Frage der Wirtschaftlichkeit von Arenen und Hallen gibt

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und weil ganz deutlich ist, dass Sie sich möglicherweise getäuscht haben.

Ich habe heute Morgen mit großer Aufmerksamkeit die Regierungserklärung des Präsidenten des Senats gelesen. Ich habe gelesen, es wird uns auch als Opposition angeboten – dazu zähle ich dann als Grüner bekannterweise auch –, bei der Problemlösung in dieser Stadt mitzumachen. Genau das machen wir jetzt! Wir nehmen Ihre Einladung herzlich gern an. Ich sage Ihnen, stellen Sie dieses Projekt aus architektonischen Gründen, aber auch aus Wirtschaftsgründen auf den Prüfstand, weil die Frage des Gutachters nämlich – –. Das kennen wir doch: Da kommt Herr Haller daher,

(Abg. **Frau Wiedemeyer** [SPD]: Eben nicht!) (D)

der macht das Gutachten, dann geht das Ding sozusagen in die Grüte, und danach wird dann auch noch von demselben Mann geprüft, wie es eigentlich gewesen ist. Das ist Bremen, und das wollen wir nicht!

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das stimmt selbstverständlich! Der Gutachter stellt genau zwei – –.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Frau Dr. Trüpel kann Ihnen das sagen, wie es in den Wirtschaftsförderungsausschüssen war!)

Wenn Sie als neuer Fraktionsvorsitzender doch den neuen Abgeordneten bitte ausreden lassen, wäre ich Ihnen doch sehr dankbar!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. **Kastendiek** [CDU])

Der Gutachter stellt zwei falsche Prämissen gegeneinander, er sagt nämlich, das ist eine Eins-a-Halle. Das stimmt schon nicht. Dann sagt er, wenn man diese Halle nicht umbaut, dann hat das zur Folge, dass die Halle geschlossen werden muss, und

(A) auch das stimmt nicht. An diesen beiden extremen Punkten bewegt sich aber die Diskussion, und das ist völlig verkehrt, weil die Punkte schon nicht stimmen, sondern von dem Gutachter falsch benannt werden. So macht man sozusagen Sachzwangspolitik, die von einer falschen Voraussetzung natürlich automatisch zu einer falschen Lösung führen muss.

Jetzt sage ich noch einmal etwas zu dieser Halle als Architektur! Ich finde es unglaublich, wie mit diesem Teil bremischer Geschichte umgegangen wird. Das ist unabhängig davon, das betone ich noch einmal, ob man persönlich sagt, ich finde das eine gelungene Konstruktion oder nicht. Es gibt auch Leute, die finden das Rathaus ein bisschen kitschig. Da sagt man doch trotzdem nicht, dass das weg muss, sondern das sind erhaltenswerte Güter. Wir haben doch das Problem in der Stadt, so etwas Originelles zu finden, und diese Halle ist weiß Gott über Deutschland hinaus eine sehr originelle Halle, weil sie sich nämlich tatsächlich, und das ist nicht so häufig, zum Prinzip gemacht hat, die statische Lösung sichtbar werden zu lassen. Wenn Sie sich überlegen, wie sich dieser Mann auch dem Platz genähert hat, nämlich hin zum Freimarkt die Höhe und hin zum Bürgerpark das hinunterfallen zu lassen, dass man über dem Dach der Stadthalle sozusagen nicht den Bürgerpark und das Anwesen, das dahinter ist, zerdrückt, das ist eine kluge Idee gewesen.

(B) Ich wünschte mir, die Stadtplaner und Architekten würden sich heute mit ähnlicher Intelligenz solchen Plätzen nähern und nicht diese 08/15-Kästen hinbauen, wo man wahrscheinlich in 30 oder 40 Jahren auch eine Rede dafür halten muss, dass es erhaltenswert ist. Diese Halle hat sozusagen einen eigenständigen Wert an sich. Für den Architekten muss man doch auch das Urheberrecht ernst nehmen.

Wenn Sie etwas bauen, dann möchten Sie auch nicht, dass irgendjemand darin herumpfuscht. Da müssen Sie sich jetzt auch nicht aufregen, Herr Sie-ling, das hat auch keinen Sinn, ich sage hier ein paar Wahrheiten, die werden in der Architektenszene genauso diskutiert. Der Architekt hat nicht zu Unrecht sein Urheberrecht vor Gericht geltend gemacht. Sie werden sich noch wundern! Der Mann hat gute Chancen, das zu gewinnen. Was machen Sie eigentlich dann?

Ich sage abschließend: Ich möchte gern, dass die Karten auf den Tisch gelegt werden. Dass Sie das nicht tun, ist doch schon deshalb deutlich, weil Sie sagen, wenn man jetzt dieses Projekt abrechnen würde, wären die Kosten zu hoch. Die einen beziffern das mit sieben Millionen, die anderen mit 15 Millionen. Ja, wie viel denn eigentlich? Warum können Sie die Zahlen noch nicht einmal präzise nennen? Wenn das nicht möglich ist, diese Zahlen präzise zu nennen, dann, kann ich Ihnen nur sagen, ist bisher auch nicht präzise, nicht sorgfältig abgewogen und geplant worden, sondern es ist wie immer in Bremen.

(C) Das Musical! Bundesweit die Musicalszene im Grunde genommen im Abschwung, jeder weiß, das Ding bringt es nicht mehr so richtig! Trotzdem sagt Bremen dann, hurra, hier sind wir, wir wollen ein Musical! Die Hallen- und Arenensituation ist eine ganz ähnliche. Es wird wirtschaftlich immer schwieriger, diese Hallen überhaupt voll zu bekommen, geschweige denn, sie einigermaßen wirtschaftlich zu betreiben. Dann kommt Bremen daher und sagt, wir bauen die jetzt noch einmal supertoll aus. Das kann nicht wirklich richtig sein!

Sie haben in der Regierungserklärung heute Vormittag gesagt, Sie wollen jeden Euro dreimal umdrehen. Ich finde, dreimal reicht nicht, drehen Sie ihn ruhig fünfmal um! Bremen ist so pleite, wie ich heute Morgen gehört habe, das ahnte man auch schon vor der Regierungserklärung, das wissen wir auch schon seit Jahren, und will sich tatsächlich leisten, ein Projekt mit über 50 Millionen zu finanzieren. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, mit den Ziffern kommen Sie gar nicht hin, wenn Sie diesen Umbau wirklich realisieren wollen, dann landen Sie weit darüber. Das ist ganz sicher, davon bin ich fest überzeugt, dass das in dem Rahmen gar nicht machbar ist, weil die statisch-technischen Probleme viel größer sind, als das bisher im Gespräch ist.

(D) Sie werden also sozusagen 50 Millionen in den Sand setzen. Das erinnert mich ganz fatal an das Expo-Projekt Space-Park. Ich möchte nicht, dass Bremen sich noch eine solche Ruine leistet. Ich sage Ihnen ganz deutlich, wenn es eine solide, seriöse und ordentliche Prüfung gibt, auch eine betriebswirtschaftliche, die einem wenigstens einmal die dauerhafte Bezuschussung der Halle deutlich nach dem Umbau vor Augen führt, dann kann man darüber reden, ob das sinnvoll ist oder nicht. In der jetzigen Situation kann ich nur empfehlen, dieses Projekt zu stoppen und neu zu überdenken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen noch eines, weil man doch den einen oder anderen politischen Gegner im Vorfeld fragt, wie er sich denn dazu verhalten will. Das sage ich jetzt schon einmal, dann brauche ich in der Replik nicht noch einmal nach vorn zu gehen. Das kann man sich vielleicht ersparen. Sie wollen sich als Sozialdemokraten gegen unseren Antrag aussprechen, sind aber irgendwie auch für eine Prüfung. Ich sage Ihnen, wenn Sie uns als Grüne in Ihrer Regierungserklärung einladen mitzumachen, dann nehmen Sie uns auch so ernst, dass Sie sagen, ja, wenn sie dann mitmachen wollen, und sie machen etwas Richtiges, dann stimmen wir dem doch auch zu! Es macht doch keinen Sinn, uns aufzufordern mitzumachen und dann nur aus Prinzip, weil der richtige, der gute, der vernünftige Antrag von den Grünen ist, abzulehnen. Das kann irgendwie nicht ernst gemeint sein. Ansonsten würde ich nämlich denken, dass die Regie-

- (A) rungserklärung nicht einmal ein paar Stunden an der Stelle gehalten hat. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD \*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte um die Sanierung, Modernisierung und Aufstockung der Stadthalle ist bekanntlich nicht neu, sondern wir haben diese Debatte im letzten Jahr sehr ausführlich geführt, nämlich einmal ungefähr im Monat Mai, als es um die Entscheidung der Wirtschaftsförderungsausschüsse zum Ausbau der Stadthalle ging, und dann noch einmal bei der Fragestellung im November letzten Jahres, wie wir mit dem Foyer weitermachen.

Bei der damaligen wie auch bei der heutigen Entscheidung geht es um die Frage, ob die Stadthalle bei einer notwendigen Sanierung gleichzeitig funktional aufgewertet werden muss. Dabei handelt es sich dann einerseits um bauliche Veränderungen im Sinne der Sanierung und andererseits um die Frage, ob die Erweiterung der Stadthalle in ihrer Kapazität bei gleichzeitiger Verbesserung der Funktionalität notwendig ist, um den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

- (B) Bewertungskriterien waren und sind, und das sehe ich anders, als Herr Möhle das eben dargestellt hat, in erster Linie die regionalwirtschaftlichen Effekte und nicht in erster Linie die architektonischen Fragen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat zwei Gutachten gegeben, eines des eben schon benannten BAW und eines von Symbios, die sich insbesondere über die Frage der Marktbedingungen ausgelassen haben. Ich möchte an dieser Stelle, weil das hier eben eine Rolle gespielt hat, noch einmal darauf hinweisen, dass auch für uns die in der BAW-Studie genannte Alternative, entweder findet eine Aufstockung der Stadthalle statt, oder aber die Stadthalle wird geschlossen, keine ernsthafte war.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Das finden Sie auch in den Beschlüssen der Wirtschaftsförderungsausschüsse eindeutig wieder, wo bei den Alternativen die Formulierung war: Entweder wir stocken auf, oder aber wir sanieren gründlich, aber wir sanieren, und wir schließen nicht.

Schon vor den Beratungen war also klar, dass Bremen alle Anstrengungen zu unternehmen hat, da

\*) Vom Redner nicht überprüft.

mit die Stadthalle ein für Anbieter und Kunden attraktiver Standort bleibt. Ziel ist es nach wie vor, dass wir in Bremen einen Veranstaltungsort vorhalten, der sich im Gefüge der vielen, vor allem im sich vergrößernden Anbieterkreis, behaupten kann. Wir wollen nicht, und ich glaube, da sind wir uns eigentlich einig, dass, wenn wir schon eine Stadthalle betreiben, unsere Bürgerinnen und Bürger sich nach Oldenburg, Kiel, Hamburg oder Hannover begeben, sondern wir möchten schon, dass wir eine Stadthalle haben, die attraktiv genug ist, Menschen hierher zu ziehen, dass sie hier ihr Geld ausgeben können und dass sie hier auch ihre Erlebnisse in der Stadthalle haben können.

Nun ist es von den Planungen her so, wird die Aufstockung der Stadthalle Realität, so wie die Wirtschaftsförderungsausschüsse das im letzten Jahr beschlossen haben, dann wird Bremen von Platz zehn, auf dem es heute steht, auf den Platz vier in der Rangordnung der Hallen insgesamt wieder vorrücken und damit eine Position einnehmen, die Bremen lange Zeit auch gehabt hat.

Ich sage aber deutlich, der Prozess war auch für meine Fraktion alles andere als einfach, sich für diesen Weg der Aufstockung insgesamt zu entscheiden. Wir haben basierend auf den Aussagen des BAW, wonach sich eine Erweiterung der Sitzplatzkapazitäten von 85 Prozent auch regionalwirtschaftlich rechnet, damals Nachfragen gehabt und haben dann dazu beigetragen, dass im Rahmen der Beschlüsse der Wirtschaftsförderungsausschüsse eben nicht die HVG einen Teil ihrer Verwaltungsgebäude im Foyer unterbringen kann. Wir haben unter anderem im guten Einvernehmen mit dem Koalitionspartner gefordert, dass es ein Verkehrskonzept für diesen Bereich gibt und dass es – das ist wesentlich und wird auch wesentlich bleiben – ein modifiziertes Veranstaltungskonzept geben muss, das insbesondere nicht nur die Stadthalle einbezieht, sondern auch die Nutzung der Hallen V und VII. Leider warten wir noch auf diese Konzepte, aber wir haben noch ein bisschen Zeit.

Nach dem heutigen Stand, und nun komme ich zum Antrag der Grünen, der formuliert, dass der Auftrag nicht vergeben werden soll, ist der Auftrag bereits vergeben. Damit ist Bremen bereits rechtlich gebunden. Das heißt im Übrigen nicht, das will ich auch deutlich sagen, dass man aus dieser Bindung nicht austreten kann. Das würde aber bedeuten, dass wir die Planungskosten, die heute mit fünf Millionen schon verausgabt worden sind, wahrscheinlich noch um einen weiteren Millionenbetrag erweitern müssen in Höhe von Regresskosten, die unterschiedlich geschätzt werden, drei Millionen könnten eine realistische Größe sein. Klar ist, Punkt eins des Antrags der Grünen ist hinfällig, der Auftrag ist vergeben.

Hinsichtlich der Betriebskosten, zu denen hier in diesem Antrag auch ausführlich Stellung genommen

(C)

(D)

(A) wird, möchte ich doch noch einmal anfügen, wir alle, die wir das Geschäft von solchen Veranstaltungshallen doch einigermaßen kennen, wissen, dass kaum eine Halle betriebswirtschaftlich sinnvoll geführt werden kann, sondern dass wir es im Regelfall mit einem Zuschussbetrieb zu tun haben. Insofern sind die Betriebskosten zwar vielleicht ein Faktor, der eine Rolle spielen kann in der Fragestellung, wann sich insgesamt die Investition amortisiert, aber in der Gesamtbetrachtung machen sie eher einen marginalen Posten aus und rechtfertigen meines Erachtens auch nicht das, was hier gemeint ist, nämlich einen Baustopp.

Ein Baustopp, das wissen wir, denke ich, und wissen auch Sie sehr genau, wird auch problematisch werden, weil der Ausbau, sei es nun Umbau, Aufstockung oder Sanierung der Stadthalle, natürlich auch einem zeitlichen Rahmen unterliegt. Das Problem ist, dass schon heute die Veranstaltungskapazitäten der Stadthalle für 2004 nicht angeboten werden können, weil die Sanierung in 2004 begonnen werden soll, nämlich genau zwischen zwei Sechs-Tage-Rennen, den Sechs-Tage-Rennen 2004 und 2005. Die Sechs-Tage-Rennen sollen in Bremen stattfinden, insofern gibt es auch ein zeitliches Problem.

Auf die architektonische Bedeutung hat Herr Möhle hingewiesen. Das will ich auch überhaupt nicht schmälern. Selbstverständlich ist dieses Gebäude ein architektonisch besonderes Gebäude, trotzdem wiederhole ich noch einmal: Bei uns war diese Entscheidung über die Architektur die nachrangige Entscheidung. Uns ging es darum, einen Veranstaltungsort zu haben, der auch insgesamt in der Region Ausstrahlungskraft hat und Menschen hierher ziehen kann.

(B) Zu den Äußerungen, die Herr Möhle eben gemacht hat: Man muss auch zur Kenntnis nehmen, die Stadthalle ist, selbst wenn man sie als Solitärbau und Baudenkmal und wie auch immer begreift, nach wie vor ein Zweckbau, und sie dient einem Zweck, sie dient dem Zweck der Veranstaltung. Diesem Zweck wollen wir sie Ihnen auch weiter zuführen und ihn – .

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Doch, natürlich ist es ein Zweckgebäude!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Bitte?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: So wie das Rathaus oder zum Beispiel die Bürgerschaft! – Abg. Frau D r . M a t h e s [Bündnis 90/Die Grünen]: Alle Gebäude erfüllen einen Zweck!)

Ja, aber die Frage ist doch, wie gut dieser Zweck erfüllt werden kann und ob es notwendig ist, an die-

sem Gebäude etwas zu tun, damit der Zweck besser erfüllt werden kann!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Was die Klage angeht: Die Klage ist in der Tat anhängig, aber es ist noch nicht so weit, dass Klage erhoben worden ist, weil im Augenblick der Streitwert noch strittig ist und die notwendige Hinterlegung gemacht werden muss. Im Übrigen ist uns seitens des Ressorts versichert worden, dass die Verträge so ausgelegt sind: Sollte es aufgrund einer Urheberrechtsklage zu einem Erfolg des Klägers kommen, haben wir keine weiteren Ausfälle im Rahmen der vertraglichen Bindungen.

Der letzte Punkt aber, auf den wir noch einmal Wert gelegt haben, was auch heute in der Presse steht: Ich denke, im Bereich der Kosten müssen wir deutlich feststellen, dass wir selbstverständlich angesichts unserer Haushaltslage in der Pflicht sind zu überprüfen, inwieweit ein Gesamtvolumen von 60 Millionen, nämlich von Investitionsleistung plus Zinsen, sich vor einem veränderten Hintergrund rechtfertigt. In der Tat gab es, darauf ist auch Bezug genommen worden, einen Artikel in der „FAZ“, in dem deutlich gesagt worden ist, es ist offensichtlich bereits heute so, dass wir ein Überangebot an Hallenkapazitäten haben, dass die Hallenbetreiber versuchen, mit Dumpingwettbewerben Veranstalter zu gewinnen, und dass von den ganz großen Hallen kaum noch eine rentabel geführt werden kann. Das zwingt uns allerdings sehr deutlich zum Nachdenken und nicht nur zum bloßen Nachdenken!

(D)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Auftrag ist schon vergeben, wie soll das dann noch aussehen?)

Eine veränderte Marktlage kann uns auch zu einer anderen Einschätzung des Gesamtprojekts führen.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten hier deutlich dem Eindruck entgegenreten, wir würden jetzt leichtfertig die Millionen verschleudern, sondern wir möchten schon so viel Gewissheit wie möglich. Eine hundertprozentige Gewissheit und Hellseherei sind keinem gegeben, auch Gutachten nicht gegeben, aber wir möchten so viel Gewissheit wie möglich, dass wir guten Gewissens sagen können: Jawohl, es ist eine richtige Entscheidung, die wir hier treffen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wie kommen Sie denn dahin?)

Deshalb hat die SPD-Fraktion heute Morgen auch beschlossen, den Wirtschaftssenator zu bitten, inner-

(A) halb von vier Wochen von externen Experten die Frage klären zu lassen, wie sich der Veranstaltungsmarkt in den kommenden Jahren verändern wird und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Veranstaltungs- und Besuchersituation der Stadthalle Bremen haben wird. Wir freuen uns natürlich sehr und finden es auch gut, dass wir hier einvernehmlich das Verfahren haben festlegen können, dass auch seitens der CDU dieser Wunsch geteilt wird.

Ich glaube, es ist im Rahmen der öffentlichen Darstellung notwendig, richtig und sinnvoll, hier eine Überprüfung vorzunehmen. Ich wage auch nicht zu sagen, wie das Ergebnis dieser Prüfung ist, aber eines ist für mich völlig klar: Die Klärung dieser Frage nach der aktuellen Marktbedingung ist für uns eine elementare Frage zur Bewertung des Gesamtprojekts.

Um auf der anderen Seite aber nicht missverstanden zu werden, ich denke, ich habe das auch schon deutlich gemacht: Wir sind für eine Sanierung und Modernisierung der Stadthalle. Wir wollen eine Stärkung der Marktposition, und wir wollen die Attraktivität der Stadthalle dauerhaft zumindest sichern, vielleicht können wir sie auch ausbauen. Für meine Fraktion kann ich aber auch deutlich erklären: Für eine weitere positive Begleitung des Stadthallenausbaus halten wir es für unumgänglich, dass ein Gutachten über die anscheinend veränderte Marktsituation eingeholt und so schnell wie möglich hierüber berichtet wird, damit wir das Projekt nochmals in einem zweiten Durchgang beurteilen können.

(B)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Liess, Sie haben nun schon ausführlich die gesamte Situation dargestellt. Insofern verbleibt es dann bei mir, noch einige Punkte zu ergänzen. Eine Eingangsbemerkung sei mir doch gestattet: Sehr geehrter Herr Möhle, ein so allgemeiner Rundumschlag ohne fundierte Zahlen, ohne fundierte Auseinandersetzungen mit dem Projekt ist diesem Projekt nicht angemessen! Ich glaube schon, dass man die einzelnen Argumente gut gegeneinander abwägen muss, denn es ist kein leichtes Projekt.

(Beifall bei der CDU)

Meine beiden Vorredner haben die Prüfklausel zitiert, und heute Morgen ist lange diskutiert worden, dass es angesichts des Mottos „Sparen und Investieren“ in dieser Legislaturperiode wie in der vergangenen auch angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland mit den wegbrechenden Steuereinnahmen selbstverständlich ist, dass wir noch einmal bekräftigen, dass alles, was es an Be-

gehrlichkeiten gibt, den Kriterien für die Sanierung Bremens entsprechen muss.

(C)

Diese Kriterien und die Klausel sind aber kein Freibrief, um damit die bereits beschlossenen oder angefangenen Projekte der vergangenen vier Jahre zu kippen. Das wäre fatal für den Veranstaltungsort, für die Messe, das wäre auch fatal für den Tourismus in diesem Fall. Es wäre aber auch ganz allgemein wirtschaftlich fatal, denn bisher sind wir immer ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft und für die Investoren gewesen. Verlässlichkeit, sehr geehrter Herr Böhrnsen, haben Sie heute Morgen ja auch mehrfach betont.

Herr Liess hat sich mit den beiden Gutachten bereits auseinander gesetzt. Das Symbios-Gutachten, darauf darf ich noch verweisen, ist ganz besonders auch auf Wunsch der SPD in Auftrag gegeben worden. Das ist auch in Ordnung so. Was allerdings die Argumente in der „FAZ“ angeht, so einfach und simpel kann man sich nicht darauf beziehen, denn da geht doch einiges durcheinander. Die „FAZ“ bezieht sich einmal auf die großen Hallen Schalke und Kölnarena, in dieser Liga spielen wir einfach nicht! Die „FAZ“ setzt sich auch noch einmal mit neuen Hallen auseinander. Eine neue Halle bauen wir nicht, wir bauen eine Halle um. Wir haben bereits einen Markt und sind in vielen Bereichen gut etabliert und haben sowohl hier in Bremen als auch überregional Veranstalter, auf die wir setzen können. Diese überhitzte Hallenkonjunktur im Ruhrgebiet ist sicherlich auch nicht gerade ein Maßstab für unsere Situation hier in Bremen.

(D)

Nichtsdestoweniger ist es in jedem Fall sinnvoll und richtig, ein Update zu machen, was die Marktsituation und die Marktentwicklung angeht. Im Grunde ist das für die, die dieses Projekt abwickeln, die HVG, sowieso eine Selbstverständlichkeit. Gut ist es sicherlich auch, um das vom Kollegen Liess angesprochene neue Konzept eventuell entsprechend angleichen zu können oder aber auch das Marketing entsprechend fortentwickeln zu können. Insofern schließen wir uns dieser Prüfbitt der SPD-Fraktion an.

Eines möchte ich aber nun doch noch einmal ganz deutlich sagen, wenn hier über die Entscheidung Sanierung oder Umbau diskutiert wird: Wenn wir diese Halle nur sanieren, werden wir kurz- bis mittelfristig eine Vielzahl von schönen bremischen Events und Gewohnheiten verlieren und damit auch eine Vielzahl von Gästebringern. Um Ihnen da ein paar Beispiele zu nennen: Die „Nokia Night of the proms“ ist zum letzten Mal in diesem Jahr hier in Bremen, wenn wir die Halle nicht erweitern. Die Tischtennisweltmeisterschaften werden wir abgeben müssen, wenn wir die Halle nicht erweitern. Paul McCartney, es gab Gespräche, wäre gekommen, wenn die Halle größer gewesen wäre, Shakira wäre gekommen.

Es wird so sein, wenn wir uns sanieren, dann werden wir absinken auf Oldenburger Niveau, und ob

(A) das nun gerade eine Sanierungsmaßnahme ist, wage ich dann doch zu bezweifeln. Ohne Sanierung, Herr Möhle, das ist auch klar, werden wir die Halle schließen müssen. Die Brandschutzauflagen entsprechen nicht den neuesten Standards. Ich denke, uns allen ist klar, dass wir eine funktionstüchtige, wettbewerbsfähige Halle haben müssen, insbesondere um die Messe zu stabilisieren, als auch um den gesamten Veranstaltungssektor zu stabilisieren. Ich denke, wir sollten uns der Konkurrenz stellen und nicht einknicken.

Letztendlich darf ich noch etwas zu den Kosten sagen! Wenn Sie heute die Arbeiten zum Umbau der Stadthalle abrechnen, also abweichen von dem Bauauftrag, der bereits erteilt worden ist, dann entstehen mit dem Tag heute bereits Kosten in Höhe von acht Millionen Euro. Jeder Monat, der vergeht, wird uns eine Million Euro mehr an Schaden bringen, und zwar durch die Verpflichtungen, die der Generalunternehmer mit seinen Subunternehmern unter anderem eingegangen ist, durch die Planungsarbeiten, die dann keinen Nutzen mehr bringen. Wenn Sie überlegen, was die Sanierung einer Halle kostet, nämlich rund 20 Millionen Euro, und diese Zahlen dazuzählen, sind Sie bei fast 30 Millionen Euro, und der Umbau kostet uns 39 Millionen Euro. Diese Zahlen sind doch verhältnismäßig nah beieinander, so dass man sich genau überlegen muss, was man tut, vor allen Dingen, weil man, wie geschildert, einen großen Teil dieses Geschäftes verlieren wird, wenn wir die Stadthalle nicht erweitern.

(B) Dass das Projekt architektonisch schwierig ist, wissen wir, aber auch dazu ist bereits vieles gesagt worden. Bremen ist finanziell nicht in der Lage, neu zu bauen und die Halle als Museum zu erhalten. Deshalb müssen wir so gut es geht mit diesen Problemen umgehen, das haben die Planer auch getan. Soweit Eingriffe in die äußere Ansicht zu vermeiden waren, sind sie vermieden worden. Auch zu anderen technischen Details haben wir trotz eines Gesprächs auch gestern noch mit den Architekten, die diesem Projekt kritisch gegenüberstehen, keine weiteren neuen Erkenntnisse, so dass ich denke, dieses Projekt muss jetzt weitergehen. Wir bekommen die Überprüfung, und im Übrigen lehnen wir den Antrag der Grünen ab. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Als nächster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

**Bürgermeister Perschau:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bremen ist ein ausgezeichnete Veranstaltungsort mit einem hervorragenden Ruf in der Branche, in der Szene und auch bei den Besuchern. Wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Investitionen in Großhallen, aber auch in unterschiedlicher Entwicklung

von Veranstaltungsorten gehabt. Wir haben unseren Spitzenplatz, den wir in Norddeutschland hatten, verloren. Das ist bitter, aber man kann nicht jeden Wettbewerb gewinnen. Die Hamburger haben erheblich investiert, die Hannoveraner haben investiert, und es wird auch an anderen Standorten investiert. Unser Problem ist, dass unsere Stadthalle auch so etwas wie ein Markenartikel ist, und zwar ein lang eingeführter Markenartikel, der auch in der Kombination mit dem Kongresszentrum, den Messehallen und der neuen Halle VII sozusagen auch eine Art Flaggschiff-Funktion hat, weil sie das Kernstück des meistfrequentierten Veranstaltungsortes in dem Gesamtensemble darstellt.

Zum einen gibt es, wie Sie wissen, feuerschutzrechtliche Probleme. Es gibt natürlich auch inzwischen einen gewissen Antiquitätenwert, den die Stadthalle im Inneren entwickelt, und sie bedarf dringend der Sanierung. Die Frage, die intensiv geprüft worden ist – und die Planungskosten sind im Jahr 2001 von beiden Fraktionen bewilligt worden, auch in Kenntnis der sich damals schon in der Entwicklung abzeichnenden Veränderungen im Hallenmarkt in Norddeutschland und auch bei anderen Wettbewerbern –, war: Sanieren wir nur die Halle? Bauen wir an einem neuen Veranstaltungsort neu? Das hätte den Vorteil gehabt, dass wir die Halle durchgängig betreiben können, aber der Neubau wäre an anderer Stelle mindestens zehn, 15 Millionen teurer geworden. Deshalb haben wir uns gemeinsam entschlossen, davon abzusehen, einen Neubau zu machen, und gleichzeitig, nachdem der Neubau bezogen wird, abzureißen und möglicherweise dort auch etwas Neues zu gestalten. Wir haben uns gemeinsam für diese Kombination von Sanierung und Ausbau entschieden. Auf der Basis dieser Perspektiven haben wir natürlich auch akquiriert.

Nun geht es um die Frage, wie wir das hinbekommen, weil das ja nicht ganz einfach ist. Wenn man jetzt den Zeitraum für den Umbau verlängert, dann werden wir klassische Veranstaltungen verlieren. Deshalb dieser Korridor zum Beispiel zwischen den beiden Sechs-Tage-Rennen, denn wenn wir das Sechs-Tage-Rennen einmal verloren haben, dann haben wir es beim nächsten Mal nicht automatisch wieder zurück! Wir müssen natürlich aufpassen, dass wir in dem harten Wettbewerb in diesem Veranstaltungsbereich nicht ohne Not Dinge, die wir bei uns gebunden haben, zur Disposition stellen, sondern dass wir sie am Standort halten und versuchen, diese besonderen Events mit irrsinnigen Besucherzahlen, die wir haben, zu halten. Das ist toll, was das Sechs-Tage-Rennen zustande bringt. Das ist ein bundesweiter Markenartikel, da sind wir wirklich Spitzenreiter.

Nun ist es so, die Debatte, die wir führen, haben wir bei einer ganzen Reihe von Projekten geführt. Meine ganz herzliche Bitte, ich bin noch relativ neu als Wirtschaftssenator, ich habe das zwar früher

(C)

(D)

- (A) schon einmal gemacht, aber lassen Sie mich einmal eines sagen: Ich finde es ganz toll, wenn man ganz intensiv darüber diskutiert, was man machen will, und das dann auch wirklich haargenau prüft und von mir aus auch drei Gutachten in Auftrag gibt und nicht nur zwei, irgendwann aber, wenn man sich entschieden hat, muss man schon sehr schwerwiegende Gründe haben, um das wieder zur Disposition zu stellen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die gibt es eben, das ist der Punkt!)

Genau! Wenn man sich jetzt diese Gründe ansieht, dann haben wir einen „FAZ“-Artikel, den ich auch mit großem Interesse gelesen habe, weil mich das alarmiert hat. Ich glaube, Herr Böhrnsen hat es irgendwann einmal am Rande der Koalitionsvereinbarungen oder irgendwann einmal in einer Runde mit den Fraktionsvorsitzenden angesprochen. Ich weiß nicht mehr genau, wann es war. Ich habe ihn mir deshalb auch sehr genau angeschaut, und ich habe mich auch lange mit unseren Fachleuten unterhalten. Ich denke, mit diesem Artikel, wenn er denn in den Köpfen sitzt, muss man sich auseinander setzen. Deshalb finde ich es völlig in Ordnung, dass wir das in den nächsten vier Wochen noch einmal abarbeiten, das können wir mit Symbios und anderen Leuten machen, die den Markt kennen.

- (B) Ich will auch einmal eines zu unseren Fachleuten sagen, ich meine jetzt gar nicht die Gutachter, sondern Herr Kleyboldt und seine Kollegen bundesweit sitzen mindestens einmal im Monat zusammen, die haben fast einen, denke ich einmal, besseren Überblick als alle Gutachter, die dazu auf dem Markt sind. Wir müssen natürlich sehen: Wollen wir uns dem Wettbewerb stellen? Wollen wir daran arbeiten, unsere Position zu verbessern, oder sagen wir, wir müssen sparen? Aber wenn wir sparen, dann muss man sich überlegen: Spare ich in erster Linie zusätzliche Erträge ein oder spare ich nur Investitionsmittel ein? Ich glaube schon, dass sich die Investition rechnet. Wir werden gern Ihrem Wunsch folgen, in den nächsten vier Wochen diese Überprüfung zu machen und Ihnen dann zu berichten.

Es ist alles von Frau Winther und auch von Herrn Liess gesagt worden, das ist alles richtig. Wir müssen nur aufpassen, dass wir mit solchen Debatten zwar die Ernsthaftigkeit unserer Prüfung nach draußen dokumentieren, aber dass wir uns nicht selbst als Veranstaltungsort herunterreden. Wir sind im Moment immer in einer langfristigen Akquisition, das sehen Sie bei der Tischtennisweltmeisterschaft. Das müssen Sie mit einem Vorlauf von vier, fünf Jahren akquirieren, und wenn Sie das bei diesen großen Veranstaltungen nicht tun können, weil Sie nicht genau wissen, was Sie da als Produkt anzubieten haben, ist das problematisch. Hier sind ein paar Anfragen zitiert worden: Wir haben in der letzten Zeit Anfragen zu Veranstaltungen von Elton John, Paul

- (C) McCartney, Bruce Springsteen, Shakira, Roxette und eine ganze Reihe von Anfragen für Boxkämpfe gehabt. Wir konnten sie alle nicht annehmen, weil die Stadthalle dafür nicht reicht und weil die übrigen Rahmenbedingungen von den anderen für nicht ausreichend gehalten wurden.

Ich will gar nicht sagen, dass dies sozusagen das pralle Leben allein von Veranstaltungen ist, ich will nur sagen, wir müssen beides nebeneinander sehen, das, was wir genau prüfen wollen, das, was wir uns leisten können, und das, was wir, wenn wir es uns nicht leisten wollen, dabei verlieren. Das muss man beides nebeneinander sehen, das muss sauber geprüft werden. Das machen wir in den nächsten vier Wochen, und wir werden Ihnen in vier Wochen darüber sehr präzise berichten, wie das Ergebnis unserer Überprüfung aussieht. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Phänomen irritiert mich jetzt. Herr Liess hat auf mein Begehren zu überprüfen gesagt, die Aufträge seien vergeben, man könne gar nichts mehr machen. Jetzt wird aber gesagt, überprüft werden soll irgendwie. Ja, was denn nun? Wer hat denn die Aufträge? Wer macht die denn?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sind die Aufträge schon vergeben? Dann muss man anders diskutieren, oder wir sind tatsächlich in einem Verfahrensstand, in dem man eine ernsthafte Prüfung erwägen muss. Das müssen Sie schon noch einmal deutlich erklären.

Frau Winther, so einfach können Sie es sich nicht machen, einfach zu sagen, das war ein Rundumschlag. Nein, das waren zwei ganz starke Argumente dafür, diesen Hallenumbau in Frage zu stellen. Das waren zwei Argumente. Rund war das noch gar nicht. Das war das architektonische Argument, bei dem ich Herrn Liess völlig Recht gebe, dass es nicht das Einzige ist, aber ich finde es wichtig, das mitzudenken, und das war das zweite Argument, nämlich dass sich der Markt verändert und dass wir in dieser Stadt, in diesem Bundesland mit dieser Diskussion heute Morgen über den mittelmäßigen Haushaltsnotstand uns ernsthaft überlegen müssen und sorgfältiger abwägen müssen, ob wir uns dieses Modell überhaupt noch leisten können oder nicht. Das ist die Frage gewesen.

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, mir ist bekannt, dass sich diese Hallen betriebswirtschaftlich nicht -----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) rechnen. Das weiß jeder! Aber dennoch erübrigt das nicht eine betriebswirtschaftliche Prüfung. Das wollen Sie mir doch wohl bitte schön abnehmen, dass man das wohl einfordern muss!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der letzte Punkt, den ich noch einmal ansprechen möchte, ist, wenn Sie uns einladen mitzumachen, dann sagen Sie uns nicht schon beim Hinsetzen auf Wiedersehen! Stimmen Sie unserem Antrag zu, und dann ist es gut! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Das Wort hat Herr Bürgermeister Perschau.

**Bürgermeister Perschau:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will das nicht so stehen lassen. Der Auftrag an uns, so habe ich das verstanden, ist, in den nächsten vier Wochen das Marktfeld zu untersuchen. Das hat Symbios bereits gemacht, zugegebenermaßen vor einem Jahr. Jetzt können wir, und das ist für Symbios sicherlich kein großes Problem, eine Aktualisierung dieser Marktanalyse und der Vergleichsstrukturen mit anderen Hallen und anderen Anbietern machen und sagen, ob sich in diesem Jahr der Markt dramatisch verändert hat, in welchen Segmenten er sich verändert hat und wie man möglicherweise bei der Halle darauf reagieren sollte, wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass man es muss.

(B)

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Bürgermeister Perschau:** Ja, bitte!

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister Perschau, würden Sie uns sagen, welchen Zweck diese Überprüfung hat, wenn hier an gleicher Stelle in der Debatte gesagt wird, die Aufträge sind vergeben, es ist alles festgezurr, und es gibt keine Möglichkeit, dies noch zu verändern? Könnten Sie mir den Unterschied zu den Punkten des Antrags der Grünen erklären, der ebenfalls diese Überprüfung einfordert?

**Bürgermeister Perschau:** Ich will gar nicht über Unterschiede reden, denn es führt uns nicht weiter, Herr Dr. Güldner. Es geht hier darum, dass die beiden großen Fraktionen gesagt haben, es soll in den

nächsten vier Wochen eine Marktanalyse gemacht werden, überprüft werden. Das machen wir. (C)

(Abg. **Dr. Güldner** [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit welchem Zweck?)

Wenn wir das Ergebnis hätten, bräuchten wir es nicht in Auftrag zu geben. Das heißt, es wird jetzt in Auftrag gegeben, und ich schlage vor, dass wir uns an Symbios wenden, denn es macht Sinn, dass das jemand macht, der im Grunde genommen bereits die Grundanalysen gemacht hat und sie jetzt noch einmal aktualisiert und überprüft, damit man genau weiß, wo wir stehen.

Herr Güldner, wenn Sie, egal, ob Sie jetzt sagen, wir brechen ab, oder Sie brechen in vier Wochen ab, kostet es Geld, und zwar eine Menge. Die Entscheidung muss man treffen. Wenn wir überprüfen, macht es auch keinen Sinn, auf diese Frage jetzt eine präzise Antwort zu geben, sondern die Entwicklung geht doch weiter. Wir sind in einem laufenden Vertragsverfahren, und in diesem Vertragsverfahren bewegen wir uns die nächsten vier Wochen weiter. Parallel dazu machen wir die Untersuchung, und über die berichten wir in vier Wochen.

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen? (D)

**Bürgermeister Perschau:** Ja, bitte!

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt das, die Überprüfung ist ergebnisoffen, und es gibt die Option, je nach Ergebnis der Überprüfung, was selbstverständlich, das hatte ich vorausgesetzt, noch nicht bekannt ist, dass wir eine Option haben, dies dann neu zu bewerten und auch entsprechend zu entscheiden, das ist richtig?

**Bürgermeister Perschau:** Jede Überprüfung, die wir machen, bedeutet doch, dass wir uns an dieser Entscheidung zu orientieren haben und daraus unsere Konsequenzen ziehen müssen. Etwas anderes kann es doch nicht sein. Es bleibt bei der Güterabwägung, ob es am Ende wirklich klug ist, das Geld zum Schornstein hinausziehen zu lassen oder das, was wir verlieren, macht fast die Differenz zwischen Sanierung und Umbau aus. Wenn das so ist, dann muss man sich das sehr genau überlegen, aber ich denke, wir warten jetzt die vier Wochen ab. Wir müssen das Verfahren weiterführen, weil wir uns in einem laufenden Vertrag befinden. Wir werden auch sehen, wie jetzt diese Fragen des Prozesses oder von Einsprüchen ausgehen. Aber parallel machen wir

- (A) diese Untersuchung. So habe ich den Auftrag verstanden, und so werden wir ihn umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Trüpel:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg.  
W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

- (B) **Sonderbericht gemäß Paragraph 99 der Landeshaushaltsordnung über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens**

Bericht des Rechnungshofs  
vom 3. April 2003  
(Drucksache 15/1451)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vorgesehen.

- (C) Wer der Überweisung des Sonderberichtes des Rechnungshofs gemäß Paragraph 99 der Landeshaushaltsordnung über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens mit der Drucksachen-Nummer 15/1451 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

#### **Wahl eines Mitglieds des Petitionsausschusses**

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(D) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir sind an das Ende der heutigen Landtagssitzung gekommen. Es ist die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Ich möchte Ihnen allen schöne und erholsame Sommerferien wünschen.

Ich schließe die Sitzung des Landtags.

(Schluss der Sitzung 16.37 Uhr)